

**Willy Klages**

**Offene Fragen  
der  
Geschichte**

**Die  
Geschichte  
Preußens**

**von  
1849 bis 1870**

**Sonderheft Nr. 24**



**Die  
Geschichte  
Preußens  
von  
1849 bis 1870**

**Sonderheft Nr. 24**

**Preußen, Teil 3**

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Chronik der Geschichte Preußens von 1849 bis 1870	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-98

**Chronik der Geschichte Preußens von 1849 bis 1870**

Getrennt marschieren, vereint schlagen.  
*Helmuth Graf von Moltke (1800-1891, preußischer Offizier)*

**1849**

**Deutscher Bund:** Nachdem man bereits 1833/34 zwischen 19 deutschen Staaten die Zollschlagbäume entfernt hat ("Deutscher Zollverein"), versucht Preußen im Jahre 1849 nochmals die Bildung eines "kleindeutschen Bundesstaates". Die Vereinigung des Deutschen Reiches scheitert jedoch am erbitterten Widerstand Österreichs und an einigen anderen deutschen Landesfürsten.

Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860, Historiker und Politiker, Begründer der politischen Geschichtsschreibung, 1837 als einer der "Göttinger Sieben" des Landes verwiesen, Verfechter der "kleindeutschen Lösung") erklärt am 22. Januar 1849 vor der Frankfurter Nationalversammlung (x233/67-68): >>Aus ... schweren Lebensjahren habe ich die Erfahrung geschöpft, daß wir vor allen Dingen einer einheitlichen Gewalt bedürfen, welches gänzlich in ... in Deutschland lebt und nichts Anderem. Ein solches Herrscherhaus kann Österreich uns nicht sein: ... Denn es hängen diesem Österreich, bei all seinem verdienten Ruhme, zu viele außerdeutsche Sorgen an. ... An den Hohenzollern Preußens können wir ein solches Herrenhaus nicht nur haben, sondern ... es ist gar keine Zukunft für Deutschland möglich ohne Preußen. ...

Deutschland muß als solches endlich in die Reihe der politischen Großmächte des Weltteils eintreten: das kann nur durch Preußen geschehen, und weder Preußen kann ohne Deutschland, noch Deutschland ohne Preußen genesen. ...<<

Ludwig Uhland (1787-1862, Rechtsanwalt, Politiker und Lyriker, Verfechter der "großdeutschen Lösung") sagt am 22. Januar 1849 vor der Frankfurter Nationalversammlung (x233/68): >>Meine Herren! ... Ich lege noch meine Hand auf die alte offene Wunde, den Ausschluß Österreichs. Ausschluß: das ist doch das aufrichte Wort. ...

Auch hier glaube ich, an die erste Zeit erinnern zu müssen. Als man Schleswig erobern wollte, wer hätte da gedacht, daß man Österreich preisgeben würde?

Als die österreichischen Gesandten mit den deutschen Fahnen in die Versammlung einzogen

und mit lautem Jubel begrüßt wurden, wem hätte da geträumt, daß vor Jahresablauf die österreichischen Abgeordneten ohne Sang und Klang aus den Toren der Paulskirche abziehen sollten? ...

Welche Einbuße wir an Macht, an Gebiet, an Volkszahl erleiden würden, das ist hinreichend erörtert; ich füge nur eines bei: Deutschland würde ärmer um all die Kraft des Geistes und Gemütes, die in einer deutschen Bevölkerung von 8 Millionen lebendig ist. ...

Zum Schlusse meine Herren, verwerfen Sie die Erblichkeit, schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat, stoßen Sie Österreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, dieses kostbare Volksrecht. ...

Glauben Sie, meine Herren, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist! ...<<

Georg Herwegh reimt damals folgenden Spottvers über die endlosen Redeschlachten in der Frankfurter Nationalversammlung (x215/267):

>>Zu Frankfurt an dem Main, sucht man der Waisen Stein.

Sie sind gar sehr in Nöten: Moses und die Propheten,  
Präsident und Sekretäre, wie er zu finden wäre.

Im Parla-, Parla-, Parlament, das Reden nimmt kein End! ...<<

Der russische Botschafter in Berlin schreibt am 16. Februar 1849 an den russischen Außenminister Karl Robert Graf von Nesselrode (1780-1862) in Sankt Petersburg (x056/235): >>Das

europäische Gleichgewicht würde ohne Zweifel durch die Schaffung einer Zentralgewalt an der Spitze eines vereinten Deutschlands gefährdet sein, aber dies würde noch mehr der Fall sein, wenn 25 Millionen österreichische Untertanen plötzlich mit 45 Millionen Deutschen vereinigt würden. ... Wir können nicht ernsthaft dieser (Verschmelzung) zustimmen.<<

Fürst Felix zu Schwarzenberg (1800-1852, seit 1848 österreichischer Ministerpräsident), der nach der Absetzung des geisteskranken Kaisers Ferdinand I. im Jahre 1848 die Schaffung eines zentral regierten österreichischen Einheitsstaates anstrebt, fordert am 9. März 1849 die Aufnahme des gesamten österreichischen Staates (x090/206).

Preußen lehnt Österreichs Mitgliedschaft besonders wegen seiner unruhigen und unberechenbaren Völkerschaften ab, denn in Österreich sind die Deutschen gegenüber der slawischen Bevölkerung in der Minderheit. Die Einigung Deutschlands scheitert, weil Österreich nicht bereit ist, den Habsburger Vielvölkerstaat aufzulösen.

Die Habsburger weigern sich ferner, ihre jahrhundertelange Vormachtstellung abzugeben. Die benachbarten europäischen Großmächte Frankreich und Rußland sind außerdem grundsätzlich gegen eine Vereinigung von etwa 33,7 Millionen Deutschen (x141/145) und 25,0 Millionen österreichisch-ungarischen Untertanen, um das angebliche Gleichgewicht in Europa nicht zu gefährden.

Der deutsche Schriftsteller Gustav Freytag schreibt damals über die gescheiterte Bildung des "kleindeutschen Bundesstaates" (x056/33): >>... Wenn den Preußen die Überzeugung kommt,

daß es in den alten Grenzen ... nicht weitergeht, daß die Kraft welche wir in uns fühlen freie Bewegung braucht, dann werden wir mit Güte oder Gewalt nehmen, was wir brauchen ... (Das) ist so wahr als die Eroberung Schlesiens vor 100 Jahren ... (Wir) werden unseren Willen durchsetzen ... gegen ganz Europa ... Wir sind gewöhnt, uns mit der ganzen Welt herumzuschlagen und alles zu wagen, um alles zu gewinnen, ... wir (sind) ein Volk von Kriegern und werden eher untergehen, als die Fahnen senken.<<

Die Frankfurter Nationalversammlung bestimmt in der Reichsverfassung vom 23. März 1849 (x233/157): >>In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. ...<<

Als Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 3. April 1849 die deutsche Kaiserwürde "aus den Händen von Revolutionären" ablehnt, scheitert die Frankfurter Nationalversammlung endgültig.

tig.

Friedrich Wilhelm IV. begründet die Ablehnung der Kaiserkrone wie folgt (x233/70): >>Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, ... ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzt, ... Versammlung macht, ... verunehrt überschwenglich mit dem Ludergeruch der Revolution von 1848. ...

Einen solchen imaginären Reif aus Dreck und Letten (buntem Ton) gebacken, soll ... ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar ein König von Preußen sich geben lassen? ...

Ich sage es ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt! ...<<

Nach der Ablehnung der kleindeutschen Kaiserkrone sind die Tage der Frankfurter Nationalversammlung gezählt.

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König im April 1849 (x090/206,211): >>Der Widerwille gegen eine Würde, die ihm nicht von fürstlicher Seite angetragen wurde, bestimmte seinen Entschluß ebenso wie politische Vorsicht. Besonders mit 2 Gegebenheiten glaubte Friedrich Wilhelm IV. rechnen zu müssen: der scharfen Ablehnung des deutschen Verfassungswerkes durch den Zaren von Rußland und dem Vorsatz des Fürsten Schwarzenberg, unter keinen Umständen ein preußisches Kaisertum zu dulden.

Nach dem Abbruch der letzten Verhandlungen zwischen Frankfurt und Berlin wurden die Preußen, wie vorher schon alle Österreicher, aus der Paulskirche zurückgerufen. ... Übrig blieben schließlich 105 Radikale, die sich in Stuttgart versammelten, um das unruhige Württemberg zur Erhebung zu bewegen.

Sie hatten mit Hilfe des von ihnen gegründeten "Zentralmärzvereins" und seiner fast tausend Zweiggruppen in der bayerischen Pfalz, Baden und Sachsen neue Aufstände entfesselt und tiefe Unruhen nach Westfalen, Schlesien und Ostpreußen getragen. ...<<

Im Mai und Juni 1849 schlugen preußische Truppen die Aufstände in Sachsen, der Pfalz und in Baden rücksichtslos nieder.

Während des Badischen Aufstandes im Mai 1849 entsteht das sogenannte "Badische Wiegenlied" (x105/94):

>>Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
Dort draußen geht der Preuß!  
Deinen Vater hat er umgebracht,  
Deine Mutter hat er arm gemacht,  
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,  
Dem drückt der Preuß die Augen zu.  
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
Dort draußen geht der Preuß!  
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,  
Die steckt er übers badische Land,  
Wir müssen alle stille sein,  
Als wie dein Vater unterm Stein.  
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,

Dort draußen geht der Preuß!  
Gott aber weiß, wie lang er geht,  
Bis daß die Freiheit aufersteht,  
Und wo dein Vater liegt mein Schatz,  
Da hat noch mancher Preuße Platz!  
Schrei, mein Kindlein, schrei's,  
Dort draußen liegt der Preuß!<<

Im Juni 1849 wird die Frankfurter Nationalversammlung durch württembergische Truppen gewaltsam aufgelöst.

Infolge der großen wirtschaftlichen Not, Arbeitslosigkeit, Landmangel, Hunger und politischer Unfreiheit bzw. Verfolgung verlassen im Jahre 1849 wieder etwa 200.000 Deutsche ihre Heimat und wandern nach Amerika aus.

Friedrich Wilhelm IV. macht im Jahre 1849 vor allem die preußischen Lehrer für die politischen Unruhen verantwortlich (x056/259): >>... All das Elend, daß im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen ist, ist ... einzig ihre Schuld, die Schuld ... der irreligiösen Massenweisheit, ... mit der sie den Glauben und die Treue in dem Gemüte meiner Untertanen ausgerottet und deren Herzen von mir angewandt haben.<<

Malwida Frein von Meysenburg (1816-1903, Lehrerin und Schriftstellerin, wegen Kontakt zu führenden Revolutionären 1852 aus Berlin ausgewiesen) berichtet nach der Niederschlagung der Revolution über ihre Reise durch die deutschen Staaten (x233/70-71): >>Als ich zuletzt den Weg mit der Eisenbahn zwischen Köln und dem Norden zurücklegte, da war es Frühling 1848. ... Von unserem Zuge flatterten schwarzrotgoldene Fahnen; eine lange Reihe Waggons, eingenommen von Freischaren junger entflammter Männer, die nach Schleswig-Holstein zogen, und von Polen, die der Heimat zuströmten. Auf jeder Station begrüßte die versammelte Menge sie mit einem Hoch. Ich mischte mich unter sie und hörte, wie sie Hoffnungen und Wünsche austauschten. Ein begeisterter Jüngling rief einem alten Polen zu: "Wenn wir dort oben fertig sind, kommen wir euch zu Hilfe!"

Und nun? –

Das Volk war verschwunden, auf der 3. und 4. Klasse, waren nur arme Arbeiter, Handwerksburschen, die ihren Geschäften nachzogen; auf den übrigen Klassen elegante Menschen der "bevorzugten Klasse", die mit gewohnter Gleichgültigkeit auf jene herabsahen, und Philister (Spießbürger), denen die "Ruhe um jeden Preis" auf dem Gesicht stand.

Keine Fahnen flatterten, keine Jünglinge schwärmten von Kampf und Sieg; lautlos, nur vom Lärm der Maschine begleitet, schoß der Zug dahin; aber im Herzen brannte die ... tausendfache Schmach des Vaterlandes, die geknickten Hoffnungen, die getäuschten Erwartungen und die vielleicht auf lange hinausgeschobene Entwicklung des politischen und sozialen Lebens; ach, und das Schicksal so vieler einzelner, die nun in Kerkern oder in der Verbannung es büßten, ihre Überzeugung zur Tat gemacht zu haben. Als wenn es eigentlich politische Verbrecher gäbe. ...<<

Helmuth Graf von Moltke (1800-1891, preußischer Offizier, von 1857-88 Chef des Generalstabs, leitender Stratege in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71) schreibt im Jahre 1849 (x237/158): >>Die Pendelschwingung der demokratischen Revolution ist, wie mir scheint, vollbracht, sie sinkt zur Stabilität zurück – ob sie etwa nach der entgegengesetzten Seite abschweifen wird, ist nach dem natürlichen Gravitationsgesetz nicht unmöglich.

Die Rolle der Demokratie ist vorerst ausgespielt, wenn vielleicht auch andere große Kämpfe bevorstehen. ...

Das Wahre in der großen Bewegung Deutschlands ist der unleugbare Drang nach Vereinigung, und wenn die Kabinette den einzig möglichen, ihnen jetzt gebotenen Weg zu diesem Ziel, mag man ihn das Aufgehen in Preußen nennen oder anders, nicht einschlagen, so kann

allerdings in einer späteren Periode ein neuer Ausbruch erfolgen.

Aber zunächst wird gewiß die Ordnung zurückkehren, und das ist nur zu wünschen, denn wie richtig bemerkt worden, ist aus der Ordnung zuweilen die Freiheit, noch nie aber aus der Freiheit die Ordnung hervorgegangen.

Schläft man freilich bei der Ordnung wieder ein, dann wird sie nicht von langer Dauer sein. ...<<

Der evangelischer Theologe Johann Hinrich Wichern schreibt im Jahre 1849 in einer Denkschrift über die Eigenart und Aufgaben der "Inneren Mission" (x199/209): >>Als innere Mission gilt uns nicht diese oder jene einzelne, sondern die gesamte Arbeit der aus dem Glauben an Christum geborenen Liebe, welche diejenigen Massen in der Christenheit innerlich und äußerlich erneuern will, die äußerem und innerem Verderben anheimgefallen sind.

Die vereinzelt Ausgeburten der Sünde innerhalb der Gemeinde fallen unter die seelsorgerische Fürsorge der Geistlichen; das gleiche ist der Fall mit der Gemeinde-Armenpflege, soweit sie kirchlich ist.

Ganz anders aber gestaltet sich die Sache, wo die Sünde und das Verderben epidemisch, massenhaft, etwas Volksmäßiges geworden, wo ein unkirchlicher, antikirchlicher und antichristlicher Geist die Gemeinde ergriffen oder durchdrungen hat; oder wenn die Sünde, das Laster oder das daraus hervorgehende Elend, die örtlichen Grenzen der Gemeinden überschreitend, zu einem überflutenden Strom geworden ist.

Namentlich in großen Städten, wo die echt kirchliche Gestaltung und Gliederung entweder untergegangen oder nie vorhanden gewesen, sind dann in dem chaotischen Durcheinander die kirchlichen Organe ohnmächtig, das sittliche, soziale, kirchliche Verderben zum Stillstand zu bringen.

Es bedarf nur der Erinnerung an die nomadischen Strömungen des reisenden Handwerkerstandes, der Scharen von Erd- und Eisenbahnarbeitern, der Matrosen in den Seestädten, der jährlich zu Tausenden entlassenen Verbrecher usw., um der Zustimmung gewiß zu sein, daß hier eine noch unerfüllte Aufgabe der Kirche liegt. ...

... In den Streit der Konfessionen mischt sich die innere Mission nicht ein. Ihre Aufgabe ist hinsichtlich der Lehre: im Umkreis ihrer Kirche diese Lehre denjenigen Massen, welche sie nicht kennen oder denen sie toter Buchstabe geworden oder geblieben ist, in Geist und Leben zu verwandeln.

Aber mehr noch als die Lehre gehört ihr die helfende, dienende Tat. Sie übt die Tat nur zur Erweisung der Barmherzigkeit und fragt nicht, wem sie dient, dem Vorbilde des Samariters getreu.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Innere Mission" (x808/961-962): >>Innere Mission, christliche, namentlich evangelische Vereinstätigkeit, die neben der Linderung der äußeren Not zugleich die Befestigung oder Wiedererweckung des christlichen und kirchlichen Sinnes in den gefährdeten oder bereits entfremdeten Gliedern der Gemeinde erstrebt.

Was die innere Mission bezweckt, ist auch in früheren Jahrhunderten unter mancherlei Formen geübt oder angestrebt worden, erschien jedoch fast ausschließlich als Aufgabe des geistlichen Amtes. In der rationalistisch-gemeinnützigen Zeit von 1750 bis 1820 geschah ferner sehr viel Gutes an Armen und Verlassenen ohne unmittelbare ... (Beziehung) auf den christlichen und kirchlichen Gesichtspunkt.

Die Notwendigkeit vermehrter kirchlicher Fürsorge für die Armen und Verkommenen drängte sich aber in Deutschland den christlich angeregten Kreisen auf, die nach den Befreiungskriegen in größeren Städten und gewerbereichen Gegenden einer verarmten und gleichzeitig der Kirche entfremdeten Bevölkerung sich gegenübergestellt fanden.

Anregende Vorbilder boten namentlich England und Schottland dar. Doch entwickelte sich

die Sache in Deutschland eigenartig aus dem örtlichen Bedürfnis. Die Begründung von Rettungshäusern für die verwaiste Jugend durch Johannes Falk in Weimar (1813) und die ... Grafen von der Recke-Volmerstein in Overdyck und Düsseldorf (1816) sowie die Stiftung der Bildungsanstalt für Armenschullehrer in Beuggen bei Basel (1820) waren die ersten denkwürdigen Schritte auf dieser Bahn. Im gleichen Sinn eröffnete 1833 Johann H. Wichern, von der frommen und gemeinnützigen Amalie Sieveking angeregt, das Rauhe Haus bei Hamburg und Theodor Fliedner 1836 die Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth am Rhein.

Den zusammenfassenden Namen der "Inneren Mission", durch den diese Bestrebungen in Parallele mit der äußeren oder Heiden- und Judenmission gesetzt wurden, gab denselben zuerst der Göttinger Theologe Friedrich Lücke.

Einen mächtigen Gönner fand die innere Mission seit 1840 an dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, und neuen Aufschwung erhielt sie durch die Erfahrungen des unruhigen Jahres 1848, die auf dem ersten Kirchentag zu Wittenberg 1849 zur Begründung des Deutschen Zentralvereins für innere Mission führten, der 1886 bereits seinen 24. Kongreß zu Breslau abgehalten hat.

Außer den schon erwähnten Rettungshäusern für verwaiste Kinder wie den Diakonissenhäusern für Armen-, Krankenpflege und Kleinkinderschulen umfaßt die innere Mission noch Vereine und Anstalten für einzeln stehende Jünglinge und Mädchen (Jünglingsvereine, Mägdeherbergen, Herbergen zur Heimat, Marthastifter), Gefängnisvereine, besonders für entlassene Sträflinge, Arbeiterkolonien zur Rettung arbeitsloser Herumtreiber, Magdalenenhäuser zur Rettung gesunkener Frauen etc.

In großen Städten, wie Berlin, Hamburg, Breslau, sind neuerdings alle derartigen Bestrebungen in Gestalt sogenannter Stadtmissionen einheitlich geordnet. Auch haben in fast allen größeren Städten die Vereine für innere Mission eigene Häuser (evangelische Vereinshäuser, meist mit Herbergen zur Heimat - jetzt 281 in Deutschland - verbunden) für ihre Versammlungen etc. erbaut.

Vielfach berührt sich die innere Mission mit allgemeinen staatlichen Interessen, vorzüglich auf dem Gebiet des Armenwesens (Arbeiterkolonien, Armenkolonien, und Verpflegungsstationen für landstreichende Bettler) und des Gefängniswesens, wie denn Wichern, der tatkräftigste Vertreter der inneren Mission in Norddeutschland, seit 1852 in ein amtliches Verhältnis zum preußischen Gefängniswesen trat und 1858 als vortragender Rat in das Ministerium des Inneren wie in den Oberkirchenrat zu Berlin berufen wurde.

Mit der sonstigen, nicht ... kirchlichen Vereinstätigkeit wie auch mit dem adligen Johanniterorden u.a. ist die innere Mission häufig in ein Verhältnis friedlichen Zusammenwirkens getreten und hat durch diese mannigfachen Berührungen mit der Außenwelt allmählich viel von dem engherzig pietistischen Anstrich verloren, der ihr oft mit unbilliger Einseitigkeit, aber nicht immer unverdient vorgeworfen worden ist. –

Auf katholischer Seite herrscht ebenfalls ein reger Eifer für die Aufgaben der inneren Mission, die dort, wenn auch nicht unter diesem Namen, mit Aufwendung großartiger Mittel von Vinzenzvereinen, Bonifatiusvereinen und dergleichen betrieben wird. Nur mischt sich dort, der katholischen Grundrichtung entsprechend, leicht die propagandistische Absicht in die übrigens durch Opferwilligkeit ausgezeichnete hilfreiche Liebe. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands im Jahre 1849 (x804/892-893): >>(Deutschland) ... Inzwischen war es den preußischen und Reichstruppen gelungen, den Aufruhr in der Pfalz und in Baden zu dämpfen, in letzterem Land allerdings nicht ohne blutige Kämpfe, in welchen sich aber die Überlegenheit der preußischen Armee bewährte. Als Friedrich Wilhelm IV. Sachsen durch seine in Dresden geleistete Hilfe gerettet hatte und sich anschickte, den bedrängten süddeutschen Fürsten Hilfe zu bringen, unternahm er es, früherer Verheißungen eingedenk, die Herstellung der deutschen

Einheit unter Preußens Führung auf dem Weg freier Zustimmung der deutschen Regierungen, auch Österreichs, zu erreichen.

Eine Proklamation an das Volk vom 15. Mai enthielt die Grundzüge der beabsichtigten preußischen Union: die zu vereinbarende Verfassung werde eine einheitliche Exekutive und freiheitliche Institutionen, gesichert durch eine gesetzgebende Volksvertretung, errichten; die Reichsverfassung sollte ihr zu Grunde gelegt, mit Österreich ein besonderes Bundesverhältnis vereinbart werden.

Ein in diesem Sinn abgefaßter Entwurf war dem Dreikönigsbündnis zu Grunde gelegt, welches Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai auf ein Jahr abschlossen.

Die erbkaiserliche Partei des Frankfurter Parlaments war geneigt, den Entwurf zu unterstützen; auf einer Versammlung zu Gotha (26. Juni) sprachen sich 130 von 148 Mitgliedern für die neue Verfassung aus. Bis zum September schlossen sich 21 deutsche Staaten dem Dreikönigsbündnis an, 5 andere zeigten sich geneigt.

Nur Bayern und Württemberg weigerten sich entschieden, der preußischen Union beizutreten, und fanden hierbei jetzt einen mächtigen Rückhalt an Österreich, dessen Bedrängnis in Ungarn Friedrich Wilhelm nicht durch rasches Handeln ausgebeutet hatte, und das nun nach Unterdrückung der ungarischen Insurrektion mit russischer Hilfe sofort die Wiederherstellung des alten Bundestages in Angriff nahm.

Ja, Preußen bahnte ihm selbst hierzu die Wege, indem es am 30. September 1849 mit Österreich das sogenannte Interim schloß, einen Vertrag zur Einsetzung einer provisorischen Bundesgewalt, die durch je zwei Bevollmächtigte beider Staaten bis zum 1. Mai 1850 in Frankfurt ausgeübt werden sollte. In die Hand dieser Gewalt legte der Reichsverweser am 20. Dezember sein längst ohnmächtiges, für die preußische Unionspolitik aber immerhin störendes Amt nieder. ...<<

**Preußen:** Am 30. Mai 1849 wird per Verordnung das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen eingeführt (x261/105):

>>§ 1. Die Abgeordneten der zweiten Kammer werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. ...

§ 8. Jeder selbständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist ... stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

§ 9. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. ...

§ 12. Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welchen die höchsten Steuerbeträge bis ... eines Drittels der Gesamtsteuer ... fallen. Die zweite Aufteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittels fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittel fällt. In diese Abteilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuer zahlen. ...

§ 21. Die Wahlen erfolgen abteilungsweise durch Stimmgebung zu Protokoll. ...<<

**In der amtlichen Begründung des preußischen "Dreiklassenwahlrechts" vom 12. August 1849 heißt es (x261/105-106):** >>Die Kräfte der Staatsbürger, auf deren harmonischer Zusammenwirkung das Bestehen und Gedeihen der Gesellschaft wesentlich beruht, sind teils physischer oder materieller, teils geistiger Art.

Unter den materiellen nimmt die Steuerkraft eine vorzügliche Stellung ein. Sie gibt den all-

gemeinen Maßstab der individuellen Leistungen für das Gemeinwesen ab. Es liegt daher auch nahe, nach dem Verhältnis der Besteuerung das Stimmrecht zu regeln, in dem man damit der Forderung "gleiche Pflichten, gleiche Rechte" zu genügen strebt, und dabei insbesondere des Momentes gedenkt, daß ein sehr wichtiges Recht der Abgeordneten, um deren Wahl es sich handelt, in der Steuerbewilligung besteht. ...

Daß außerdem die Größe des Besitzes mehr oder weniger für das Interesse an dem diesen Besitz schützenden Staatsorganismus maßgebend ist, bedarf einer weiteren Ausführung nicht. ...

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die offene Stimmgebung ... zur Ausübung eines unlauteren Einflusses mißbraucht werden kann. Es ist dies ein Übelstand, der sich nirgends von der Macht der Öffentlichkeit trennen läßt. Er erscheint aber gering, wenn man ihn mit dem Krebschaden der Intrigen vergleicht, welche unter dem Deckmantel des heimlichen schriftlichen Verfahrens ungestört zu wuchern vermag.

Einem freien Volke ist nichts so unentbehrlich als der persönliche Mut des Mannes, seine Überzeugung offen auszusprechen. Auf keinem anderen Wege werden die Parteien sich besser kennen, achten und verständigen lernen.

Auch möge man nicht übersehen, daß gerade diejenigen Wähler, welche die Gegner der offenen Stimmgebung vor jenem gefürchteten Einflusse geschützt wissen wollen, der angeblichen Vorzüge des geheimen schriftlichen Verfahrens am wenigsten teilhaftig werden; denn in den ärmeren Klassen befinden sich die meisten des Schreibens unkundigen Männer, die eben deshalb allein nicht der Notwendigkeit entgehen könnten, ihre Abstimmung dem Walvorstand oder einem Mitglied desselben anzuvertrauen.

Das öffentliche Verfahren aber stellt alle gleich und setzt niemand der Demütigung einer exceptionellen (besonderen) Behandlung aus. ...<<

## **1850**

**Deutscher Bund:** Aufgrund der blutigen Unruhen in Österreich-Ungarn stimmt im Jahre 1850 die Mehrheit der deutschen Abgeordneten beim Reichstag in Erfurt für ein Deutschland ohne Österreich ("kleindeutsche Lösung").

Die Habsburger, die seit Jahrhunderten fast alle deutschen Kaiser und die Hauptstadt des Deutschen Reiches (Wien) stellen, wollen sich natürlich nicht kampflos aus dem Reich drängen lassen. Als Österreich die süddeutschen Staaten für sich gewinnen kann und die Unterstützung des Zaren erhält, stellt Fürst Schwarzenberg den Preußen schließlich ein Ultimatum, den Bundestag in Frankfurt wieder herzustellen.

Angesichts der militärischen Überlegenheit muß sich Preußen dem österreichisch-russischen Druck beugen. Am 29. November 1850 wird Preußen schließlich genötigt, alle Einigungspläne aufzugeben (Vertrag von Olmütz bzw. Olmützer Punktation). Der Deutsche Bund muß danach wieder der Leitung Österreichs unterstellt werden.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den Dualismus zwischen Österreich und Preußen (x057/136-137): >>... Die Hauptforderungen des deutschen Volkes waren Freiheit und Einheit. Aber nur die äußere Freiheit war erkämpft worden; die innere Freiheit, d.h. vornehmlich die Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung und Regierung, die Beschränkung des Königtums durch eine Verfassung und vor allem die Einheit des deutschen Volkes, hatte der Wiener Kongreß nicht gebracht.

Das deutsche Reich zerfiel in die beiden Großmächte Österreich und Preußen, in 4 süddeutsche Mittelstaaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, in 2 norddeutsche Mittelstaaten Sachsen und Hannover und eine große Zahl von Kleinstaaten, die ihre eigenen Belange verfolgten und, der Einheit nicht sehr förderlich, alle nur lose zusammengefaßt waren im Deutschen Bund.

Österreich und Preußen waren ebenbürtige Mächte im Deutschen Bund, der Dualismus bestand also fort. Dabei riß Österreich unter seinem Kanzler, dem Fürsten Metternich, die Füh-

rung mehr und mehr an sich.

Aber Österreich war kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, weil der Kaiser von Österreich, außer den Deutschen in Österreich, Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg in den übrigen Ländern ein buntes Völkergemisch aus Tschechen, Magyaren, Slowenen, Kroaten, Polen, Ruthenen, Serben, Rumänen und Italienern beherrschte.

So lagen die Interessen des österreichischen Staates außerhalb Deutschlands, auf dem Balkan und in Italien. Der Deutsche Bund war für die österreichische Politik die beste Lösung, zumal eine unmittelbare Bedrohung im Westen und Osten Deutschlands die Donaumonarchie nicht direkt berührte. Die Einigung Deutschlands aber bedeutete für Österreich eher eine Gefahr seines Bestandes.

Preußen dagegen grenzte im Osten und Westen an europäische Großmächte, und seine Interessen lagen innerhalb Deutschlands. So bot für Preußen der Deutsche Bund einen ungenügenden Schutz, und seine Umgestaltung war geradezu eine Lebensfrage für Preußen.

Aber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich deckten sich die Interessen Preußens mit denen eines geeinten Deutschlands. Dieses, von Natur aus auf eine wirtschaftliche Einheit angewiesen, war zersplittert in einzelne Wirtschaftskörper, die in Münze, Zoll, Verkehr und Handel ihre eigenen Wege gingen. Während Österreich ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet war, bedeutete für Preußen, dem die wirtschaftsgeographische Einheit fehlte, die wirtschaftliche Einigung Deutschlands ebenso eine Angelegenheit des eigenen Vorteils wie die politische Einigung.

Die naturnotwendige Aufgabe Preußens wurde erschwert durch die Haltung der süddeutschen Staaten, die durch eine Einigung Deutschlands unter Preußens Führung um ihren Bestand fürchteten und sich Österreich anschlossen. So war neben dem Dualismus Österreich - Preußen der Partikularismus (Eigeninteresse von staatlichen Teilgebieten) Süddeutschlands das stärkste Hindernis der deutschen Einheit.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1850-1862 (x804/893-896): >>(Deutschland) ... Als der Verwaltungsrat der Union am 19. Oktober die Wahlen für das Volkshaus auf den 15. Januar 1850 ausschrieb und dann den künftigen Reichstag zum 20. März nach Erfurt berief, wogegen Österreich sofort protestierte, nahmen Sachsen und Hannover an diesen Akten schon nicht mehr teil, weil ihre Voraussetzung der Vereinigung aller deutschen Staaten durch Bayerns und Württembergs Weigerung nicht erfüllt sei, sagten sich im Februar 1850 ganz vom Dreikönigsbündnis los und schlossen mit den süddeutschen Königreichen das Vierkönigsbündnis ab, in welchem ein neuer Verfassungsentwurf mit einer Volksvertretung von 300 durch die Kammern der Einzelstaaten zu wählenden Mitgliedern aufgestellt wurde. Österreich erklärte sich bereit, dem Bund beizutreten, wenn ihm der Eintritt mit dem ganzen Umfang seiner Staaten ermöglicht würde.

Die zaudernde, schwächliche Politik der Regierung zu Berlin, wo sich zwei Parteien, zwischen denen der König schwankte, bekämpften, indem die eine die Unionspolitik bis an die Grenze des Möglichen verfocht, die andere die Union als ein Gewächs der Revolutionszeit verabscheute, mußte ihre Gegner immer mehr ermutigen.

Zwar wurde das Erfurter Parlament am 20. März 1850 mit einer entschieden unionistischen Rede des Generals von Radowitz eröffnet, und die Majorität desselben nahm am 17. April den Verfassungsentwurf des Dreikönigsbündnisses mit Verzicht auf jede Einzelberatung an, setzte aber dadurch die unentschlossene preußische Regierung in solche Verlegenheit, daß dieselbe das Parlament am 29. April plötzlich vertagte, um es nicht wieder zusammenzuberufen.

Als Österreich hierauf sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundes einlud, zum 10. Mai ihre Gesandten nach Frankfurt zu schicken, antwortete Preußen mit der Berufung der Unionsfürsten nach Berlin, und die Kleinstaaten folgten fast alle seinem Ruf, während die vier Könige, ferner Dänemark, die Niederlande und die beiden Hessen die österreichische Partei ergriffen.

Die Unionsfürsten wurden aber den ganzen Sommer hindurch mit leeren Verhandlungen hingehalten und ihnen der Rücktritt von der Union förmlich nahegelegt.

Einer nach dem anderen benutzte diese Freiheit, um sich dem Frankfurter Kongreß anzuschließen oder Beziehungen zu ihm anzuknüpfen, um so mehr, da derselbe energisch vorging, sich für den alten nur suspendierten, nicht aufgehobenen Bundestag erklärte und als solcher unter Vorbehalt des ... Eintritts der wenigen Staaten, welche noch zur Union hielten, am 2. September 1850 seine Sitzungen unter dem Vorsitz Österreichs wieder eröffnete. Er bekam sofort Gelegenheit, seine Macht der preußischen Unionspolitik gegenüber zu erproben.

Der Kurfürst von Hessen hatte ... die Verfassung von 1831 zu stürzen versucht, war aber bei dem einmütigen, entschlossenen Widerstand des Landes am 12. September nach Frankfurt entflohen und rief nun hier die Hilfe des Bundes an. Er erwirkte auch am 21. September einen ihm günstigen Bundesbeschluß. Auf einer Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit den Königen von Bayern und Württemberg in Bregenz (10.-14. Oktober 1850) wurde verabredet, in Kurhessen von Bundes wegen zu intervenieren und das Land durch ein österreichisch-bayerisches Heer besetzen zu lassen.

Am 25. Oktober beschloß der Bund die Intervention, und am 1. November überschritt das Exekutionsheer die kurhessische Grenze. Zu gleicher Zeit ratifizierte der Bund den Frieden mit Dänemark, den Preußen, nachdem der Krieg 1849 von neuem ausgebrochen, aber bereits am 10. Juli 1849 durch einen Waffenstillstand beendet worden war, am 2. Juli 1850 zu Berlin abgeschlossen hatte; man überließ die Herzogtümer nicht bloß ihrem Schicksal, sondern erwog auch bereits eine Bundesexekution, um sie dem Verlangen der europäischen Mächte gemäß zur Unterwerfung unter Dänemark zu zwingen.

Preußen schien zu mannhafter Verteidigung seiner Unionspolitik entschlossen: am 26. September war Radowitz, die Seele derselben, zum Minister des Auswärtigen ernannt worden, und preußische Truppen rückten in Kurhessen ein und besetzten die vertragsmäßigen Etappenstraßen.

Angesichts des drohenden Konflikts wendeten sich beide Mächte, Österreich und Preußen, an Rußland. Kaiser Franz Joseph begab sich selbst zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Nikolaus nach Warschau (26.-28. Oktober 1850), Friedrich Wilhelm schickte seinen Ministerpräsidenten, den Grafen Brandenburg ...

Der hochmütige Zar, der sich berufen glaubte, die Revolution in ganz Europa bis zur Wurzel auszurotten, stellte sich entschieden auf die Seite Österreichs. Friedrich Wilhelm wurde nun wieder schwankend. Die Armee wurde zwar am 6. November mobil gemacht, aber Radowitz entlassen und durch Manteuffel ersetzt. Dieser erbot sich zur Befolgung der Bundesbeschlüsse betreffs Kurhessens und Schleswig-Holsteins und verlangte nur noch freie Verhandlung über die Verfassungsfrage.

Aber Schwarzenberg forderte die sofortige Anerkennung des Bundestages und Auflösung der Union, also bedingungslose Unterwerfung. Schon kam es in Kurhessen bei Bronnzell am 8. November zwischen preußischen und Bundestruppen zu einer Plänkelei. Aber da die Mobilmachung erhebliche Schwächen im preußischen Heerwesen aufgedeckt hatte, wagte der König keinen Krieg und zog die demütige Unterwerfung unter Österreichs Bedingungen vor.

Am 29. November unterzeichnete Manteuffel den Olmützer Vertrag, welcher Preußen den Verzicht auf sein Unionsprojekt und auf die mit Baden, Anhalt, Mecklenburg und Braunschweig abgeschlossenen Militärkonventionen, die Räumung von Baden und Hessen und die Rückführung der schleswig-holsteinischen Armee hinter die Eider durch preußisch-österreichische Kommissare auferlegte; die deutsche Verfassungsfrage sollte auf freien Ministerkonferenzen verhandelt werden. Ende November kehrten der Kurfürst und Hassenpflug unter dem Schutz der Exekution nach Kassel zurück und schalteten nach Beseitigung der Verfassung von 1831 nach Willkür und Laune im Land.

Am 6. Januar 1851 trafen die österreichisch-preußischen Kommissare in Kiel ein, lösten die schleswig-holsteinische Landesversammlung und das Heer auf und überlieferten das Land wehrlos den Dänen.

Die zur Beratung der Verfassungsfrage berufenen freien Dresdener Konferenzen wurden am 23. Dezember 1850 eröffnet, brachten aber bei dem hochmütigen Verhalten Österreichs, das auch nicht die geringste Konzession zu machen gewillt war, nach monatelangen Verhandlungen (bis 15. Mai 1851) nur einen Stoß Protokolle zustande, die als "schätzbare Material" für die deutsche Frage in das Bundesarchiv wanderten. Schon Ende März 1851 forderte Preußen die Staaten der Union auf, gleich ihm selbst den alten Bundestag wieder zu beschicken.

Unter dem Schutz des alten Bundestages, der am 10. Juli 1851 eine Bundeszentralcommission einsetzte, welche die Aufgabe hatte, die bestehenden Verfassungen zu revidieren und alles Staatsgefährliche daraus zu entfernen, feierte die Reaktion in der Verfolgung aller nationalen und freiheitlichen Bestrebungen ihre Triumphe.

Das Schicksal Schleswig-Holsteins wurde durch das Londoner Protokoll (8. Mai 1852) besiegelt. Die aus den freiwilligen Gaben der Nation gebildete deutsche Flotte wurde am 2. April 1852 zur Versteigerung verurteilt. Die kurhessische Verfassung von 1831 wurde durch Bundesbeschluß vom 27. März 1852 für mit den Grundgesetzen des Bundes unvereinbar erklärt. Die konstitutionelle Verfassung Mecklenburgs mußte der alten feudalistischen wieder weichen. Das hannoversche Ministerium Borries wurde bei seinem neuen Verfassungsbruch vom Bund eifrig unterstützt.

Fast in allen deutschen Staaten suchte ein reaktionäres Polizeiregiment die Erinnerungen an das Jahr 1848 wieder zu tilgen und durch Beschränkung der Volksrechte, Präventivmaßregeln und strenge bürokratische Kontrolle der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorzubeugen. Der Thron schloß zu diesem Zweck einen Bund mit dem Altar, und während an protestantischen Höfen die buchstabengläubige, herrschsüchtige Orthodoxie sich breit machte, verstand es die katholische Kirche vortrefflich, die in der Revolutionszeit errungene Freiheit von staatlicher Aufsicht durch besondere Konkordate sich zu sichern.

Der Nation bemächtigte sich aber teils eine pessimistische Verzweiflung, da die edelste, schönste Erhebung des gesamten Volkes ein so erbärmliches Ende gefunden (hatte), teils eine stumpfe Resignation, die sich auf die nächstliegenden Sorgen beschränkte. Die Auswanderung (1851: 113.000 Personen) bewies, welcher Überdruß sich aller Kreise bemächtigt hatte.

Nur auf einem Gebiet wurde die Selbständigkeit der deutschen Entwicklung gewahrt, auf dem der wirtschaftlichen Politik. Auch hier hatte Österreich den Versuch gemacht, das besiegte Preußen sich dienstbar zu machen. Im Mai 1850 stellte es den Antrag, mit seinem Gesamtstaat in den Zollverein aufgenommen zu werden.

Sämtliche Mittelstaaten, mit Ausnahme von Hannover, erklärten sich auf einer Konferenz in Darmstadt bereit, dieses Verlangen bei der 1854 erforderlichen Erneuerung der Zollvereinsverträge zu unterstützen. Entweder also war zu befürchten, daß das wenig entwickelte Österreich den Deutschen Zollverein zu seinem Vorteil ausbeutete und beherrschte, oder daß Deutschland in zwei Zollgebiete, ein österreichisches und ein preußisches, geteilt wurde.

Preußen ließ es auf diese letztere Gefahr ankommen und vereitelte dadurch den Plan seiner Gegner. Nach längeren Verhandlungen gab Österreich sein Verlangen auf und schloß mit Preußen und den Zollvereinsstaaten einen Handels- und Schiffahrtsvertrag (19. Februar 1853), auf dessen Grundlage später eine engere Annäherung herbeigeführt werden sollte. Münz- und Postverträge folgten.

1856 wurde auf Antrag Bayerns ein Ausschuß eingesetzt, der ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch ausarbeiten sollte; dasselbe kam 1861 zustande. Während das öffentliche Leben der Nation nur unerfreuliche Bilder darbot, war die stille Friedensarbeit in Kunst und Wissenschaft, Gewerbe und Handel von günstigem Erfolg begleitet und die Saat einer besse-

ren Zukunft gestreut.

Wenn in den 20er und 30er Jahren die Mittelstaaten als die Zufluchtsstätte freiheitlicher konstitutioneller Entwicklung gegolten hatten, so hatten sie jetzt, wo die Minister Pfordten in Bayern, Beust in Sachsen, Linden in Württemberg und Borries in Hannover den reaktionärsten Anschauungen huldigten und die liberalen Elemente im Volk nach Kräften zu unterdrücken suchten, alle Sympathien im deutschen Volk verwirkt.

Man erwartete nichts Heilbringendes von ihnen, und die Versuche, die einige Mittelstaaten, besonders Bayern, machten, nach der Niederlage Preußens den Dualismus der beiden deutschen Großmächte dadurch unschädlich zu machen, daß die Mittel- und Kleinstaaten zu einer dritten, rein deutschen Macht vereinigt und Deutschland so in drei Teile geteilt wurde, hatten nicht den geringsten Erfolg.

Die Ohnmacht der Mittel- und Kleinstaaten neben Österreich und Preußen zeigte sich deutlich während des Krimkrieges (1853-56). Österreich glaubte seine Interessen im Orient durch eine entschieden antirussische Haltung in Anlehnung an die Westmächte wahren zu müssen, während Preußen an einer strikten Neutralität festhielt.

Dies ermutigte die Mittelstaaten, Ende Mai 1854 auf den Bamberger Konferenzen den Versuch zu machen, auch Großmachtspolitik zu treiben: sie verlangten in russischem Interesse, daß, wenn von Rußland die Räumung der Donaufürstentümer verlangt werde, die Westmächte auch das türkische Gebiet räumen müßten, und daß dem Deutschen Bund beim Friedensschluß eine Stimme eingeräumt werde.

Indes Österreich und Preußen, die sich inzwischen über ein Schutz- und Trutzbündnis geeinigt hatten, nötigten am 24. Juni dem Bund den Beitritt zu ihrer Allianz auf, "um jeden Zweifel zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen seien, kräftig zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem Vaterland bringen könnte". Von einer Beteiligung des Bundes am Pariser Friedenskongreß war keine Rede.

Für Deutschland hatte übrigens der Krimkrieg die Wirkung, daß er das russisch-österreichische Bündnis, welches 1850 so verhängnisvoll gewirkt (hatte), zerriß und die von Österreich geleitete Reaktion des russischen Rückhalts beraubte.

Das öffentliche Leben nahm einen freieren Aufschwung, und die Hoffnungen der Nation lebten wieder auf. Die inneren Verhältnisse Preußens und seine Stellung zum deutschen Volk erhielten mit dem Regierungsantritt des Prinz-Regenten (1858) eine ganz andere Richtung, und wiederum wendeten sich die Blicke der national gesinnten, liberalen Deutschen auf den Hohenzollernstaat, während in Österreich das künstliche absolutistische Machtgebäude mehr und mehr ins Wanken geriet.

Der Krieg zwischen Österreich und Frankreich um Italien (1859) drohte Deutschland von neuem in Zwist und Verwirrung zu stürzen, brachte aber schließlich eine heilsame Krise hervor. Der unerwartete Angriff Napoleons III. auf Österreichs Herrschaft in Italien rief in Süddeutschland anfangs lebhaft Besorgnisse hervor; man befürchtete, daß Napoleon III. damit nur nach dem Muster seines Oheims die Reihe seiner Eroberungen beginnen wolle, daß nach Niederwerfung Österreichs Deutschland ihm wehrlos preisgegeben sei, und glaubte, daß der Rhein am Po verteidigt werden müsse.

In der Presse wie in manchen Kammern kam diese Anschauung zum lebhaftesten Ausdruck, und Österreich säumte nicht, sie zu seinen Gunsten auszubeuten, indem es für seinen Krieg mit Frankreich die bewaffnete Hilfe des Bundes in Anspruch nahm.

Auch beschloß der Bund am 24. April Marschbereitschaft der Bundeskontingente und Armierung der Bundesfestungen.

Aber die von Hannover am 13. Mai beantragte Aufstellung eines Beobachtungsheeres am Rhein lehnte Preußen ab. Preußen war entschlossen, das deutsche Bundesgebiet gegen jeden Angriff zu verteidigen; als nach der Schlacht bei Magenta das französisch-italienische Heer

sich der südlichsten deutschen Bundesgrenze näherte, machte es seine eigene Armee mobil und beantragte am 25. Juni auch die der Bundesarmee korps. Doch beanspruchte es die Führung dieses Krieges als selbständige Großmacht, während Österreich dem preußischen Prinz-Regenten nur die Stellung eines Bundesfeldherrn im Dienste des unter seinem Einfluß stehenden Bundestages einräumen wollte.

Als Franz Joseph erkannte, daß Preußen sich hierzu unter keinen Umständen verstehen würde, zog er es vor, um seine herrschende Stellung in Deutschland zu behaupten, mit Napoleon die Friedenspräliminarien von Villafranca zu schließen und in einem Manifest den unglücklichen Ausgang des Krieges dem Abfall seines "ältesten und natürlichen Bundesgenossen" aufzubürden.

Preußen nahm dagegen die Vorfälle während des Krieges zum Anlaß, die Reform des Bundes von neuem anzuregen und vor allem auf eine Reorganisation der Kriegsverfassung zu dringen. Es trat damit wieder in den Vordergrund der deutschen Politik und konnte dem österreichischen Einfluß durchaus ebenbürtig entgegentreten. Die nationalen und liberalen Elemente der Nation fühlten sich hierdurch aufgefordert, nach zehnjährigem Druck an die Öffentlichkeit zu treten und die Lösung der deutschen Frage in die Hand zu nehmen.

Nicht wenig ... wirkte dabei das Beispiel Italiens, wo die Nation nach tausendjähriger Zerrissenheit sich einmütig um das tatkräftige Sardinien scharte und durch einheitliches, entschlossenes Handeln Großes erreichte. Mit richtigem Takt erkannte man, daß es bei Gründung eines deutschen Bundesstaates vor allem darauf ankomme, den Dualismus der Großmächte zu beseitigen und sich für eine ... Spitze zu entscheiden; daß dies nur Preußen sein könne, konnte kaum zweifelhaft sein.

Auf Betreiben des liberalen hannoverschen Abgeordneten R. von Bennigsen trat im August 1859 ein kleiner Kreis liberaler Männer in Eisenach zusammen mit dem Zweck, auf dem Wege gesetzmäßiger Agitation eine Reform des Bundes, die Herstellung einer Zentralgewalt und eines Reichsparlaments durch preußische Initiative zu erstreben. Bald breitete sich dieser Verein als "Deutscher Nationalverein" über alle Teile Deutschlands, besonders Preußens, aus und zählte zuletzt über 20.000 Mitglieder. Die erhebende Säkularfeier des Geburtstags Schillers am 10. November 1859 steigerte das Nationalgefühl und die Sehnsucht nach der deutschen Einheit.

Auf den zahlreichen Versammlungen, welche wissenschaftliche, volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Vereine, Sänger- und Schützenbünde Deutschlands veranstalteten, wurde das Interesse für die nationale Sache wenigstens wach erhalten. Die großdeutschen Elemente in Süddeutschland gründeten, um ihren Eifer für dieselbe Sache zu betätigen, den "Reformverein".

Auch die Mittelstaaten mußten sich nun zu einer veränderten Politik bequemen. Im Inneren lenkten sie wieder in liberale konstitutionelle Bahnen ein. Die Konkordate Württembergs und Badens mit dem römischen Stuhl wurden im letzten Augenblick noch rückgängig gemacht. Baden ging unter dem vortrefflichen Ministerium Lamey-Roggenbach auf der Bahn freiheitlicher Entwicklung und nationaler Politik allen anderen Staaten mit leuchtendem Beispiel voran. Die deutsche Verfassungsfrage kam auch am Bundestag wieder in Fluß.

Die Mittelstaaten ... bemühten sich, die Forderungen der Nation durch kleine Zugeständnisse zu beschwichtigen. Im Spätherbst 1860 vereinbarten mehrere mittelstaatliche Minister auf den Würzburger Konferenzen einen Verfassungsentwurf, welcher unter anderem die Einsetzung eines Bundesgerichts und die Verbesserung der Reichskriegsverfassung enthielt. Hannover, welches sich als den deutschen Admiralstaat betrachtete, beantragte die Begründung einer Flotte. ...

Österreich verhielt sich diesen Anträgen gegenüber meist neutral; es wußte, daß sie nicht ernst gemeint waren. Preußen sprach sich entschieden gegen sie aus und bewirkte ihre Ablehnung. Umgekehrt lehnten die Mittelstaaten alle preußischen Anträge auf Reform der Bundeskriegs-

verfassung und Gründung einer Flotte ab und trafen Anstalten, als Preußen 1862 im Namen des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Frankreich schloß, sich auch dieser Hegemonie Preußens zu entziehen und den Eintritt Österreichs in den Zollverein zu erzwingen.

Preußen ließ sich hierdurch aber nicht einschüchtern, schritt ruhig auf dem Weg selbständiger Ausbreitung seines Einflusses fort und begnügte sich zunächst mit kleinen Erfolgen. Es zwang den Kurfürsten von Hessen im November 1862, endlich der zehnjährigen inneren Krise durch Wiederherstellung der Verfassung von 1831 ein Ende zu machen, und schloß mit einigen Kleinstaaten Militärkonventionen. ...

Als erstes Erfordernis für eine kräftige und erfolgreiche Politik sah der Prinz-Regent, seit 2. Januar 1861 König Wilhelm I., die Heeresreorganisation an. Über diese kam es aber zum Streit mit dem Abgeordnetenhaus, der durch beiderseitiges Festhalten an dem Gewollten zu einem förmlichen Kampf zwischen Königtum und Volksvertretung anwuchs und 1862-66 die innere Geschichte Preußens ausfüllte.

Die schroffe Art, mit welcher Bismarck der parlamentarischen Opposition entgegentrat, die polizeilichen Maßregelungen u.a. ließen die Wiederkehr der schlimmsten Reaktion befürchten und entfremdeten Preußen die liberalen Elemente des deutschen Volkes. In diesen wurde jetzt die Anschauung herrschend, daß die Hegemonie in Deutschland nicht ein ehren- und mühevolleres Amt sei, das dem mächtigsten deutschen Staat zukomme, sondern ein Preis für Wohlverhalten, der jederzeit wieder entzogen werden könne. Selbst im Nationalverein wagte man kaum noch von preußischer Spitze zu reden ...

Dennoch erkannten die österreichischen und mittelstaatlichen Politiker, daß Preußen in Bismarck einen energischen, kühnen Staatsmann besaß, von dem man das Schlimmste befürchten mußte, und sie faßten daher den Plan, um Österreichs Stellung an der Spitze Deutschlands zu retten und die Mittel- und Kleinstaaten vor einer preußischen Union zu bewahren, Preußen, solange es noch durch den Verfassungskonflikt gelähmt war, mit einer großdeutschen Bundesreform zuvorzukommen. ...<<

## **1851**

**Deutscher Bund:** Otto von Bismarck wird im Jahre 1851 preußischer Abgeordneter in Frankfurt/Main.

Bismarck strebt zielstrebig die Beendigung der österreichischen Vormachtstellung an und ist fest entschlossen, den österreichischen Einfluß auszuschalten. Der Realpolitiker Bismarck verachtet vor allem die arroganten Reden und die "lässige" Politik der Habsburger Diplomaten. Da die Habsburger unverändert ihre absolute Vorherrschaft in Deutschland demonstrieren und verteidigen, nutzt Bismarck während seiner Amtszeit als preußischer Bundestagsabgeordneter in Frankfurt (1851-59) jede Möglichkeit, diese gefährlichen Gegner zu provozieren.

Bismarck handelt damals gegenüber den Habsburger Abgeordneten nach folgender Devise (x145/141): >>Wenn Österreich ein Pferd vorn anspannt, spannen wir eins hinten an! ...<<

Der deutsche Jurist Wilhelm Ganzhorn (1818-1880) verfaßt im Jahre 1851 den Text des Volksliedes "Im schönsten Wiesengrunde ..." (x846/...):

>>1. Im schönsten Wiesengrunde

Ist meiner Heimat Haus,

Da zog ich manche Stunde

Ins Tal hinaus.

Dich mein stilles Tal

Grüß ich tausendmal!

Da zog ich manche Stunde

Ins Tal hinaus.

2. Wie Teppich reich gewoben,

Steht mir die Flur zur Schau;  
O Wunderbild, und oben  
Des Himmels Blau.  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
O Wunderbild, und oben  
Des Himmels Blau.

3. Herab von sonn'ger Halde  
Ein frischer Odem zieht;  
Es klingt aus nahem Walde  
Der Vögel Lied.  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Es klingt aus nahem Walde  
Der Vögel Lied.

4. Die Blume winkt dem Schäfer  
Mit Farbenpracht und Duft;  
Den Falter und den Käfer  
Zu Tisch sie ruft.  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Den Falter und den Käfer  
Zu Tisch sie ruft.

5. Das Bächlein will beleben  
Den heimlich trauten Ort;  
Da kommt's durch Wiesen eben  
Und murmelt fort.  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Da kommt's durch Wiesen eben  
Und murmelt fort.

6. Das blanke Fischlein munter  
Schwimmt auf und ab im Tanz;  
Rings strahlen tausend Wunder  
Im Sonnenglanz.  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Rings strahlen tausend Wunder  
Im Sonnenglanz.

7. Wie schön der Knospen Springen,  
Des Tau's Kristall im Licht!  
Wollt ich es alles singen -  
Ich könnt es nicht!  
Dich mein stilles Tal

Grüß ich tausendmal!  
Wollt ich es alles singen -  
Ich könnt es nicht!

8. Kommt, kommt der Tisch der Gnaden  
Winkt reichlich überall;  
Kommt, all' seid ihr geladen  
Ins stille Tal!  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Kommt, all' seid ihr geladen  
Ins stille Tal!

9. Wie froh sind da die Gäste!  
Da ist nicht Leid noch Klag';  
Da wird zum Friedensfeste  
Ein jeder Tag!  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Da wird zum Friedensfeste  
Ein jeder Tag!

10. Wie sieht das Aug' so helle  
Im Bucho der Natur!  
Der reinsten Freuden Quelle  
Springt aus der Flur.  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Der reinsten Freuden Quelle  
Springt aus der Flur.

11. Hier mag das Herz sich laben  
Am ew'gen Festaltar;  
Kommt, bringet Opfertgaben  
Mit Jubel dar!  
Dich mein stilles Tal  
Grüß ich tausendmal!  
Kommt, bringet Opfertgaben  
Mit Jubel dar!

12. Müßt aus dem Tal ich scheiden,  
Wo alles Lust und Klang,  
Das wär' mein herbstes Leiden,  
Mein letzter Gang.  
Dich, mein stilles Tal,  
Grüß ich tausendmal!  
Das wär' mein herbstes Leiden,  
Mein letzter Gang.

13. Sterb' ich, in Tales Grunde  
Will ich begraben sein,  
Singt mir zur letzten Stunde  
Beim Abendschein:  
"Dir, o stilles Tal,  
Gruß zum letztenmal!"  
Singt mir zur letzten Stunde  
Beim Abendschein.<<

**1852**

**Deutscher Bund:** Gustav Adolf Pompe verfaßt im Jahre 1852 den Text des "Pommernliedes"

(x846/...):

>>Wenn in stiller Stunde  
Träume mich umweh'n,  
Bringen frohe Kunde  
Geister ungesch'n,  
Reden von dem Lande  
Meiner Heimat mir,  
Hellem Meeresstrande  
Düsterm Waldrevier.

Weißer Segel fliegen  
Auf der blauen See,  
Weißer Möwen wiegen  
Sich in blauer Höh',  
Blaue Wälder krönen  
Weißer Dünen Sand:  
Pommernland, mein Sehnen  
Ist dir zugewandt!

Aus der Ferne wendet  
Sich zu dir mein Sinn,  
Aus der Ferne sendet  
Trauten Gruß er hin;  
Traget, laue Winde,  
Meinen Gruß und Sang,  
Wehet leis' und linde  
Treuer Liebe Klang

Bist ja doch das eine  
Auf der ganzen Welt,  
Bist ja mein, ich deine,  
Treu dir zugesellt;  
Kannst ja doch von allen,  
Die ich je gesch'n,  
Mir alleine gefallen,  
Pommernland, so schön.

Jetzt bin ich im Wandern,  
Bin bald hier, bald dort,

Doch aus allem andern  
Treibt's mich immer fort;  
Bis in dir ich wieder  
Finde meine Ruh,  
Send ich meine Lieder  
Dir, o Heimat, zu!<<

**Dänemark:** Obgleich die Herzogtümer Schleswig und Holstein eigentlich an den rechtmäßigen Erben Herzog Christian von Sonderburg-Augustenburg fallen müssen, entscheiden sich die damaligen Großmächte in London im Jahre 1852 für Dänemark (x054/146).

Im Londoner Protokoll heißt es, daß die Elbherzogtümer denselben Herrscher haben sollen wie Dänemark; es untersagt jedoch ausdrücklich die Einverleibung Schlesiws in den dänischen Staat (x069/32).

### **1854**

**Deutscher Bund:** Der deutsche Bundestag läßt im Jahre 1854 per Gesetz alle Arbeitervereine verbieten (x145/124): >>... Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen ferner, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeiter-Vereine oder –Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben. ...<<

Jonas Wessel Croger (1807-1867) verfaßt um 1854 den Text des Liedes "Schleswig-Holstein, meerumschlungen ..." (x846/...):

>>1. Schleswig-Holstein, meerumschlungen,  
Deutscher Sitte hohe Wacht,  
Wahre treu, was schwer errungen,  
Bis ein schön'rer Morgen tagt!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Wanke nicht, mein Vaterland!

2. Ob auch wild die Brandung tose,  
Flut auf Flut von Bai zu Bai,  
O, laß blüh'n in deinem Schoße  
Deutsche Tugend, deutsche Treu!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Bleibe treu, mein Vaterland!

3. Doch wenn inn're Stürme wüten,  
Drohend sich der Nord erhebt,  
Schütze Gott die holden Blüten,  
Die ein milder Süd belebt!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Stehe fest, mein Vaterland!

4. Gott ist stark auch in den Schwachen,  
Wenn sie gläubig ihm vertrauen;  
Zage nimmer, und dein Nachen  
Wird trotz Sturm den Hafen schau'n!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Harre aus, mein Vaterland!

5. Von der Woge, die sich bäumet,

Längs dem Belt am Ostseestrand,  
Bis zur Flut, die ruh'los schäumt  
An der Düne flücht'gem Sand!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Stehe fest, mein Vaterland!

6. Und wo an des Landes Marken  
Sinnend blinkt die Königsau,  
Und wo rauschend stolzen Barken  
Elb'wärts ziehen zum Holstengau!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Bleibe treu, mein Vaterland!

7. Teures Land, du Doppeleiche  
Unter einer Krone Dach,  
Stehe fest und nimmer weiche,  
Wie der Feind auch dräuen mag!  
Schleswig-Holstein, stammverwandt,  
Wanke nicht, mein Vaterland!<<

#### **1855**

**Preußen:** Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp (1812-1887, führt neue Stahlerzeugungsverfahren ein und fördert eine vorbildliche betriebliche Sozialpolitik) berichtet im Jahre 1855 (x239/96): >>Vor Jahren ... stand ich in der leeren Halle dieser Fabrik, dem väterlichen Erbe, zusammen mit wenigen Arbeitern.

15 Jahre lang habe ich gerade soviel erworben, um den Arbeitern ihren Lohn ausbezahlen zu können.

Wenn bei schlechter Wirtschaftslage alle Industrien daniederlagen, wenn Bestellungen fehlten, so habe ich dennoch arbeiten lassen, niemals einen treuen Arbeiter entlassen.

Den Gewinn unserer Arbeit ließ ich in das Werk zurückfließen, damit wir durch eine erstklassige Produktion um Aufträge nicht verlegen sind und jedem Werksmitglied seinen Arbeitsplatz sichern können.

Seit 19 Jahren haben wir unsere Betriebskrankenkasse. Daneben habe ich die Überschüsse der Kasse dazu bestimmt, daß aus ihnen den alten Arbeitnehmern Pensionen bezahlt werden. ...

Ich wünsche, daß alle, die hier arbeiten, frei von Sorgen sind; sie sollen Krankheit und Alter nicht fürchten müssen. ...<<

#### **1856**

**Deutscher Bund:** Der preußische Abgeordnete Otto von Bismarck schreibt im Jahre 1856 über den deutschen Dualismus (x239/142): >>Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide; so lange ein ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausgeführt ist, pflügen wir beide denselben streitigen Acker.

...

Der deutsche Dualismus hat seit Karl dem V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen reguliert, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können. ...<<

#### **1857**

**Preußen:** Prinz Wilhelm von Preußen (1797-1888) übernimmt im Jahre 1857 für seinen regierungsunfähigen Bruder Friedrich Wilhelm IV. (Gehirnerkrankung) die Leitung der Staatsgeschäfte.

Prinz Wilhelm von Preußen ist nach vielen schwachen Preußenkönigen endlich wieder ein fähiger Herrscher, der die traditionellen preußischen Tugenden (Fleiß, Gerechtigkeitsgefühl, Pflichtbewußtsein und Redlichkeit) verkörpert. Der "schöne Wilhelm" ist trotz seines relativ hohen Alters nicht nur eine exzellente, vornehme Erscheinung, sondern er gehört zweifellos zu den tadelfreien und würdevollen Persönlichkeiten des Landes (x215/287).

Eleonore Fürstin von Reuß (1835-1903, deutsche Dichterin) verfaßt im Jahre 1857 den Text des Kirchenliedes "Das Jahr geht still zu Ende ..." (x198/83):

>>1. Das Jahr geht still zu Ende,  
nun sei auch still, mein Herz.

In Gottes treue Hände  
leg ich nun Freud' und Schmerz  
und was dies Jahr umschlossen,  
was Gott der Herr nur weiß,  
die Tränen, die geflossen,  
die Wunden brennend heiß.

2. Warum es so viel Leiden,  
so kurzes Glück nur gibt?  
Warum denn immer scheiden,  
wo wir so sehr geliebt?  
So manches Aug' gebrochen  
und mancher Mund nun stumm,  
der erst noch hold gesprochen:  
du armes Herz, warum? ...

5. O das ist sich'res Gehen  
durch diese Erdenzeit:  
nur immer vorwärts sehen  
mit seel'ger Freudigkeit;  
wird uns durch Grabeshügel  
der klare Blick verbaut,  
Herr, gib der Seele Flügel,  
daß sie hinüberschaut.

6. Hilf du uns durch die Zeiten  
und mache fest das Herz,  
geh selber uns zur Seiten  
und führ uns heimatwärts.  
Und ist es uns hienieden  
so öde, so allein,  
o laß in deinem Frieden  
uns hier schon selig sein.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1857-1871 (x813/374-377): >>(Preußen) ... Friedrich Wilhelm IV. erkrankte 1857 an einem Gehirnleiden und mußte daher am 23. Oktober, da er selbst kinderlos war, die oberste Leitung der Staatsgeschäfte seinem ältesten Bruder, dem Prinzen Wilhelm von Preußen, als Stellvertreter übertragen; als solcher änderte der Prinz in dem Gang der Regierung nichts. Erst als sich die Krankheit des Königs als unheilbar erwies, wurde der Prinz durch Kabinettsorder vom 7. Oktober 1858 zum Regenten ernannt, übernahm am 9. Oktober die volle Regie-

rungsgewalt und berief den Landtag, welcher die Regentschaft bestätigte.

Der Prinz-Regent entließ am 6. November das Ministerium Manteuffel und berief ein neues, dessen Vorsitz der Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen übernahm, und dessen bedeutendste Mitglieder die Führer der Altliberalen, R. von Auerswald, Patow, Bethmann-Hollweg und Graf Schwerin, waren.

In einer Ansprache an das Ministerium vom 8. November gab der Prinz-Regent die Ziele seiner Regierung zu erkennen: von einem Bruch mit der Vergangenheit solle nicht die Rede sein; die Regierung solle nur die bessernde Hand anlegen, sich gesetzlich und konsequent zeigen; vor religiöser Heuchelei sei zu warnen; in Deutschland müsse man moralische Eroberungen machen, vor allem aber müsse Preußens Heer mächtig und angesehen sein. Der Hauptschwerpunkt des Programms lag bei der Stelle ... des Heerwesens, die bedeutete, daß der Prinz eine Heeresreform als eine unerläßliche Vorbedingung für eine nationale Politik und eine den liberalen Wünschen entsprechende innere Verwaltung ansehe. ...

Als 1859 der Krieg in Italien ausbrach, trug zwar Preußen Bedenken, wie Österreich und die Süddeutschen verlangten, Frankreich sofort den Krieg zu erklären, machte aber sein Heer erst marschbereit, dann mobil und war entschlossen, sobald deutsches Bundesgebiet verletzt würde, einzuschreiten; nur beanspruchte es die Führung des Krieges am Rhein. Aber Österreich schloß lieber den Frieden von Villafranca (11. Juli), als daß es dies zugegeben hätte, und Kaiser Franz Joseph verkündete in einem Manifest, daß er habe Frieden schließen müssen, weil Preußen ihn im Stich gelassen.

Indes würdigte man auch in Deutschland Preußens loyale Haltung und nationale Bedeutung, und im deutschen Nationalverein sammelten sich die Anhänger der preußischen Hegemonie.

Aus dem Verlauf der Mobilmachung 1859 hatte aber der Prinz-Regent erkannt, daß die Heeresreform nicht mehr aufgeschoben werden dürfe, und 1860 wurde dem Landtag die vom Prinzen selbst und dem Kriegsminister von Roon ausgearbeitete Heeresreorganisation vorgelegt, deren Grundgedanken waren:

Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit, Erhöhung der Reservepflicht von zwei auf vier Jahre und entsprechende Verkürzung der Landwehrpflicht; ... um eine größere Anzahl Rekruten ausbilden und die Feldarmee nur aus Linienregimentern zusammensetzen zu können, daher auch Vermehrung der Offiziere und Unteroffiziere und der unter den Fahnen stehenden Truppen. Die Mehrkosten sollten 9 Millionen Taler betragen, die Ausgaben für das Heer also auf 32.800.000 Taler steigen, etwa ein Viertel der gesamten Jahreseinnahme (130 Millionen Taler).

Der Reformplan stieß auf vielfache Opposition: man fand die Kosten zu beträchtlich, hielt das Lieblingsinstitut der Landwehr für zu sehr zurückgesetzt, war mit der Verlängerung der Dienstzeit nicht einverstanden etc.

Die lange Friedenszeit hatte das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines starken Heeres in Preußen geschwächt, und noch traute man in Erinnerung an die schwächliche Politik 1849-50 der Regierung nicht zu, daß sie von der kostspieligen Waffe auch einen wirklich energischen, erfolgreichen Gebrauch für Preußens Machtstellung und Deutschlands Einigung machen werde. In unseligem Mißtrauen, einem Zeichen politischer Unreife und einer Folge der früheren Unfreiheit, vermutete man, daß ein geheimer Plan der Reaktion hinter der Heeresreform verborgen sei.

Daher beging die Vinckesche Partei im Abgeordnetenhaus, die weder den Mut hatte, die Vorlage abzulehnen, noch sie anzunehmen, den verhängnisvollen Fehler, die Reorganisation als Provisorium zu genehmigen und die Kosten bis 30. Juni 1861 vorläufig zu bewilligen, und das Ministerium akzeptierte dies, obwohl es entschlossen war, die Reorganisation durch Errichtung neuer Regimenter etc. zu einer definitiven zu machen, wie die Fahnenweihe bewies. Hieraus entstand der verderbliche Verfassungskonflikt. Derselbe verschärfte sich immer mehr

...

Namentlich die feierliche Krönung, die Wilhelm I. nach seiner Thronbesteigung (2. Januar 1861) am 18. Oktober 1861 in Königsberg veranstaltete, und bei der er die Heiligkeit und Untastbarkeit der Krone und die beratende Stimme des Landtages betonte, verstimmte die Anhänger der parlamentarischen Verfassungsform, welche als Fraktion "Jung-Litauen" schon bisher im Landtag bestanden hatten, sich nun als "Deutsche Fortschrittspartei" konstruierten und bei den Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus (6. Dezember 1861) die Majorität erhielten. ...

Bismarck ... erklärte am 30. September 1862 in der Budgetkommission seine Absicht, die deutsche Frage durch Blut und Eisen zu lösen, weswegen die Heeresreform notwendig sei, stieß aber damit auf Unglauben und Hohn, da die Liberalen die Berufung Bismarcks, der nur als einer der reaktionärsten Junker von 1847 bis 1849 her bekannt war, als offenbare Rückkehr zum absolutistischen System ansahen, gegen welches die Rechte des Volkes rücksichtslos verteidigt werden müßten.

Als daher das Herrenhaus am 11. Oktober nicht das vom Abgeordnetenhaus beschlossene, sondern das von der Regierung vorgelegte Budget mit den Reorganisationskosten genehmigte, erklärte das Abgeordnetenhaus am 13. Oktober diesen Beschluß für verfassungswidrig und deshalb für null und nichtig und beharrte auch in den folgenden Jahren dabei, das Heeresgesetz und die Reorganisationskosten abzulehnen.

Das Volk trat auf seine Seite, indem es 1863 die Mehrheit wieder wählte. Die Regierung bestritt aber dem Abgeordnetenhaus das Recht, das Budget allein nach seinem Willen festzustellen, und erklärte sich für befugt, wenn durch mangelnde Übereinstimmung der beiden Häuser des Landtages kein gesetzliches Budget zustande komme, die Staatsverwaltung auch ohne solches fortzuführen.

So standen Regierung und Herrenhaus einerseits, das Abgeordnetenhaus andererseits sich schroff gegenüber und warfen einander Überschreitung der verfassungsmäßigen Rechte vor. Das Abgeordnetenhaus schien formell im Recht, verlangte aber tatsächlich Unmögliches, nämlich die Wiederbeseitigung der Heeresreform.

Vermittlungsversuche, welche gegen das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit die Vermehrung der Regimenter bewilligen wollten, scheiterten an der beiderseitigen Unnachgiebigkeit.

Verschärft wurde der Konflikt durch den Streit, der 1863 über die Disziplinargewalt des Präsidenten des Abgeordnetenhauses gegenüber den Vertretern der Regierung ausbrach, ferner durch Beschlagnahme der Zeitungen, Maßregelungen von liberalen Beamten, für welche der Nationalfonds gesammelt wurde, durch die Presseordonnanz vom 1. Juni 1863, durch das Urteil des Obertribunals (Februar 1866), daß Abgeordnete wegen ihrer Reden im Landtag gerichtlich verfolgt werden könnten, welches Urteil das Haus für eine Verfassungsverletzung erklärte, u.a.m.

Bei dieser verbitterten Stimmung wurde Bismarcks auswärtige Politik nicht gewürdigt. Sein Verhalten während des Aufstandes in Russisch-Polen (1863) wurde am 28. Februar 1863 durch eine Resolution des Abgeordnetenhauses scharf getadelt, das Programm der deutschen Politik, welches Bismarck aus Anlaß des Frankfurter Fürstentages 1863 in einer Denkschrift entwickelte, und welches für Deutschland eine freisinnige Verfassung und ein durch allgemeine Wahlen gebildetes Parlament verhielt, für bloße Spiegelfechtereie erklärt und auch der schleswig-holsteinischen Politik Preußens entschiedener Widerstand geleistet.

Ja, die schleswig-holsteinische Verwicklung schien den ... Führern der Fortschrittspartei (Virchow und Schulze-Delitzsch) ein geeignetes Mittel, um die Entlassung Bismarcks, die Unterwerfung der Krone unter den Willen der Volksvertretung und damit die Herstellung der parlamentarischen Regierung zu erzwingen.

Das Abgeordnetenhaus forderte daher am 18. Dezember 1863 die Lossagung vom Londoner Vertrag und die Anerkennung des Prinzen von Augustenburg als Herzog, verweigerte nach der Ablehnung dieses Verlangens die Anleihe von 12 Millionen und erklärte am 22. Januar 1864, daß es der bundeswidrigen und antinationalen Politik der Regierung, welche die Herzogtümer nur an Dänemark wieder ausliefern und in Deutschland einen Bürgerkrieg entzünden werde, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln entgetreten würde.

Selbst als nun der dänische Krieg eine ganz andere Wendung nahm und nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen (18. April) und der Eroberung Alsens (29. Juni) durch preußische Truppen die Befreiung der Herzogtümer zur Folge hatte, als Bismarck ferner den Widerstand der Mittelstaaten gegen den französischen Handelsvertrag siegreich überwand, beschloß das Abgeordnetenhaus am 17. Juni 1865, das Militärgesetz, die Reorganisationskosten, den Flottenerweiterungsplan und die Kosten des dänischen Krieges (22 Millionen) abzulehnen; ja Schulze-Delitzsch verstieg sich zu der Äußerung, man müsse Preußen den Großmachtskitzel austreiben. Auch die Erwerbung Lauenburgs im Gasteiner Vertrag (14. August 1865) wurde für verfassungswidrig erklärt.

Die Regierung schloß die Sitzungen des Landtages stets nach der Ablehnung ihres Budgets, verschaffte sich die nötigen Gelder durch den Verkauf ihrer Aktien der Köln-Mindener Eisenbahn und regierte ohne gesetzliches Budget.

Ihre Bemühungen, die preußischen Interessen in Schleswig-Holstein zu wahren, wurden aber durch die Haltung des Abgeordnetenhauses nicht wenig erschwert und Österreich und die Mittelstaaten um so mehr zu immer schrofferem Auftreten gegen Preußen ermutigt, als beim preußischen Volk selbst die Meinung verbreitet war, daß Bismarck, selbst wenn er den Mut habe, bei dem Mangel an Geld keinen Krieg führen könne und seine Politik also mit einem neuen, schmähhlicheren Olmütz enden müsse.

Als sich die Lage 1866 daher immer düsterer gestaltete und ein Krieg in Sicht schien, erklärten sich in Preußen, namentlich in den westlichen Provinzen, viele Vereine und städtische Korporationen entschieden gegen einen Krieg mit Österreich. Um so notwendiger war es für den König und Bismarck, nicht zurückzuweichen, sondern den angebotenen Kampf entschlossen anzunehmen und mit Aufbietung aller Kräfte den Sieg zu sichern. ...

Das Abgeordnetenhaus war am 9. Mai 1866 aufgelöst worden. Obwohl bei den Wahlagitationen die Fortschrittspartei ihre schroffe Opposition fortsetzte und Schulze-Delitzsch rief: "Diesem Ministerium keinen Groschen!", begann doch nach der königlichen Proklamation vom 18. Juni, welche Ursache und Bedeutung des Krieges darlegte, und nach den ersten Kriegsnachrichten der preußische Patriotismus zu erwachen und die Stimmung im Volk umzuschlagen.

Die Wahlmännerwahlen fanden schon am 25. Juni statt, und deshalb verlor die Fortschrittspartei bei den Abgeordnetenwahlen (3. Juli, am Tag von Königgrätz) an 100 Sitze. Der unerwartet glückliche Verlauf des Krieges machte den Umschlag aber bald zu einem vollständigen. Die Armeeorganisation hatte sich glänzend bewährt, mit dem durch sie geschaffenen Heer hatte Preußen das lang ersehnte Ziel seiner deutschen Politik erreicht, sich zur herrschenden Macht in Deutschland erhoben und drei Provinzen erworben. Mit Jubel wurden König Wilhelm, Bismarck und Roon vom Volk begrüßt.

Es war daher ein großmütiger und weiser Schritt des Königs und Bismarcks, daß sie zuerst die Hand zu einer vollen und aufrichtigen Versöhnung mit dem Abgeordnetenhaus boten, indem sie das formelle Recht desselben anerkannten und am 14. August dem Landtag ein Gesetz vorlegten, welches Indemnität (Straflosigkeit) für die ohne gesetzliche Grundlage geleisteten Staatsausgaben verlangte.

Ein Teil der Fortschrittspartei (Waldeck, Hoverbeck, Virchow und andere) verweigerte dieselbe ohne die Garantie der Rechte des Abgeordnetenhauses. ... Die Indemnitätsvorlage wurde

am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen, ... und am 7. September die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main, am 20. Dezember die Schleswig-Holsteins mit Preußen genehmigt; die Zahl der Abgeordneten wurde um 80 vermehrt. Der Etat für 1867 wurde nach den Wünschen der Regierung im Plenum erledigt.

In dem durch die Verständigung der norddeutschen Staaten mit Preußen errichteten Norddeutschen Bund, dessen Verfassung der erste Reichstag desselben am 17. April 1867 annahm und der preußische Landtag trotz des Widerspruchs der Fortschrittspartei genehmigte, erhielt die preußische Krone das Präsidium und wurde Preußen der leitende Staat; der preußische Ministerpräsident war Kanzler des Bundes.

Die auswärtigen Angelegenheiten, Handel, Zölle, Post, Telegraphie, Heer- und Marinewesen u.a. gingen fortan auf den Bund über, und Preußen wurde ein Partikularstaat, der nur in den inneren Angelegenheiten noch souverän war. Der Großstaat Preußen dankte zu Gunsten Deutschlands ab, wenn auch sein fester Organismus die Hauptstütze des größeren Gemeinwesens blieb. Preußens Geschichte ist daher seit 1867 eine vorzugsweise innere.

Zunächst galt es, die neuen Gebietsteile, welche in drei Provinzen, Schleswig-Holstein mit Lauenburg, Hannover und Hessen-Nassau, organisiert wurden, mit dem preußischen Staatskörper zu verschmelzen, wofür der Regierung auf ein Jahr die Diktatur verliehen worden war. Hierbei geschahen anfangs einige Mißgriffe, welche persönliche Interessen unnötig verletzten und Unzufriedenheit hervorriefen.

1867 wurden daher Vertrauensmänner aus den annektierten Ländern bei den neuen Einrichtungen zu Rate gezogen und viele Eigentümlichkeiten, die im Grund unschädlich waren, bestehen gelassen. Auch der König griff wiederholt vermittelnd und versöhnend ein. ... Mit den ... Fürsten von Hannover, Nassau und Hessen wurden Verträge über ihre Abfindung abgeschlossen und ihnen ansehnliche Geldsummen zugestanden, ohne daß man von König Georg und dem Kurfürsten einen Verzicht auf ihren Thron erreichte.

Die Verträge wurden im Februar 1868 vom Landtag nur genehmigt, weil Bismarck sein Verbleiben im Amt von ihrer Annahme abhängig machte, aber schon im März 1868 für Hannover und Hessen hinfällig, da jene Fürsten ihre Agitationen gegen Preußen fortsetzten und die Regierung daher das ihnen abgetretene Vermögen wieder mit Beschlag belegte. Mit Zustimmung des Landtages wurden die Einkünfte aus demselben zur Bekämpfung dieser Agitationen verwendet (Welfenfonds). ...

Weitere Reformen wurden durch den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges zurückgedrängt, in welchem der preußische Staat die vorzügliche Organisation seines Staats- und Heerwesens bewährte: er streckte aus seinem Staatsschatz den süddeutschen Staaten die ersten Mobilmachungskosten vor, stellte aus der fast unerschöpflichen Fülle seiner Reserven und Landwehren immer neue Truppenkörper auf und ergänzte die ungeheuren Verluste seiner Korps, besonders vor Metz; auch in den übrigen deutschen Staaten machten sich die nützlichen Wirkungen der Preußen nachgeahmten Einrichtungen schon geltend.

Das preußische Volk leuchtete ganz Deutschland durch patriotische Opferwilligkeit voran, und die preußischen Heerführer rechtfertigten durch ihre Siege das in sie gesetzte Vertrauen.

Die Umwandlung des Norddeutschen Bundes in das Deutsche Reich (18. Januar 1871) hatte für Preußen deswegen Bedeutung, weil durch den Zutritt der süddeutschen Staaten die Zahl der außerpreußischen Stimmen im Bundesrat und Reichstag vermehrt wurde, wogegen Preußen in gewissen Fällen ein Veto eingeräumt wurde.

Preußen wurde jetzt die Hausmacht des neuen deutschen Kaisertums, und das stolze Bewußtsein der Verdienste, die sich Preußen um Deutschland erworben, ließ auch die großen Opfer vergessen, die es gebracht (hatte), und von denen die Abtretung des ganzen Militärfiskus mit seinen Gebäuden, Grundstücken, Kriegsmaterial etc. sowie der deutschen Flotte an das Reich kein geringes war.

## 1858

**Thüringen:** Friedrich Perthes (1772-1843, deutscher Buchhändler und Verleger, gründet 1796 mit Johann H. Besser in Hamburg die erste Sortimentsbuchhandlung Deutschlands, Mitbegründer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels) berichtet im Jahre 1858 über die Veränderungen des Bürgertums in Thüringen von 1825-1850 (x239/86): >>Der Umschwung der Gewerbetätigkeit ist nicht hinter dem des Ackerbaues zurückgeblieben.

Vor einem Vierteljahrhundert fanden sich in diesem Teile Deutschlands fast keine Männer von Bildung, Kenntnis und Einsicht, die sich mit dem Handel befaßt hätten; ... der sogenannte Kaufmann stand der Sache wie der Meinung nach unter dem Handwerker.

Jetzt begegnet man selbst an den kleineren Orten Thüringens Männer mit kaufmännischem Sinn großer Art. ... Sie sind es, die den großen früher tot liegenden Reichtum des Landes entdeckt, hervorgezogen und in den Weiterverkehr gebracht haben.

Wer Erinnerungen aus dem ... Deutschland gegen Ausgang des vorigen Jahrhunderts in sich trägt, kennt es heute nicht wieder.

Beamte, Kaufleute, Handwerker haben die Entwicklungsstufen vieler Generationen mit einem Schritte übersprungen. In welchem Lande Europas sind so viele kleine und mittlere freie Landeigentümer, so viele unabhängige Bürger, so viele Menschen mit freier Bildung. wie in Deutschland. ...<<

## 1859

**Deutscher Bund:** Georg Herwegh schreibt im Oktober 1859 einen immerwährenden Kalender für alle Tage des Jahres (x105/105):

>>Was macht Deutschland?

Sonntag. Deutschland pflegt sich –  
Wohl zu besinnen.

Montag. Deutschland regt sich –  
Was wird's beginnen?

Dienstag. Deutschland trägt sich –  
Mit großen Gedanken.

Mittwoch. Deutschland bewegt sich –  
In gesetzlichen Schranken.

Donnerstag. Deutschland frägt sich –  
Ob's endlich soll?

Freitag. Deutschland schlägt sich –  
Schlägt sich wie toll!

Sonnabend. Deutschland legt sich –  
Zu Protokoll!<<

Joseph Viktor von Scheffel (1826-1886) verfaßt im Jahre 1859 das "Lied der Franken" (x846/...):

>>Wohlauf, die Luft geht frisch und rein,

Wer lange sitzt muß rosten.

Den allersonnigsten Sonnenschein

Läßt uns der Himmel kosten.

Jetzt reicht mir Stab und Ordenskleid

Der fahrenden Scholaren,

Ich will zu guter Sommerszeit

Ins Land der Franken fahren!

Valleri, valleri, valleri, valleri,

Ins Land der Franken fahren!

Der Wald steht grün, die Jagd geht gut,  
Schwer ist das Korn geraten;  
Sie können auf des Maines Flut  
Die Schiffe kaum verladen.  
Bald hebt sich auch das Herbst an,  
Die Kelter harret des Weines;  
Der Winzer Schutzherr Kilian  
Beschert uns etwas Feines.  
Valleri, valleri, valleri, valleri,  
Beschert uns etwas Feines.

Wallfahrer ziehen durch das Tal  
Mit fliegenden Standarten,  
Hell grüßt ihr doppelter Choral  
Den weiten Sonnengarten.  
Wie gerne wär' ich mitgewallt,  
Ihr Pfarr' wollt mich nicht haben.  
So muß ich seitwärts durch den Wald  
Als rüdig Schäflein traben.  
Valleri, valleri, valleri, valleri,  
Als rüdig Schäflein traben.

Zum heil'gen Veit vom Staffelstein  
Komm ich emporgestiegen  
Und seh' die Lande um den Main  
Zu meinen Füßen liegen:  
Von Bamberg bis zum Grabfeldgau  
Umrahmen Berg und Hügel  
Die breite, stromdurchglänzte Au.  
Ich wollt, mir wüchsen Flügel!  
Valleri, valleri, valleri, valleri,  
Ich wollt, mir wüchsen Flügel! ...<<

**Preußen:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Otto von Bismarck in den Jahren 1859-1866 (x802/982-984): >>(Bismarck, Otto Eduard Leopold) ... Im Jahre 1859 schien ihm der Augenblick gekommen, um Preußen von der Bevormundung Österreichs zu befreien und ihm eine gebietendere Stellung in Deutschland zu verschaffen.

Er sprach es offen aus, daß Preußen Österreich nicht Vasallendienste leisten, nicht ihm den Krieg ohne Gegenleistung abnehmen solle. Indes das neue Ministerium Hohenzollern-Schleinitz wollte sich den Bundespflichten nicht ohne weiteres entziehen, und Bismarck wurde daher am 5. März 1859 von Frankfurt abberufen und als Gesandter nach Petersburg versetzt. Der achtjährige Aufenthalt in der Bundeshauptstadt, der von vielen Reisen in das Ausland unterbrochen war, bezeichnete einen wichtigen Abschnitt in Bismarcks staatsmännischer Entwicklung.

In Petersburg blieb Bismarck drei Jahre, erwarb sich durch sein offenes, sicheres Wesen die Gunst des Kaisers und der Gesellschaft, auch die Gortschakows (russischer Außenminister), als dessen Schüler er sich, um dem eitlen Mann zu schmeicheln, bezeichnete. Während er seinen Amtsgeschäften, der Erziehung seiner Kinder und dem Vergnügen der Jagd seine Zeit und Kraft widmete, beobachtete er die Entwicklung der Dinge in Preußen und Deutschland mit scharfem Blick und überreichte 1861 in Baden-Baden dem König Wilhelm I. eine Denkschrift

über die deutsche Verfassungsfrage, welche denselben im Frühjahr 1862 nach Entlassung des Ministeriums der neuen Ära bewog, Bismarck nach Berlin kommen zu lassen.

Indes trug er doch Bedenken, einem Mann von so ausgeprägter Parteirichtung, wie Bismarck zu sein schien, die Leitung des Ministeriums zu übertragen, das sich mit dem Landtag verständigen sollte, und ernannte ihn am 24. Mai 1862 zum Gesandten in Paris. Indes da das neue Ministerium Hohenlohe-Heydt seine Aufgabe nicht nur nicht löste, sondern nach ... den Wahlen im Sommer 1862 der Militärkonflikt sich noch verschärfte, so wurde Bismarck schon im September von Biarritz nach Berlin berufen und am 24. September 1862 als Staatsminister mit dem interimistischen Vorsitz im Ministerium beauftragt.

Die Lage in Preußen war eine schwierige, denn der König wollte die Reorganisation der Armee nicht rückgängig machen, das Abgeordnetenhaus protestierte gegen die definitive Durchführung derselben ohne Bewilligung der Mittel und wahrte sein Budgetrecht durch Absetzung der Mehrkosten im Militärbudget. Bismarck übernahm die Aufgabe, die Reorganisation zu sichern, und er hoffte es bei dem Abgeordnetenhaus dadurch zu erreichen, daß er in der Sitzung der Budgetkommission am 30. September sehr versöhnlich auftrat und auf die Notwendigkeit einer starken Rüstung Preußens hinwies, da Deutschland nicht auf dessen Liberalismus, sondern auf seine Macht sehe und die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen entschieden würden.

Indessen diese "Blut- und Eisenpolitik" begegnete nur spöttischem Mißtrauen. Man sah in Bismarck nur den beschränkten Junker von 1848 und das gefügte Werkzeug der Reaktion, welche die konstitutionelle Verfassung vernichten und im Bund mit Österreich Deutschland knechten wolle.

Die Erinnerung an die schwächliche deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. und auch Schleinitz' und Bernstorffs sowie der von der noch nicht überwundenen politischen Unreife des preußischen Volkes zeugende unüberwindliche Argwohn gegen alle Maßnahmen und Worte der Regierung ließen den Gedanken in der Opposition gar nicht aufkommen, daß Preußen sein Schwert wirklich einmal für die Einigung Deutschlands ziehen werde; die überwiegende Mehrheit des Hauses wollte daher von der Anerkennung der Heeresreorganisation und ihrer Mehrkosten nichts wissen und nahm am 7. Oktober einen Antrag an, welcher das Budgetrecht des Landtages voll und ganz wahren sollte.

Bismarck, der am 8. Oktober zum Ministerpräsidenten und auswärtigen Minister ernannt wurde, verzichtete unter diesen Umständen auf jeden weiteren Versöhnungsversuch und beschloß, nachdem das Herrenhaus das Budget des Abgeordnetenhauses verworfen hatte, ohne Budget zu regieren, den Widerstand des Landes aber dadurch zu überwinden, daß er die angekündigte deutsche Politik auch ohne Unterstützung der Volksvertretung verwirklichte.

Dem Abgeordnetenhaus trat er fortan mit rücksichtslos offener Sprache entgegen und erregte namentlich einen Sturm der Entrüstung durch die Darlegung seiner Ansicht, daß das Haus, indem es seinen Standpunkt einseitig festhalte und ein Kompromiß mit den anderen gesetzgebenden Gewalten ablehne, einen Konflikt heraufbeschworen habe, Konflikte aber zu Machtfragen würden und wer die Macht habe, dann in seinem Sinn vorgehe.

Parlamentarische Streitpunkte, so über die Ausdehnung der Disziplinargewalt des Präsidenten auf die Minister, welche Bismarck bestritt, erweiterten die Kluft zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhaus, scharfe Maßregeln, wie die Presseordonnanz vom 1. Juni 1863, und manche kleinliche Akte gegen liberale Behörden und Personen von seiten der teilweise unbedeutenden Kollegen Bismarcks verstärkten im Volk die Furcht vor der Reaktion und das Mißtrauen gegen die Regierung, so daß eine Versöhnung zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung in der Tat unmöglich schien.

Inzwischen hatte Bismarck die Lösung der deutschen Frage in Angriff genommen. Bereits im Januar 1863 hatte er Österreich erklärt, daß es entweder die Leitung der deutschen Angele-

genheiten mit Preußen freundschaftlich teilen, oder eines offenen Bruches gewärtig sein müsse. Österreich glaubte indes Preußen und Bismarck durch den Verfassungskonflikt so geschwächt, daß es im August 1863 den Versuch machte, auf dem Fürstenkongreß in Frankfurt eine neue deutsche Verfassung zustande zu bringen, welche gerade dazu dienen sollte, Preußen zu majorisieren und seinen Interessen dienstbar zu machen.

Bismarck vereitelte dies, indem er den König bewog, vom Kongreß fern zu bleiben, und offenbarte am 15. September als Ziel seiner deutschen Politik die Berufung einer deutschen Volksvertretung. Aber mit dieser Aussicht auf die Erfüllung der 1849 gescheiterten Hoffnungen stieß er ebenso auf spöttischen Unglauben wie mit seiner schleswig-holsteinischen Politik 1863-64, die auf einem meisterhaften Überblick der Sachlage, der schärfsten Beurteilung der übrigen Mächte beruhte und durch den Erfolg glänzend gerechtfertigt wurde, indessen nicht gelingen konnte, wenn ihr Ziel vorzeitig verkündet wurde; daher wurde sie auch von den preußischen Liberalen nicht verstanden und gewürdigt und nicht zum Anlaß einer Versöhnung genommen.

Als der Wiener Friede und die Zurückdrängung des Augustenburgers wenigstens in Preußen mehr und mehr die Überzeugung aufdämmern ließen, daß Bismarck Preußens Machtstellung vortrefflich gewahrt habe, erneuerte die Vertagung des Konfliktes mit Österreich durch den Gasteiner Vertrag, den Bismarck, der Friedensliebe des Königs nachgebend, schloß, wofür er am 15. September 1865 zum Grafen erhoben wurde, wiederum das Mißtrauen gegen die auswärtige Politik der Regierung, und der Verfassungskampf brach 1866 mit verschärfter Heftigkeit aus.

Indes bestärkte dieser neuere Zwist Österreich und die Mittelstaaten in ihrer Verblendung über Preußens Streitkraft und in ihrer Kriegslust und täuschte auch Napoleon III. über den voraussichtlichen Ausgang des deutschen Entscheidungskrieges, so daß er neutral blieb. Einen Bundesgenossen gewann Bismarck am 8. April 1866 in Italien.

Im Volk wurde seine Politik natürlich vielfach heftig angefeindet; am 7. Mai 1866 machte ein Student ... ein erfolgloses Attentat auf Bismarck. Große Mühe kostete es ihm, den König zum Krieg mit Österreich zu bestimmen. Zum Glück scheiterten alle Vermittlungsversuche, die Bismarck nicht hindern konnte, an der Hartnäckigkeit der Gegner, welche nicht glauben mochten, daß Preußen diesmal Ernst machen werde. Aber Bismarck trieb die Politik in großem Stil.

Am 9. April legte er dem Bundestag den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments vor, am 10. Juni die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung. Die Annahme des österreichischen Antrages auf Mobilisierung der nichtpreußischen Bundeskorps gegen Preußen wegen Verletzung des Bundesrechts in Holstein beantwortete er am 14. Juni mit der Erklärung des Austritts aus dem Bunde. Die Ablehnung des preußischen Ultimatums durch Kurhessen, Hannover und Sachsen verurteilte diese Staaten zur Vernichtung. Am Krieg nahm Bismarck im Gefolge des Königs teil.

Das in der Konfliktszeit scharf geschliffene Schwert Preußens bewährte sich auf dem Schlachtfeld in glänzendster Weise. Nach dem Sieg wollte Bismarck mit Österreich direkt Frieden schließen, dieses aber zog es vor, sich in die Arme Frankreichs zu werfen und dessen Vermittlung anzurufen, die Bismarck nicht ablehnen konnte.

Er sah die Notwendigkeit ein, in der Ausbeutung des Sieges sich zu beschränken, und so setzte er gegen den König und dessen militärische Umgebung den Abschluß des Waffenstillstandes, die Integrität des österreichischen Gebietes (außer Venetien), die Schonung der süddeutschen Staaten durch und begnügte sich damit, das preußische Gebiet durch die Annexion Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts abzurunden und seine Hegemonie über Norddeutschland zu begründen; auch den Paragraphen über die Volksabstimmung in Schleswig im Prager Frieden gestand er auf Verlangen Frankreichs zu.

Dagegen wies er dessen Kompensationsforderungen von Rheingebieten entschieden zurück und verband die süddeutschen Staaten durch die geheimen Schutz- und Trutzbündnisse mit Norddeutschland.

Nachdem schon die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus am 3. Juli 1866 die Anhänger der Regierung vermehrt und die glänzenden militärischen und diplomatischen Erfolge einen völligen Umschwung in der Volksmeinung hervorgebracht hatten, vollendete Bismarck die Versöhnung mit der Volksvertretung durch die Anerkennung des Budgetrechts derselben in der Forderung der Bewilligung der Indemnität (Straflosigkeit) für die budgetlose Verwaltung 1862-66.

Er fand fortan in der größeren Hälfte der bisherigen Opposition, der nationalliberalen Partei, wirksame Unterstützung. Die ihm bewilligte Dotation verwendete er zum Ankauf der Blumenthalschen Herrschaft Varzin in Hinterpommern. ...<<

## **1861**

**Preußen:** Nach dem Tod Friedrich Wilhelms IV. wird sein Bruder Wilhelm I. (1797-1888) im Jahre 1861 preußischer König.

Nachdem die preußischen Könige Friedrich W. III. (1770-1840) und Friedrich W. IV. (1795-1861) die Vormachtstellung Österreichs widerspruchslos anerkannt hatten, ändert sich ab 1861 das preußisch-österreichische Verhältnis grundlegend.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den späteren deutschen Kaiser "Wilhelm I." (x816/633-635): >>Wilhelm I. Friedrich Ludwig, deutscher Kaiser und König von Preußen, der zweite Sohn Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, Tochter des Herzogs Karl II. von Mecklenburg-Strelitz, wurde am 22. März 1797 zu Berlin geboren.

Am 1. Januar 1807, in der Unglückszeit nach der Katastrophe von Jena, wurde er zum Offizier ernannt. Seine Erziehung (durch Delbrück und ... Hauptmann von Reiche) war eine treffliche; der Prinz zeigte schon früh einen klaren, praktischen Verstand, große Ordnungsliebe und einen gesetzten, ernsten, zuverlässigen Charakter und glich darin sehr seinem Vater, während er an geistiger Begabung und Regsamkeit seinem älteren Bruder, Fritz (Friedrich Wilhelm IV.), nachstand.

1814 durfte er, zum Hauptmann ernannt, seinen Vater auf dem Feldzug in Frankreich begleiten, erwarb sich ... am 26. Februar das Eiserne Kreuz, zog am 31. März mit in Paris ein, folgte den Monarchen auch beim Besuch in England und führte, am 8. Juni 1815 konfirmiert und zum Major befördert, ein Bataillon des 1. Garderegiments von neuem nach Frankreich, wo indes der Krieg schon zu Ende war.

Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des Stettiner Gardelandwehrebataillons, 1818 als Generalmajor das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die 1. Gardedivision und 1825 als Generalleutnant die Führung des Gardekorps. Mit treuer Sorgfalt widmete er sich den Pflichten seiner militärischen Stellung und war mit Erfolg bemüht, in der langen Friedenszeit den militärischen Geist in den Truppen zu erhalten.

Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den Petersburger Hof gesandt.

Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin Elise Radziwill, die er innig liebte, verzichtet hatte, weil sie Streit über die Erbfolge in der Dynastie hervorzurufen drohte, vermählte er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin Auguste von Sachsen-Weimar, deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders, Karl, war. Dieselbe gebar ihm am 18. Oktober 1831 den Prinzen Friedrich Wilhelm und am 3. Dezember 1838 die Prinzessin Luise (jetzige Großherzogin von Baden).

Nach dem Tod seines Vaters 1840 erhielt er als ... Thronfolger seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. den Titel "Prinz von Preußen" und wurde bald darauf zum General der Infanterie befördert.

Bei dem Abbruch der Revolte am 18. März 1848 war der Prinz zwar für Bewilligung einer konstitutionellen Verfassung, aber vorher für Unterdrückung des Aufstandes mit Waffengewalt. Da er überdies, wegen seiner ausgesprochenen Vorliebe für das Militärwesen, als die Hauptstütze der absolutistischen Tendenzen galt, gab sich gegen ihn eine solche Aufregung kund, daß man es für angemessen hielt, ihn für einige Zeit sich entfernen zu lassen.

Der Prinz begab sich am 22. März nach London, wo er mit dem Prinzen Albert ... und anderen Staatsmännern verkehrte und seine politischen Anschauungen klärte. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil und bewies ein klares, vorurteilsfreies Verständnis dafür.

Anfang Juni kehrte er nach Berlin zurück. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, keinen weiteren Anteil an den Verhandlungen.

Am 8. Juni 1849 erhielt er den Oberbefehl über die zur Bewältigung der süddeutschen Revolution bestimmten Truppen und unterwarf, nachdem er in Mainz einem Attentat glücklich entgangen (war), in wenigen Wochen die aufständische Pfalz und Baden. Im Oktober ... zum Militärgouverneur am Rhein und in Westfalen ernannt, nahm er seinen Wohnsitz in Koblenz; 1854 wurde er zugleich Generaloberst der Infanterie mit dem Rang eines Feldmarschalls und Gouverneur der Festung Mainz.

Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung von den Ausschweifungen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, daß er, besonders seit den Verwickelungen mit Österreich und seit dem Krimkrieg, als Hauptvertreter der Machtstellung Preußens galt, und daß alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Krankheit des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und am 7. Oktober 1858 als Regent an die Spitze der Regierung trat.

Nachdem er am 26. Oktober den Eid auf die Verfassung geleistet (hatte), berief er am 5. November das liberale Ministerium Hohenzollern ("neue Ära") und legte am 8. November in einem Erlaß an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar. Zwar betonte er, daß von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne, erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach er sich dagegen aus, daß Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingebende, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen.

Diese Stellen fanden im Volk und bei dem neugewählten überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus den meisten Beifall, da die kirchliche Reaktion und die russische Politik Friedrich Wilhelms IV. am meisten verstimmt hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.

Dies sah der Prinz in der Tat als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, wo die Mobilmachung auf große Schwierigkeiten stieß und viele Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Leider konnte sich die Majorität des Abgeordnetenhauses nicht entschließen, die Mehrkosten der durchgreifenden Heeresreorganisation, welche 1860 vorgelegt wurde, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutsch-nationale Gesinnung und Politik definitiv zu bewilligen. Voll Ungeduld wollte man erst tatsächliche Beweise einer energischen, erfolgreichen deutschen Politik sehen.

Am 14. Juli 1861 machte der Student Oskar Becker in Baden-Baden sogar ein Attentat auf Wilhelm I., der nach Friedrich Wilhelms Tod (2. Januar 1861) wirklich König geworden war, verwundete ihn aber nur leicht.

Die Krönung (18. Oktober 1861), welche Wilhelm I. veranstaltete, um die von dem Parlament unabhängige Macht des Königtums zu betonen, verstärkte das Mißtrauen gegen die konstitutionellen Ansichten des Königs; die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 fielen fortschrittlich aus, und mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es die gesetzliche Genehmigung der tatsächlich bereits durchgeführten Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der Verfassungskonflikt, in dem der König sein eigenes Werk, die Reorganisation, mit Standhaftigkeit festhielt und für das Ministerium Bismarck so verhaßt es war, in seinen Konflikten mit dem Abgeordnetenhaus mit seiner ganzen königlichen Autorität, obwohl erfolglos, eintrat; ja, der König verlor selbst rasch seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1863-65 zeigte.

Obwohl Wilhelm I. schwer darunter litt, daß ihm die Herzen des Volkes entfremdet wurden, blieb er doch in der Verteidigung der Rechte der Krone standhaft. Während unter diesen Umständen die Reformen im Inneren völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, verfolgte der König unter Bismarcks ebenso kühnem wie staatsklugem Beirat eine entschiedene Politik in der deutschen Frage. Da aber die damalige öffentliche Meinung den König und Bismarck völlig verkannte, so hielt man das Verhalten des Königs gegen den Fürstenkongreß 1863 und in der schleswig-holsteinischen Sache 1864 für bloße Spiegelfechterei und ließ sich nicht versöhnen.

Um nun den Konflikt zu beenden, ohne die mit vieler Mühe vortrefflich durchgeführte Heeresreorganisation preisgeben zu müssen, brachte der König seine Legitimitätsansichten zum Opfer und ging, wiewohl widerstrebend, auf Bismarcks geniale Politik ein, welche 1866 zum Entscheidungskampf mit Österreich führte. In diesem übernahm der König selbst den Oberbefehl über das Heer und errang den glänzenden Sieg bei Königgrätz.

Bei den Friedensverhandlungen verzichtete er nur ungerne auf die Annexion Sachsens, um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen, und bot dem Landtag durch das Indemnitätsgesetz die erste Hand zum Frieden. Dieselbe wurde freudig ergriffen und der Einklang zwischen Monarch und Volk wiederhergestellt. Die militärische Fürsorge des Königs hatte sich herrlich bewährt.

Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm I. Präsident desselben. Im Inneren lenkte er mehr und mehr wieder in die liberale Bahn ein. Die verhaßtesten Minister der Konfliktsperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Die Entwicklung des Norddeutschen Bundes wurde unterbrochen durch den Krieg mit Frankreich 1870, der Wilhelm I. und seine Schöpfung, das Heer, mit neuem, weit glänzenderem Ruhm bedecken sollte.

Wilhelm I. übernahm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei Gravelotte und bei Sedan und leitete von Oktober 1870 bis März 1871 mit unermüdlicher Arbeitskraft von Versailles aus die militärischen Operationen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen und die politischen Verhandlungen über die Herstellung des Deutschen Reiches.

Durch die Kaiserproklamation, welche am 18. Januar 1871 im Versailler Schlosse stattfand, nahm Wilhelm I. für sich und seine Nachfolger an der Krone Preußen den Titel eines "deutschen Kaisers" an und versprach, "allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung".

Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin. Rastlos widmete er sich wieder den Regierungsgeschäften, sowohl der Vollendung der militärischen Organisation des Deutschen Reiches als der inneren Reform des preußischen Staatswesens. Wie immer pflichtgetreu und streng gesetzlich, hielt er in dem sogenannten Kulturkampf gegenüber allen ultramonta-

nen Schmeicheleien und Drohungen entschlossen zu seinen Ministern und wies die Anmaßung des Papstes in seinem berühmten Schreiben vom 3. September 1873 ebenso entschieden wie würdig zurück.

Den äußeren Frieden bemühte er sich durch Versöhnung der Gegensätze und Feindschaften der Nachbarmächte zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 den Dreikaiserbund zwischen Deutschland, Rußland und Österreich zustande, welcher die beiden letzteren Mächte einander näherte und die Aufrechterhaltung des Friedens sich zur Aufgabe machte.

Demselben Zweck sollten die Besuche dienen, welchen sich der Kaiser 1873 in Petersburg und Wien, 1875 in Mailand unterzog, wie er es sich denn stets angelegen sein ließ, durch den Eindruck persönlichen Verkehrs auf Besuchen in neuerworbenen Landesteilen beschwichtigend und versöhnend für die Einigung der deutschen Nation zu wirken.

Durch die Erfolge dieser unermüdlichen, aufopfernden Tätigkeit für das Gemeinwohl erlangte Wilhelm I. eine außerordentliche Beliebtheit, die sich 1. Januar 1877 bei seinem 70jährigen Militärjubiläum und am 22. März 1877 an seinem 80. Geburtstag in großartigen Huldigungen aller Stände des deutschen Volkes bewährte. Selten war es einem Fürsten zuteil geworden, wie ihm, noch in hohem Alter, am Spätabend seines Lebens, seinem Haus und Staat solche Ehren zu erringen und nicht bloß der älteste, sondern auch der angesehenste und mächtigste Monarch Europas zu sein.

Um so größeres Erstaunen und Entsetzen mußte es erregen, als ein Leipziger Klempnergeselle, Max Hödel, durch sozialdemokratische Agitationen verwirrt, am 11. Mai 1878, als der Kaiser mit der Großherzogin von Baden in offenem Wagen durch die Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere, glücklicherweise erfolglose, Schüsse auf ihn abschoß.

Noch war die Aufregung hierüber nicht beschwichtigt, als drei Wochen später, am 2. Juni (einem Sonntag), als der Kaiser allein nach dem Tiergarten fuhr, fast an derselben Stelle, aus einem Fenster des Hauses Nr. 18 Unter den Linden, zwei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden, die ihn erheblich (mit 30 Schrotkörnern in Kopf und Arme) verwundeten. Der Täter, Karl Nobiling, wurde, durch einen Selbstmordversuch schwer verletzt, ergriffen.

Obwohl der Kaiser so krank wurde, daß er am 4. Juni den Kronprinzen zum Stellvertreter ernennen mußte, so bewahrte er dennoch unerschütterliche Seelenruhe und Gleichmut. Unter sorgfältigster Pflege der Ärzte erholte er sich allmählich von der schweren Verwundung und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und Wiesbaden am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm.

Die Huldigungen, die ihm während und nach seiner Genesung dargebracht wurden, waren zahllos und großartig. Im Juli wurde im ganzen Reich die Wilhelms-Spende aus kleinen Gaben gesammelt; sie ergab 1.800.000 Mark von 12 Millionen Gebern.

Unerschüttert in seiner Liebe und in seinem Vertrauen zum Volk erließ er am 17. November 1881 und am 14. April 1883 die Botschaften an den Reichstag, in denen er die wichtigen sozialen Gesetze für das Wohl der Arbeiter ankündigte. Auch knüpfte er Verhandlungen mit dem neuen friedliebenden Papst Leo XIII. zur Beendigung des Kulturkampfes an. Ungeachtet seiner tief gewurzelten Sympathien für Rußland gab er 1879 seine Zustimmung zum Bündnis mit Österreich. Unermüdlich war er auch für das Heer tätig und gönnte sich nur im Sommer in Ems und Gastein einige Erholung.

Diese treue, selbstlose Fürsorge für das Wohl Deutschlands, seine schlichte und doch imponierende, würdevolle Erscheinung verschafften ihm eine Popularität in Deutschland und ein Ansehen in der Welt, wie nie zuvor einem deutschen Herrscher; dies zeigte sich bei seiner goldenen Hochzeit, bei seinem 80jährigen Militärjubiläum (1. Januar 1887), bei seinem 25jährigen Regierungsjubiläum (2. Januar) und bei seinem 90. Geburtstag.

Schmerzlich getroffen durch die Krankheit seines Sohnes und den Tod seines Enkels (des

Prinzen Ludwig von Baden), starb Wilhelm I. nach kurzer Krankheit am 9. März 1888 in Berlin und wurde am 16. März im Mausoleum zu Charlottenburg beigesetzt. Zahlreiche, teilweise großartige Denkmäler wurden ihm errichtet; das 2. westpreußische Grenadierregiment Nr. 7 wurde Grenadierregiment König Wilhelm I. benannt.

Wilhelm I. war von großer, imposanter Gestalt und regelmäßigen, angenehmen und freundlichen Gesichtszügen. Geregelte Tätigkeit und einfache, mäßige Lebensweise bewahrten ihm bis in sein hohes Alter eine seltene körperliche Rüstigkeit und geistige Frische. Allgemein bewundert wurden seine Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr und seine unermüdliche Ausdauer in der Erfüllung seiner Pflichten als Monarch sowohl in Staatsgeschäften wie bei den offiziellen Festen. "Einfach, bieder und verständig", so hatte seine Mutter ihn 1810 bezeichnet, und so entwickelte er sich harmonisch.

Hervorragende, glänzende Geistesgaben zeichneten ihn nicht aus; hauptsächlich nur für militärische und politische Dinge zeigte er Vorliebe, eingehendes Verständnis und selbständiges Urteil, weniger für Künste und Wissenschaften. Bedeutender waren seine Charaktereigenschaften: seine Wahrheitsliebe, Treue, Dankbarkeit, sein sittlicher Mut, seine Standhaftigkeit in gefährlichen, seine Mäßigung in glücklichen Lagen.

Namentlich anzuerkennen waren die Bescheidenheit, mit der er die Verdienste der von ihm selbst ausgewählten Gehilfen, wie besonders Bismarcks, Moltkes und Roons, nicht nur selbst anerkannte, sondern auch die mitunter ihn selbst in Schatten stellende Glorifikation derselben ohne Eifersucht ertrug, sowie besonders das strenge Pflichtgefühl, welches ihm das Wohl und die Größe des ihm anvertrauten Staates und Volkes als höchste Richtschnur seines Denkens und Handelns gelten, welches ihn nicht bloß im einzelnen Fall dem Gesetz sich unterwerfen, sondern auch altgewohnte Ansichten und Lieblingsideen seiner Pflicht zuliebe unterdrücken ließ.

Kaiser Wilhelm I. war ein glänzendes Beispiel dafür, daß im Staatsleben ein Charakter weit mehr wert ist als ein Talent. ...<<

## **1862**

**Preußen:** Otto von Bismarck wird am 23. September 1862 preußischer Ministerpräsident. Bismarck ist ein entschlossener, tatkräftiger Machtpolitiker, der später alle erforderlichen Reformen bedingungslos und konsequent durchsetzt.

Die angesehene, reiche Familie Bismarck besaß damals 3 Rittergüter in Pommern und das Gut und Schloß Schönhausen im Elbe-Marschland. Bismarck war zwar ein überzeugter preußischer Patriot und ein treuer Diener seines Staates, aber er war kein fanatischer "Nationalist". Für den Rittergutsbesitzer Bismarck zählten in erster Linie nur die Staatsinteressen. Er war ein erfahrener Diplomat und ein kluger, weitsichtiger Machtpolitiker (Studium der Rechtswissenschaften, danach Gutsverwalter und ab 1847 Mitglied des preußischen Landtages, 1851-59 preußischer Abgeordneter in Frankfurt, 1859-62 preußischer Gesandter in Sankt Petersburg und Paris und ab 1862 preußischer Ministerpräsident).

Bismarck war ein Mensch der Gegensätze und Widersprüche. Er verhielt sich zwar als preußischer Landtagsabgeordneter zunächst wie ein selbtherrlicher Junker, entwickelte sich jedoch schon bald zu einem verantwortungsbewußten Reformpolitiker. Obwohl Bismarck später fast ständig Uniform trug, war er kein Militarist. Der eiserne Kanzler verfügte über eine große, wuchtige Gestalt, aber er besaß keine entsprechend tiefe Stimme. Bismarck schwankte nicht selten zwischen Selbstbewußtsein und Zweifel, Härte oder Sentimentalität. Er war eine ausgesprochene Kämpfernatur und verfügte über eine unbändige Kraft, aber es kam auch vor, daß dieser scheinbar unverwundliche Mann in manchen Situationen von Weinkrämpfen geschüttelt wurde (x215/321,324).

In seiner ersten Rede vor dem preußischen Landtag erklärt der neue Ministerpräsident Bismarck am 30. September 1862 (x056/243): >>Wir haben eine Vorliebe, eine zu große Rü-

stung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollen wir sie auch (nutzen).

Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus (Nachsicht entgegenbringen); ... Preußen muß seine ganze Kraft zusammenfassen und zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einig Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Zusammenleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch "Eisen und Blut". ...<<

Bismarck ließ seinen Worten umgehend Taten folgen und ordnete damals die Auflösung des preußischen Landtages an. Ferner wurden alle gegnerischen Landtagsabgeordneten versetzt oder verdrängt, die Heeresreform durchgeführt und die preußischen Zeitungen zensiert. Bereits nach kurzer Amtszeit gehörte Bismarck zu den meistgehaßten Männern in Preußen. Der rücksichtslose Machtpolitiker führte einen bedingungslosen Kampf gegen alle Gegner und regierte 4 Jahre lang ohne einen gesetzlich genehmigten Haushalt.

Bismarck berichtet später über ein Gespräch mit König Wilhelm I. am 4. Oktober 1862 (x056/242): >>Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir. ... (Ich antwortete:) ... Sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs ...<<

Der Sozialist Ferdinand Lassalle (1825-1864, Sohn eines reichen jüdischen Händlers aus Breslau, 1848/49 Mitarbeiter der von Karl Marx gegründeten "Neuen Rheinischen Zeitung") stellt im Jahre 1862 vor Berliner Arbeitern sein sozialistisches Programm vor (x056/215): >>Die ... Idee der Bourgeoisie ist, ... daß ... nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich gebildet und gleich rein, so würde diese Idee ... ausreichen. ...

Da wir dies aber nicht sind, ... führt (es) dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet. Es muß also zur freien Betätigung der individuellen Kräfte hinzutreten: die Solidarität der Interessen, die Gemeinschaft und die Gegenseitigkeit.

Der Zweck des Staates ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, ... vielmehr ... durch ... Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen als einzelnen ... unersteiglich wäre. ...

(Der) Arbeiterstand (ist) zum herrschenden Stande bestimmt ...<<

Julie Hausmann (1826-1901, lettische Erzieherin und Liederdichterin) verfaßt im Jahre 1862 den Text des Kirchenliedes "So nimm denn meine Hände ..." (x198/554):

>>1. So nimm denn meine Hände

und führe mich

bis an mein selig Ende

und ewiglich.

Ich mag allein nicht gehen,

nicht einen Schritt;

wo du wirst geh'n und stehen,

Da nimm mich mit.

2. In dein Erbarmen hülle

mein schwaches Herz

und mach es gänzlich stille

in Freud und Schmerz.

Laß ruh'n zu deinen Füßen

dein armes Kind:  
es will die Augen schließen  
und glauben blind.

3. Wenn ich auch gleich nicht fühle  
von deiner Macht,  
Du führst mich doch zum Ziele,  
auch durch die Nacht.  
So nimm denn meine Hände  
und führe mich  
bis an mein selig Ende  
und ewiglich.<<

**1863**

**Deutscher Bund:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1863-1864 (x804/896-897): >>(Deutschland) ... Am 17. August 1863 trat auf Österreichs Einladung der deutsche Fürstentag unter Vorsitz des Kaisers von Österreich in Frankfurt am Main zur Beratung des ... österreichischen Bundesreformprojektes zusammen. Was bisher den Männern des Volkes und den Kabinetten mißlungen war, sollte hier durch den persönlichen Meinungsaustausch der Fürsten zustande gebracht werden; es schien unmöglich, daß eine so ungewöhnliche Versammlung, welche in der Nation hochgespannte Erwartungen erregte, resultatlos auseinander gehen konnte.

In der Tat erschienen fast alle deutschen Fürsten und Vertreter der Freien Städte; aber es fehlte der König von Preußen, welcher selbst eine persönliche Einladung Franz Josephs im Bad Gastein (2. August) ablehnend beantwortet hatte.

Das österreichische Reformprojekt, welches den Fürsten in Frankfurt vorgelegt wurde, schlug vor, die Leitung der Bundesangelegenheiten mit erweiterter Befugnis einem Direktorium zu übertragen, welches aus dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen, dem von Bayern und zwei anderen alternierenden Fürsten bestehen sollte; ihm zur Seite sollte die Bundesversammlung der Vertreter der Regierungen stehen und in beiden Verhandlungen Österreich zur formellen Leitung der Geschäfte den Vorsitz führen; alle drei Jahre würde eine aus 300 Mitgliedern der Landtage bestehende Bundesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlußfassung über die ihr vorzulegenden Gesetzentwürfe zusammentreten und deren Beschlüsse dann einem Fürstenrat zu freier Verständigung unterbreitet werden. Auch ein Bundesgericht war vorgeschlagen.

In geheimen Sitzungen unter persönlicher Leitung des Kaisers Franz Joseph wurde der Entwurf bis zum 1. September beraten und in manchen Punkten verbessert; ein Krieg des Bundes zu Gunsten eines Bundesstaates, welcher außerhalb des Bundesgebietes Besitzungen hat, sollte nur mit Zweidrittelmajorität beschlossen werden dürfen, besagte die endgültige Fassung und kam damit dem Interesse Österreichs schon weit genug entgegen. Das Bundesreformprojekt wurde schließlich fast mit Stimmeneinheit angenommen, aber die Zustimmung Preußens trotz einer Kollektiveinladung des Fürstentages an König Wilhelm nicht erreicht.

In einem Bericht des preußischen Ministeriums vom 15. September unterwarf Bismarck die österreichische Bundesreform einer scharfen Kritik, in welcher schließlich nochmals betont wurde, daß eine Bürgschaft dafür, daß Preußen nicht fremden Interessen geopfert werde, nur in einer aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgegangenen Nationalvertretung liege, da die Interessen und Wünsche des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes seien.

Das war auch das Urteil des deutschen Abgeordnetentages, welcher, aus liberalen Mitgliedern der deutschen Landtage bestehend, sich gleichzeitig mit dem Fürstentag am 21. und 22. Au-

gust in Frankfurt versammelte und bei aller Anerkennung der Tendenz des österreichischen Entwurfs denselben doch nicht für genügend erachten konnte.

Aber eine Verständigung zwischen Bismarck und den Vertretern der Nation war unmöglich, solange der preußische Verfassungskonflikt nicht beendet wurde, wozu bei der Hartnäckigkeit beider Teile keine Aussicht war. So war das Verdienst Preußens nur ein negatives; es hatte die österreichische Bundesreform verhindert, die nur ein Scheinwesen geschaffen hätte, und durch seinen erfolgreichen Widerspruch von neuem klar dargelegt, daß die deutsche Frage im Grund eine Machtfrage zwischen Österreich und Preußen war.

Seine eigenen positiven Vorschläge wurden aber von der Nation nicht ernst genommen, und die Entfremdung zwischen der preußischen Regierung und den eifrigsten Vertretern der deutschen Einheitsidee wurde durch die schleswig-holsteinische Frage vergrößert, die Ende 1863 durch den Tod des dänischen Königs Friedrich VII. wieder brennend wurde.

In Dänemark hatte die eiderdänische Partei eben (13. November 1863) eine neue Verfassung zustande gebracht, welche Holstein und Lauenburg ihre Selbständigkeit ließ, Schleswig aber völlig in den dänischen Staat einverleibte, und damit sowohl die alten Rechte auf die Vereinigung der Herzogtümer als die völkerrechtlichen Verpflichtungen Dänemarks verletzte, als der Tod des Königs Friedrich VII. (15. November) den Prinzen von Glücksburg, Christian IX., auf Grund des Londoner Protokolls von 1852 auf den Thron rief.

Da dieser sich vom Kopenhagener Pöbel zur Bestätigung der Gesamtstaatsverfassung bewegen ließ, weigerten sich die Stände und Einwohner der Herzogtümer, ihn als Landesherrn anzuerkennen, und proklamierten den Prinzen Friedrich von Augustenburg als ihren Herzog, dessen Thronfolge zugleich die ersehnte Trennung von Dänemark herbeiführte.

Auch in Deutschland erklärte sich die öffentliche Stimme allgemein für ihn; mehrere Volksvertretungen drangen auf seine Anerkennung, Sachsen beantragte am 28. November beim Bundestag die Lossagung vom Londoner Protokoll, welches der Bund übrigens niemals anerkannt hatte, und am 21. Dezember versammelten sich in Frankfurt 500 Abgeordnete aus allen Parteien, klein- und großdeutsche, sprachen sich für die gänzliche Trennung der Herzogtümer von Dänemark durch Anerkennung Friedrichs VIII. aus und setzten den Sechsenddreißiger-Ausschuß ein, um mit allen Mitteln hierfür zu agitieren.

Indes die beiden Vormächte Österreich und Preußen schlossen sich dieser Bewegung nicht an, weil sie an das Londoner Protokoll gebunden waren und die Mächte, namentlich England, nicht zur Unterstützung Dänemarks zwingen wollten. Sie beharrten dabei, daß man sich mit dem Einspruch gegen die Novemberverfassung und mit der auf Grund desselben schon am 1. Oktober 1863 beschlossenen Bundesexekution begnügen müsse.

Sie setzten auch ihren Willen am 7. Dezember beim Bund durch, und Ende Dezember rückten sächsische und hannoversche Truppen in Holstein ein, welches die Dänen ohne Widerstand räumten.

Als sich jedoch am 14. Januar 1864 der Bund weigerte, sich dem Standpunkt der Großmächte anzuschließen und bloß die Aufhebung der Novemberverfassung von Dänemark zu fordern, erklärten Österreich und Preußen, daß sie fortan die Geltendmachung der deutschen Rechte in ihre eigene Hand nähmen. Trotz des Protestes der Bundestagsmajorität richteten sie Ende Januar an Dänemark die Aufforderung, die Novemberverfassung für Schleswig außer Kraft zu setzen, und als dieselbe erfolglos blieb, ließen sie ohne Verständigung mit den Bundesexekutionskommissaren ihre Truppen in Holstein einrücken und am 1. Februar die schleswigsche Grenze überschreiten.

Dieses Verfahren erregte in Deutschland allgemeine Entrüstung, da man Bismarcks eigentliche Absichten nicht begriff. Indem das preußische Abgeordnetenhaus jede Verständigung mit der Regierung über die schleswig-holsteinische Frage grundsätzlich ablehnte, die geforderten Geldmittel verweigerte und die Resolution faßte, einer solchen deutsche Interessen preisge-

benden Politik mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten zu wollen, beraubte es Bismarck der Gelegenheit, das Haus über seine Pläne aufzuklären.

Man glaubte, ... daß Österreich und Preußen ihr Verfahren von 1850-51 wiederholen würden und die Bundestruppen nur beiseite schieben, um die Herzogtümer wie damals wehrlos an Dänemark auszuliefern. Der Sechsenddreißiger-Ausschuß forderte geradezu zum Kriege gegen Österreich und Preußen auf, um sie an diesem Verrat zu hindern.

Daß Bismarck sich auf den Boden des Londoner Protokolls stellte, um den Mächten jeden Vorwand zur Intervention zu benehmen, daß er die schwerfällige Bundesexekution beseitigte, um die Dinge zu einer raschen Entscheidung zu bringen und vor allem einen allgemeinen Krieg zu verhüten, ahnten wenige. Denn niemand hielt es für möglich, daß Dänemark im Vertrauen auf fremde Hilfe so hartnäckig sein würde, selbst die Novemberverfassung nicht ändern zu wollen.

Auch der glückliche Fortgang des schleswig-holsteinischen Krieges, die Eroberung der Düppeler Schanzen (18. April) und die Besetzung eines großen Teiles von Jütland, besänftigte die erzürnten Gemüter nicht ganz. Erst als auf der Londoner Konferenz, wo auch der Deutsche Bund durch einen besonderen Gesandten, Beust, vertreten war, Dänemark alle Vermittlungsvorschläge hartnäckig zurückwies und die deutschen Mächte sich vom Londoner Protokoll lossagten und gänzliche Trennung der Herzogtümer und Einsetzung des Herzogs von Augustenburg forderten, schwand das Mißtrauen im Volk gegen die geheimen Pläne der Großmächte.

Am 1. August kamen bereits die Friedenspräliminarien mit Dänemark und am 30. Oktober der Wiener Friede zustande, in welchem Dänemark beide Herzogtümer nebst Lauenburg gemeinsam an Österreich und Preußen abtrat; die Herzogtümer übernahmen eine Quote der dänischen Staatsschuld (29 Millionen Reichstaler) und sollten den beiden Mächten für die Erstattung der Kriegskosten haften.

Daß die Mächte sich die Erstattung ihrer Kosten vorbehielten, daß besonders Preußen von dem neu zu begründenden Mittelstaat gewisse Zugeständnisse für seine militärische und maritime Machtstellung verlangte, erschien selbstverständlich, und Preußen würde in einem großen Teil des Volkes, welcher sich für das immerhin zweifelhafte Erbrecht des Augustenburger nur deshalb erwärmt hatte, weil es der einzige Rechtsboden für die vollständige Losreibung der Herzogtümer von Dänemark zu sein schien, jetzt, nachdem dieses Ziel auf anderem Weg erreicht war, auch für seine weiter gehenden Annexionspläne Sympathien gefunden haben, wenn nicht der Verfassungskonflikt noch immer bestanden hätte.

Das Abgeordnetenhaus gefiel sich in einer kleinlichen Opposition gegen Bismarcks so erfolgreiche auswärtige Politik, die Regierung anderseits ... (ließ) sich auch nicht zum kleinsten Zugeständnis in der Militärfrage ... (bewegen).

Die heftigsten Gegner der preußischen Forderungen auf gewisse Oberhoheitsrechte in Schleswig-Holstein waren die Mittelstaaten, ... weil sie in ihrem Selbstbewußtsein durch die Beiseiteschiebung der Bundesexekution und die Ende 1864 von den Mächten geforderte und auch erzwungene Räumung Holsteins von seiten der sächsischen und hannoverschen Exekutionstruppen auf das empfindlichste gekränkt waren.

Eine offene Opposition gegen Preußen wagten die Mittelstaaten 1864 noch nicht, denn gerade damals bedrohte sie Preußen mit Auflösung des Zollvereins, wenn sie bei ihrer Opposition gegen den französischen Handelsvertrag beharrten, und zwang sie zur Unterwerfung. Überdies hatten sie sich noch nicht mit Österreich verständigt. Aber auf ihren Antrieb geschah es, daß der Augustenburger die preußischen Forderungen, die Bismarck ihm in einer persönlichen Unterredung vorlegte, anzunehmen sich weigerte.

Bismarck faßte nun die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen ernstlich ins Auge: ... preußische Konservativen (11. Mai 1864) und ... schleswig-holsteinische Prälaten und Ritter ver-

langten einen möglichst engen Anschluß an Preußen. Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg wurden gegen die Augustenburgischen ins Gefecht geführt, und ein Gutachten der preußischen Kronjuristen erklärte die letzteren überhaupt für unberechtigt, da die frühere Verzichtleistung des Vaters des Herzogs Friedrich noch zu Recht bestehe, daß also König Christian IX. der berechtigte Erbe gewesen und durch den Wiener Frieden die beiden Mächte in dessen Recht eingetreten seien.

Zwar erhoben sich nicht bloß die Mittelstaaten gegen diese Deduktion, auch die Bevölkerung Schleswig-Holsteins sprach sich in überwiegender Majorität für die Selbständigkeit des Landes aus, und der deutsche Liberalismus, der im Sechsenddreißiger-Ausschuß sein Organ hatte, forderte vor allem Berufung der schleswig-holsteinischen Stände, um das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung den Schleswig-Holsteinern zu wahren. Indes das Wichtigste für Preußen war die Auseinandersetzung mit dem Mitbesitzer Österreich, und so spitzte sich die schleswig-holsteinische Frage ebenso wie die deutsche zu einer Machtfrage zwischen den beiden Großmächten zu.

Österreich erkannte allmählich, daß es einen Fehler begangen hatte, als es sich in der schleswig-holsteinischen Frage von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die es eben noch unter seiner Hegemonie hatte vereinigen wollen, trennte und aus Rücksicht auf seine Stellung als europäische Großmacht sich der preußischen Politik anschloß.

Der Besitz Schleswig-Holsteins war ihm wertlos, ein territoriales Äquivalent von Preußen nicht zu erlangen, und die von diesem angebotene Allianz und Garantie seiner Besitzungen glaubte es entbehren zu können. Nachdem Graf Rechberg Ende Oktober 1864 durch einen Militär ... ersetzt worden war, suchte dieser sich durch Begünstigung des Augustenburgers mit den Mittelstaaten zu verständigen und die Entscheidung in der Frage dem Bund in die Hände zu spielen.

Am 5. Dezember 1864 schlug Österreich in Berlin vor, die Lande nunmehr tatsächlich dem Herzog Friedrich als dem bestlegitimierten Prätendenten zu übergeben und die Entscheidung über die übrigen Rechtsansprüche dem bundesmäßigen Austrägalgericht zu überweisen. Preußen lehnte das ab. ...<<

**Preußen:** Der preußische Ministerpräsident Bismarck erläutert am 27. Januar 1863 während einer Rede die Gründe für den Verfassungskonflikt wegen der Heeresreform (x237/173): >>... Die Verfassung verweist ... auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht stillzustehen vermag, werden zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. ...<<

**Sachsen:** Ferdinand Lassalle gründet am 23. Mai 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (erste große Zusammenfassung der politischen Kräfte des Proletariats bzw. Vorläufer der ersten deutschen Arbeiterpartei).

Die Satzung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lautet wie folgt (x056/215-216): >>Unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.<<

Georg Herwegh schreibt damals für den Arbeiterverein folgendes Lied (x145/125):

>>Bet' und arbeit' ruft die Welt,

Bete kurz, denn Zeit ist Geld.  
An die Tür pocht die Not –  
Bete kurz, denn Zeit ist Brot.

Mann der Arbeit aufgewacht!  
Und erkenne deine Macht!  
Alle Räder stehen still,  
wenn dein starker Arm es will.<<

Lassalle ist ein gemäßigter, sozialistischer Führer der Arbeiterbewegung, der im Gegensatz zu Marx keine Zwangsenteignung und keine gewaltsame Abschaffung des Eigentums fordert.

Lassalle lehnt alle Formen von Verstaatlichung grundsätzlich ab (x055/219): >>Die(se) Machtverhältnisse, ... wenn sie niedergeschrieben sind, ... sind sie auch zum Recht geworden, zu rechtlichen Einrichtungen, und wer dagegen spricht, wird bestraft!<<

Der schlesische Realpolitiker führt rastlos Verhandlungen mit der preußischen Regierung, um die großen sozialen Probleme zu lösen. Lassalle verhandelt auch mehrfach mit Bismarck, der den gebildeten Arbeiterführer schätzt.

**Dänemark:** Dänemark erklärt im Jahre 1863 die Herzogtümer Schleswig und Holstein, entgegen dem Londoner Abkommen von 1852 (Sonderstellung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein gemäß den sog. "Londoner Protokollen") zu dänischen Provinzen.

**1864**

**Preußen:** Ein Berliner Polizeibeamter sagt am 9. Januar 1864 vor der Wahluntersuchungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses aus (x261/106-107): >>Ich war bei der Stadtvogtei (Polizeibehörde) hierselbst als Hilfsaufseher angenommen. Am 11. oder 12. Oktober 1863 versammelte der Direktor Drygalski die Beamten der Stadtvogtei.

Der Direktor sagte: Dieser Befehl des Ministers (anlässlich der Wahlen von 1863 hatte der preußische Minister des Innern, Graf Eulenburg, in einem Erlaß die Beamten aufgefordert, regierungstreu zu wählen, weil die Unterstützung der Opposition durch Beamte nicht mit ihrem Eid auf den König zu vereinbaren sei) sei auch der des Polizei-Präsidenten und sein eigener.

Wer sich einfallen ließe, Demokraten oder sogenannte Fortschrittsmänner zu wählen, werde auf der Stelle aus dem Dienst entlassen. Es dürfte keiner unter dem roten Kragen stecken, der nicht dem Befehl der Regierung gehorche; wir seien Diener des Königs, und wie wir selbst nicht leiden würden, daß unser Bedienter anders handle als wir, so könne das auch nicht von uns geduldet werden.

Wer gar nicht wähle, würde auch seines Dienstes entlassen. Damit sich aber keiner entschuldigen könne, er habe nicht gewußt, wem er seine Stimme zu geben habe, so bekomme jeder Beamte einen Zettel, auf dem der Name eines Vertrauensmannes stände, bei welchem er sich die zu Wählenden zu erfragen habe.

Nach der Wahl würden der Polizei-Präsident und der Direktor die Wahllisten durchnehmen, und dann würde der Beamte, welcher anders gehandelt habe, sofort ohne Umstände seines Dienstes entlassen werden. Raus müsse er jedenfalls. ...<<

Der katholische Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877, ab 1850 Bischof von Mainz, 1871-72 Reichstagsabgeordneter des Zentrums) schreibt im Jahre 1864 über das körperliche und seelische Elend der Arbeiter (x233/79): >>Die Aufgabe des Christentums ist es, die Welt von der neuen Form der Sklaverei zu befreien. ...

Das erste Hilfsmittel, welches die Kirche dem Arbeiterstande auch fortan bieten wird, ist die Gründung und Leitung der Anstalten für den arbeitsunfähigen Arbeiter. ...

Das dritte Hilfsmittel, wodurch das Christentum dem Arbeiterstande hilft, besteht in seinen Wahrheiten und Lehren, die dem Arbeiterstande zugleich die wahre Bildung geben. ... So hat

das Christentum seit achtzehnhundert Jahren alle Menschen und alle Arbeiter ermahnt und aufgefordert, alle ihnen anvertrauten Kräfte an Leib und Seele zu gebrauchen und anzuwenden. ...<<

**Dänemark:** Da Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein 1863 eigenmächtig zu dänischen Provinzen erklärt, kommt es im Jahre 1864 zum Krieg gegen Österreich und Preußen. Am 18. April 1864 besiegen die preußisch-österreichischen Truppen (60.000 Soldaten), die Dänen bei Düppel (Dorf nahe dem Alsensund), erobern im Juni 1864 die dänische Insel Alsen (deutsche Verluste = 1.170 Soldaten) und vertreiben die Dänen aus Nordschleswig. Dänemark wartet damals bis zum Schluß vergeblich auf die erhoffte britische Waffenhilfe und muß nach der Niederlage Schleswig, Holstein und Lauenburg abtreten.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Erstürmung der Düppeler Schanzen im Jahre 1864 (x805/231-232): >>Düppel, Dorf in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, Kreis Sonderburg, in der Landschaft Sundewitt ...

Bis zum Krieg von 1864 hatten sich die Dänen hier mit allen Mitteln der neueren Befestigungskunst eine sehr starke Stellung geschaffen mit einer Frontausdehnung von nur 4.000 Schritt, gedeckt durch zehn Schanzen, welche, auf Hügeln angelegt, das ganze Terrain beherrschten und den Schlüssel zu Alsen bildeten. Beide Flügel dieser Stellung stützten sich auf das Meer und die dort kooperierende Flotte, während die rechte Flanke überdies durch die Alsener Strandbatterien geschützt wurde. Durch einen großen Brückenkopf war die Verbindung mit dieser Insel sichergestellt. Alle nur möglichen künstlichen Hindernisse waren außerdem angebracht.

Die Preußen standen bereits in der ersten Hälfte des Februar 1864 vor dieser Befestigungslinie, doch gewann der Oberbefehlshaber Prinz Friedrich Karl bald die Überzeugung, daß die Befestigungen nur durch eine regelmäßige Belagerung genommen werden könnten. Da für den Augenblick das erforderliche Geschütz mangelte, so konnte die erste Parallele erst am 28. März eröffnet werden, worauf nach Vollendung der dritten Hauptparallele, am 18. April morgens 10 Uhr, überraschend schnell und glücklich die Erstürmung der Schanzen vor sich ging; die Preußen verloren 1.100 Mann und 70 Offiziere an Toten und Verwundeten. ...<<

Der deutsche Maler Wilhelm Kügelgen (1802-1867) schreibt im Juli 1864 über den preußischen Sieg bei Düppel (x105/107): >>Das Verhalten der vom Landtag bisher so mit Kot beworfenen Armee im dänischen Kriege ist wahrhaft herzerhebend. ... Die Offiziere waren im Gefecht immer voran und doch nie im Stich gelassen von ihren Leuten, daher die Preußen, auch wo sie sich in der Minderzahl befanden und nichts als Kolben und Bajonette brauchen konnten, doch immer siegreich waren. ...

So tapfer und entschlossen die Leute in den Tod gingen, so freundlich haben sie sich gegen die gefangenen Dänen gezeigt, mit denen sie alles teilten; man hat gesehen, daß unsere Soldaten gefallene Dänen, die sie selbst niedergestreckt hatten, sich aufluden und auf die Verbandsplätze schleppten.<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den "Deutsch-Dänischen Krieg von 1864" (x824/993-994): >>**Deutsch-Dänischer Krieg von 1864.**

Am 15. November 1863 war der letzte dänische König aus dem Mannsstamme des Hauses Oldenburg, Friedrich VII., gestorben, und am 18. November unterzeichnete der Nachfolger, Christian IX., einen Verfassungsentwurf, wonach Schleswig zu Dänemark geschlagen werden sollte. Zugleich aber erklärte auch Prinz Friedrich von Augustenburg seinen Regierungsantritt als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein und wurde in den Herzogtümern überall als solcher proklamiert.

Da der Deutsche Bund die Bundesexekution gegen Dänemark beschlossen hatte, rückten 12.000 Mann Hannoveraner und Sachsen am 23. Dezember in Holstein ein, das die Dänen ohne Widerstand räumten. Bei Hamburg sammelten sich eine österreichische, bei Lübeck eine

preußische Brigade, zusammen 10.000 Mann, als Reserve für die in Holstein befindlichen Bundestruppen. Österreich und Preußen aber erklärten sich jetzt dem Bunde gegenüber für die Einhaltung des Londoner Vertrags von 1852, verlangten daher die Ausweisung des Augustenbursers aus Kiel und forderten am 16. Januar zugleich von Dänemark die sofortige Aufhebung der Verfassung vom 18. November 1863.

Als Dänemark diese Forderung abwies, ließen Österreich und Preußen am 1. Februar 1864 ihre inzwischen auf 45.000 Mann verstärkten Truppen unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Wrangel die Eider überschreiten. Der Einmarsch erfolgte in drei Kolonnen: rechts ein preußisches Armeekorps unter Prinz Friedrich Karl (von Kiel her), in der Mitte ein österreichisches Armeekorps unter Feldmarschall-Leutnant von Gablenz (von Rendsburg her) und links eine aus den neuerrichteten Garderegimentern zusammengestellte preußische Division. Die Dänen standen hinter der Schlei und dem Danewerk in starker, jedoch zu weit ausgedehnter Stellung unter General de Meza.

Ein am 2. Februar von den Preußen gegen Missunde unternommener Vorstoß wurde zurückgeschlagen, weshalb Prinz Friedrich Karl sein Korps am 6. Februar bei Arnis und Kappeln auf Fähren und einer Pontonbrücke die Schlei überschreiten ließ, um von hier aus den Dänen den Rückzug abzuschneiden. Das österreichische Korps hatte am 3. Februar in siegreichen Gefechten bei Oberselk und Jagel die dänischen Vortruppen zurückgeworfen und stand vor der Danewerk-Stellung, als die Dänen, welche die drohende Gefahr merkten, diese Stellung in der Nacht vom 5. zum 6. Februar räumten, sodaß die Preußen zu spät kamen und nur die Österreicher am 6. Februar die dänische Nachhut bei Översee schlagen konnten.

Die Dänen gingen in die stark befestigte Düppelstellung und nach Alsen zurück, das preußische Armeekorps folgte ihnen, während das österreichische Armeekorps nebst der preußischen Gardedivision bis an die Nordgrenze Schleswigs vorrückte und Kolding besetzte. Am 28. März wurde vor Düppel die Belagerung eröffnet und am 18. April die Stellung unter Mitwirkung der preußischen Gardedivision erstürmt. Die Dänen gingen nach Alsen zurück und räumten am 28. April auch Fredericia, das seit dem 9. März von dem österreichischen Korps eingeschlossen war und nun von diesem besetzt wurde. Auch Jütland war von Teilen der preußischen Gardedivision bis zum Lim-Fjord besetzt worden.

Inzwischen war ein österreichisches Geschwader in der Nordsee erschienen und hatte sich mit zwei preußischen Kanonenbooten vor der Elbemündung vereinigt. Dies Geschwader lieferte am 9. Mai bei Helgoland den dänischen, zur Blockade der Nordseeküste bestimmten Schiffen ein Gefecht, wurde aber geschlagen; doch verließen die dänischen Schiffe die Nordsee und gaben die Blockade auf.

Vom 12. Mai bis 26. Juni trat (der) Waffenstillstand ein, während dessen in London unter Mitwirkung Beusts, des Vertreters des am Kriege nicht beteiligten Deutschen Bundes, Verhandlungen stattfanden, die jedoch erfolglos blieben, da Dänemark die Anerkennung der Rechte der Herzogtümer hartnäckig verweigerte. So begann der Krieg von neuem, und schon am 29. Juni überschritten zwei preußische Brigaden den Alsensund und eroberten Alsen.

Vom 11. Juli an gingen auch Preußen und Österreicher über den Lim-Fjord und besetzten den nördlichen Teil von Jütland, ebenso wurden die schleswigschen Nordsee-Inseln in Besitz genommen. Man bereitete schon den Übergang nach Fünen vor, als am 20. Juli Waffenstillstand eintrat, der den Krieg beendete. Der Friede wurde am 30. Oktober zu Wien geschlossen (Wiener Friedensschlüsse); Dänemark trat die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den Deutsch-dänischen Krieg 1864 (x057/153): >>Seit dem Wiener Kongreß (1815) war der König von Dänemark als Herzog von Schleswig und Holstein für Holstein Mitglied des Deutschen Bundes.

Die dänische Nationalpartei aber erstrebte die Einverleibung Schleswigs. Dies veranlaßt die

Herzogtümer, die seit 1460 "up ewig ungedeelt" bleiben sollten, zur Erhebung und Loslösung von Dänemark (1848). Im Bund mit Preußen wurde ein zunächst erfolgreicher Krieg geführt, aber durch das Londoner Protokoll (1852) die Personalunion beider Herzogtümer mit Dänemark wieder hergestellt.

Auf Drängen der Eiderdänen wurde eine Gesamtverfassung für Dänemark einschließlich der Provinz Schleswig erlassen. Das bedeutete die Einverleibung Schlesiws und somit den Bruch des Londoner Abkommens. Dagegen erhob sich die nationale Bewegung in Deutschland; die öffentliche Meinung verlangte die Unabhängigkeit Deutschlands unter dem Herzog von Augustenburg, um die alte Grenzmark dem Deutschtum zu erhalten. Bismarck ging eigene Wege, deren Ziel der Besitz Schlesiws-Holsteins für Preußen war. Er forderte von Dänemark im Gegensatz zur Volksmeinung die Einhaltung des Londoner Protokolls.

Im Bund mit Österreich, das sich nur widerwillig anschloß, überschritten die preußischen Truppen die Eider (1864). Nach den Plänen des Generalstabschefs von Moltke errangen die Verbündeten einen raschen Sieg (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen). Im Frieden von Wien (1864) trat Dänemark die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an die verbündeten Sieger ab. Deutschland hatte zwei Grenzländer zurückgewonnen und die Einmischung des Auslandes abgewehrt.

Über die Frage des Schicksals der beiden Herzogtümer kam es zum Konflikt mit Österreich (1866), den Bismarck zur Beseitigung des Dualismus und zur Einigung Deutschlands für unumgänglich hielt. ...<<

Die gemeinsame preußisch-österreichische Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein führt später zu endlosen Streitereien und löst am Ende zwangsläufig den von Bismarck beabsichtigten Machtkampf zwischen Preußen und Österreich aus. Da Preußen unter Bismarcks zielstrebigem Führung die Vormachtstellung in Deutschland fordert, ist eine gewaltsame preußisch-österreichische Auseinandersetzung unausweichlich. Bismarck weiß spätestens seit 1850 (gewaltsame Wiederherstellung des Frankfurter Bundestages durch die Habsburger), daß die Habsburger niemals kampfflos auf ihre führende Machtposition im Deutschen Bund verzichten würden.

Der österreichische Außenminister Graf Rechberg schreibt im Jahre 1864 über den deutschen Dualismus (x239/142-143): >>Wir halten unerschütterlich fest am Bundesverbande und sind entschieden, mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte ihn aufrecht zu erhalten. ...

Unserm engeren Anschluß an Preußen (seit der Waffenbrüderschaft gegen Dänemark) muß vor allem als Bedingung vorangehen die Aufrechterhaltung unseres bundesverfassungsmäßigen Verhältnisses zu Preußen. Die können wir nicht alterieren (ändern) lassen. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Dänemarks im Jahre 1864 (x804/515-516): >>(Dänemark) ... Am 16. Januar 1864 verlangten Österreich und Preußen auf Grund des auch im Londoner Protokoll bestätigten Rechtes Schlesiws und Holsteins auf Zusammengehörigkeit und gemeinschaftliche Verfassung die Aufhebung der eiderdänischen Verfassung. In törichtem Vertrauen auf die Hilfe der Großmächte, namentlich Englands, lehnte das Ministerium Monrad die Forderung ab und führte damit einen neuen deutsch-dänischen Krieg herbei.

Die österreichischen und preußischen Truppen überschritten am 1. Februar die Eider und zwangen die Dänen ... durch einige Gefechte und eine Umgehung ihrer linken Flanke am 5. Februar zur Räumung des Danewerkes. Dieselben zogen sich hinter die Düppeler Schanzen zurück, welche am 18. April von den Preußen erstürmt wurden, während die Österreicher in Jütland eindringen.

Auf einer Konferenz der Mächte in London (25. April bis 25. Juni), welche vermitteln wollte, lehnte Dänemark in hartnäckiger Verblendung sowohl eine Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark als eine Teilung Schlesiws ab.

Der Krieg begann also von neuem mit der Eroberung Alsens durch die Preußen (29. Juni) und der Besetzung ganz Jütlands. Schon war ein Übergang der Verbündeten nach Fünen geplant, als Dänemark am 18. Juli Waffenstillstand schloß und im Frieden zu Wien am 30. Oktober 1864 die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen abtrat.

Durch die Abtretung der drei Herzogtümer war Dänemark auf einen Umfang beschränkt, wie es ihn so klein noch nie gehabt hatte. Der seit 1850 hochgeschwellte Nationalstolz des Volkes hatte eine empfindliche Demütigung erlitten. Indes war der Geist des Volkes ungebrochen, und es wandte seine Kräfte mit verdoppeltem Eifer und überraschendem Erfolg der Hebung seiner geistigen und materiellen Kultur zu. Die bisher ausschließlich herrschende nationalliberale und eiderdänische Partei, deren Politik so völlig Schiffbruch gelitten, verlor allerdings ihren Einfluß und die Hauptstadt ihr Übergewicht über das Land. ...<<

Ferdinand Lassalle stirbt am 31. August 1864 in der Nähe von Genf (Schweiz). Der erfolgreiche Gewerkschaftsführer und bekannte sozialistische Politiker kommt infolge eines Eifersuchtsdramas wegen einer Beziehung zu Helene von Dönniges nach einem Pistolenduell mit dem Bojaren Rakowitz um.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand Lassalle (x810/532-533): >>Lassalle, Ferdinand, hervorragender deutscher Gelehrter und Begründer der Sozialdemokratie in Deutschland, wurde am 11. April 1825 zu Breslau geboren als Sohn eines reichen israelitischen Seidenhändlers, Lassal (Ferdinand Lassalle schrieb sich "Lassalle" erst nach einem Pariser Aufenthalt im Jahre 1846), der ihn für den Handelsstand bestimmt hatte und deshalb auf die Leipziger Handelsschule schickte.

Aber Lassalle hatte keine Neigung für den kaufmännischen Beruf, er wollte sich der Wissenschaft widmen. Nach zwei Jahren verließ er im Sommer 1841 heimlich Leipzig, bereitete sich dann mit eisernem Fleiß in kurzer Zeit auf das Abiturientenexamen vor, bestand dieses, überraschte damit seinen Vater und studierte nun auf den Universitäten Breslau und Berlin Philosophie, Philologie und Archäologie.

Seine hohe Begabung, seine ungewöhnlichen Kenntnisse, sein ernstes wissenschaftliches Streben erregten die Aufmerksamkeit seiner akademischen Lehrer; früh trat er in engere freundschaftliche Beziehungen zu hervorragenden Gelehrten, so namentlich in Berlin zu ... Alexander von Humboldt und anderen. Heine, den er in Paris 1846 kennen lernte, entwarf eine glänzende Schilderung von den Talenten, der Energie und dem sicheren, selbstbewußten Auftreten des jungen Lassalle

Lassalle wurde ein begeisterter Anhänger der Hegelschen Philosophie. Schon während seiner Universitätszeit arbeitete er an einem Werk über den griechischen Philosophen Heraklit, mit dem er seine wissenschaftliche Laufbahn beginnen wollte. Aber seine Studien wurden dadurch unterbrochen, daß er im Winter 1844/45 in Berlin die Gräfin Sophie Hatzfeldt kennen lernte.

Die Gräfin, eine Tochter des Fürsten Hatzfeldt-Trachenberg, damals fast 40 Jahre alt, aber noch eine schöne und imposante Erscheinung, eine geistreiche Frau, war in einer traurigen Lage. Im Alter von 16 Jahren war sie zu einer Konvenienzheirat mit dem mißgestalteten reichen Grafen Edmund von Hatzfeld-Weisweiler gezwungen worden. Die Ehe war eine sehr unglückliche. Die fortgesetzte schlechte Behandlung von seiten ihres Gemahls hatte die Gräfin veranlaßt, sich von demselben zu trennen.

Als Lassalle sie kennen lernte, hatte ihr der Graf, während er mit Mätressen ein ungeheures Vermögen verschwendete, jede Unterstützung versagt und wollte ihr auch das einzige Kind, das man ihr gelassen hatte, den jungen Grafen Paul, entreißen. Das Unglück der schönen, von ihren Verwandten verlassen Frau ging dem jungen, ritterlich gesinnten Lassalle zu Herzen. Sein Rechtsgefühl empörte sich, seine trotzige Kampflust erwachte. Er bot der Gräfin sein

Vermögen und seine Dienste an und begab sich nun mit ihr nach der Rheinprovinz, um dort den Kampf gegen den Grafen aufzunehmen. Fast zehn Jahre lang hat er denselben geführt und schließlich siegreich durchgeföhren.

1851 wurde die Ehe geschieden, der Graf für den schuldigen Teil erklärt. Aber auch nach der Ehescheidung waren noch viele Prozesse wegen der Vermögensauseinandersetzung zu führen. Sie endeten damit, daß die Gräfin ein großes Vermögen erhielt. Lassalle und die Gräfin lebten dann bis zu seinem Tod fortwährend an denselben Orten und in dem engsten freundschaftlichen Verkehr.

In jenem Kampf wurde Lassalle auch in einen Kriminalprozeß, der seiner Zeit viel Aufsehen machte, verwickelt. Zwei Freunde von Lassalle und der Gräfin, Doktor Mendelssohn und Assessor Oppenheim, hatten im August 1846, um in den Besitz eines Kontraktes zu gelangen, durch welchen der Graf Hatzfeldt seiner Mätresse, der Baronin von Meyendorff, eine jährliche Rente von 25.000 Franc ausgesetzt hatte, im Mainzer Hof zu Köln sich einer Kassetten der Baronin bemächtigt. Oppenheim hatte die Kassetten von dem Reisegepäck der Baronin genommen und Mendelssohn übergeben, der sie in seinem Koffer unterbrachte.

Gleich darauf mußten sie ihre Beute, die das gesuchte Aktenstück nicht enthielt, im Stich lassen und flüchten. Zuerst wurde Oppenheim 1846 wegen Diebstahls angeklagt, aber freigesprochen. Darauf wurde noch im Jahre 1846 Mendelssohn wegen Teilnahme am Diebstahl angeklagt und nach langen Verhandlungen im Februar 1848 verurteilt.

Auf Grund der Aussage eines bestochenen Zeugen wurde nun auch Lassalle als "intellektueller Urheber des Diebstahls" im März 1848, nachdem er schon 1847 deshalb kurze Zeit inhaftiert gewesen (war), in Untersuchungshaft genommen, in den Anklagestand versetzt, aber nach einer glänzenden Verteidigungsrede am 11. August 1848 freigesprochen ...

Aus dem Gefängnis entlassen, stürzte sich Lassalle in die politische Agitation. Seine Anschauungen waren die der radikalen Demokratie. Unter den Führern derselben nahm er sofort neben Marx, Freiligrath, Becker etc. einen hervorragenden Platz ein, durch den Verkehr mit Marx wurde er auch zum Sozialisten.

Wegen einer am 22. November 1848 zu Neuß gehaltenen Rede verhaftet und angeklagt, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben, wurde er nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft am 3. Mai 1849 von den Geschworenen zu Düsseldorf freigesprochen. ... Trotz der Freisprechung wurde aber Lassalle nicht aus dem Gefängnis entlassen, sondern jetzt wegen ... eines geringeren Vergehens, die Bürgerwehr zur Widersetzlichkeit gegen die Beamten aufgefordert zu haben, angeklagt und vom Korrektribunal am 5. Juli 1849 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach Beendigung der Hatzfeldtschen Prozesse (1854) widmete sich Lassalle, zuerst in Düsseldorf, dann in Berlin, wohin er 1857 übersiedelte, wissenschaftlichen Studien. Die Frucht derselben waren zwei größere Werke, welche durch die Originalität der Auffassung und scharfsinnige Kritik bisheriger Lehrmeinungen dem Verfasser in der Gelehrtenwelt einen geachteten Namen verschafften.

Das eine: "Die Philosophie Herakleitos' des Dunklen von Ephesos" (Berlin 1858, 2 Bände), gehört dem Gebiet der Geschichte der Philosophie an, das andere: "Das System der erworbenen Rechte, eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie" (Leipzig 1860, 2 Bände), ist rechtsphilosophischer Art, aber zugleich eine wissenschaftliche Verteidigung der radikalen politischen Grundanschauungen Lassalles.

Zwischendurch erschien auch sein historisches Trauerspiel "Franz von Sickingen" (Berlin 1859), ein Werk voll kühner, genialer Gedanken trotz aller Schwächen in ästhetischer und formaler Beziehung und von hohem Interesse durch die deutschnationale Gesinnung des Dichters, eines begeisterten Anhängers des deutschen Einheitsstaates.

Diese Gesinnung tritt noch stärker hervor in der während des italienischen Krieges erschiene-

nen Broschüre "Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens" (Berlin 1859), in welcher er die preußische Neutralität Frankreich gegenüber billigte, aber riet, Preußen solle den günstigen Augenblick der Beschäftigung seiner Gegner benutzen, gegen Dänemark vorgehen, um Schleswig-Holstein zu erobern, den Dualismus in Deutschland beseitigen und die deutschen Stämme mit Ausschluß Österreichs unter einer nationalen demokratischen Regierung einigen, ebenso in der Abhandlung "Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart" (Hamburg 1860) und in seiner Festrede auf Fichte am 19. Mai 1862:

"Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes" (Berlin 1862), in denen er als die höchste und wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Herstellung eines deutschen Einheitsstaates unter Preußens Führung bezeichnete und die Frage der Freiheit hinter die der Einheit stellte.

Im März 1862 erschien als eigenes Buch ... ("Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker", Berlin 1862). In der Konfliktzeit versuchte Lassalle die Fortschrittspartei zum passiven Widerstand, zur Niederlegung des Mandats in Masse, zu bewegen und hielt auch in diesem Sinn öffentliche Vorträge: "Über Verfassungswesen" (Berlin 1862), "Was nun?" (Berlin 1862).

Da die Fortschrittspartei diese Politik verwarf, glaubte Lassalle die Zeit gekommen, eine eigene demokratische Partei bilden zu können. Er versprach sich einen Erfolg aber nur bei einem Programm, das zugleich Vorschläge über die Lösung der sozialen Frage enthielte. Zu diesem Zweck hielt er am 12. April 1862 in einer großen Arbeiterversammlung einen Vortrag: "Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes".

Auf Grund dieses Vortrages wurde Lassalle wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens durch öffentliche Anreizung der Angehörigen des Staates zum Haß gegeneinander angeklagt und am 16. Januar 1863 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, aber in zweiter Instanz freigesprochen. ... Sein Auftreten für die Arbeiterklasse veranlaßte am 10. Februar 1863 ein Arbeiterkomitee in Leipzig, welches damals einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß berufen wollte, sich an Lassalle zu wenden und seine Ansicht über den Kongreß und über die Arbeiterfrage zu erbitten.

Lassalle antwortete nach 14 Tagen in einer Broschüre: "Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee etc." (Zürich 1863), in welcher er sein sozialistisches Programm entwickelte. Er riet dem Komitee, dieses Programm, dessen Hauptpunkt die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Hilfe des Staatskredites war, anzunehmen, den Kongreß nicht zu halten, aber einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu gründen, der sich zunächst nur die eine Aufgabe stelle, für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung zu agitieren, um, wenn dies erreicht sei, mit Hilfe des Stimmrechtes die Macht im Staat für den Arbeiterstand zu erlangen und dann das sozialistische Programm durchzuführen.

Das Komitee folgte dem Rat, Lassalle wurde von ihm veranlaßt, in Leipzig am 16. April (Lassalles Rede "Zur Arbeiterfrage"), in Frankfurt am 17. und 19. Mai ("Arbeiterlesebuch", Frankfurt am Main) und anderen Orten zu sprechen, am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Leipzig mit etwa 600 Mitgliedern gegründet und Lassalle zum Präsidenten gewählt.

In dieser Stellung entfaltete er eine umfassende agitatorische Tätigkeit, aber seine Erfolge waren sehr gering. Kaum einige tausend Arbeiter gelang es ihm zu gewinnen.

Sein Hauptkampf war gegen Bourgeoisie und Liberalismus gerichtet. Dieser Kampf verwickelte Lassalle in eine Reihe von Kriminalprozessen, schließlich sogar in einen Hochverratsprozeß auf Grund einer gedruckten Ansprache: "An die Arbeiter Berlins" (Berlin 1863), in welcher er ausführte, daß die oktroyierte preußische Verfassung nicht zu Recht bestehe, und die Arbeiter aufforderte, in den Verein zu treten, um diese Verfassung zu stürzen. Er wurde in diesem Prozeß am 12. März 1864 freigesprochen, aber in anderen verurteilt.

Die Agitation hatte Lassalles Gesundheit zerrüttet. Zur Stärkung derselben ging er, nachdem er noch im Mai 1864 am Rhein in den ihm ergebenen Arbeiterdistrikten einen Triumphzug gehalten (hatte), im Juni 1864 nach der Schweiz.

Lassalle traf dort mit Helene von Dönniges, der Tochter eines bayerischen Diplomaten, zusammen, welche, ihm selbst schon von früher her bekannt, damals mit einem Walachen, Jan-ko von Rakowitz, verlobt war. Sein Verhältnis zu dieser Dame führte zu einem Pistolenduell zwischen Lassalle und Rakowitz in Genf am 28. August 1864, in welchem Lassalle tödlich verwundet wurde. Er starb am 31. August 1864.

Außer den erwähnten Agitationsschriften erschienen noch: "Macht und Recht" (Zürich 1863); "Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag" (Düsseldorf 1863); "Der Hochverratsprozeß wider Ferdinand Lassalle etc." (Berlin 1864); "Die Agitation des allgemeinen deutschen Arbeitervereins" etc.; Lassalles letzte Rede (Berlin 1864) ...<<

## 1865

**Deutscher Bund:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1865-1869 (x804/897-901): >>(Deutschland) ... Österreich wies die in einer preußischen Note vom 22. Februar 1865 zusammengefaßten Bedingungen zurück, unter welchen Preußen allein die Errichtung eines selbständigen holsteinischen Staates gestatten wollte. Nicht ohne Zutun Österreichs beschloß der Bundestag am 6. April 1865 mit neun gegen sechs Stimmen, daß dem Herzog von Augustenburg die Verwaltung des Landes übertragen werden solle. ...

Die beiden Zivilkommissare, der preußische, von Zedlitz, und der österreichische, von Halbhuber, gerieten bald in Differenzen, da dieser die augustenburgischen Agitationen und Demonstrationen begünstigte oder wenigstens duldete, der preußische darin eine Präjudizierung der preußischen Rechte erblickte.

Gleichzeitig ging Preußen entschlossen vor, um seine Interessen in Schleswig-Holstein energisch zu wahren. Eine Kabinettsorder verfügte am 24. März 1865 die Verlegung der preußischen Ostsee-Flottenstation von Danzig nach Kiel, und Bismarck erklärte bei der Begründung einer Kreditforderung von 6 Millionen Taler für die Befestigung des Kieler Hafens im Abgeordnetenhaus, das sie natürlich ablehnte (5. April), daß Preußen im Besitz des Kieler Hafens sei und in demselben zu bleiben gedenke.

Die Spannung zwischen Preußen und Österreich wurde immer schärfer. Während ... (Preußen) in Holstein einige augustenburgische Agitatoren unter nachdrücklichem Protest des österreichischen Zivilkommissars unschädlich machte, stellten am 27. Juli Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt im Bund den Antrag, daß eine frei gewählte Vertretung der Herzogtümer berufen und gehört, zugleich Einleitung zur Einverleibung Schleswigs in den Bund getroffen werden solle. Stimmte Österreich diesem Antrag zu, so war der Krieg erklärt.

Indes es fühlte sich noch nicht genügend vorbereitet, und so verständigten sich beide Monarchen, Franz Joseph und Wilhelm I., noch einmal in der von Bismarck mit Graf Blome abgeschlossenen Konvention von Gastein (14. August 1865) dahin, daß, vorbehaltlich der gemeinsamen Rechte, Preußen die Regierung Schleswigs, Österreich die Holsteins übernehmen, ersteres den Kieler Hafen, das Mitbesatzungsrecht in Rendsburg, Militäretappen, Post und Telegraphenrouten in Holstein erhalten und Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen dänische Reichstaler an den König von Preußen fallen sollte.

Diese Konvention, welche den Bundestag ganz außer acht ließ, rief wieder zahlreiche Proteste der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, einzelner deutscher Landtage und des deutschen Abgeordnetentages, der sich am 1. Oktober in Frankfurt versammelte, gegen die Vergewaltigung des Volksrechtes hervor.

Das Verhältnis der beiden Mächte in den Herzogtümern besserte sich keineswegs. Der preußische Gouverneur von Manteuffel in Schleswig führte ein strenges Regiment und schritt rück-

sichtslos gegen den Augustenburger und seine Anhänger ein, der österreichische, von Gahlenz, in Holstein machte sich durch Nachgiebigkeit gegen die Volksstimmung populär.

Die Beschwerden Bismarcks über die Begünstigung des Herzogs Friedrich durch Österreich, welches damit den Voraussetzungen des Wiener Friedens und des Gasteiner Vertrages zuwiderhandle, wurden vom Wiener Kabinett in gereiztem Ton zurückgewiesen. Anfang 1866 wurde die Kriegsfrage sowohl in Berlin als in Wien ernstlich in Erwägung gezogen, und im Februar begannen die militärischen Vorbereitungen und Beratungen.

Bismarck hatte sich auf einer Zusammenkunft mit Napoleon III. in Biarritz (Oktober 1865) vergewissert, daß Frankreich vorläufig eine zuwartende Haltung beachten werde, und diese sich noch dadurch gesichert, daß er am 8. April 1866 mit Italien ... ein Bündnis schloß, welches demselben den Besitz Venetiens versprach.

Österreich wandte sich dagegen den Mittel- und Kleinstaaten zu und nahm seinen natürlichen Platz an der Spitze der deutschen Territorien gegenüber den Unionsbestrebungen ein ...

In Deutschland gänzlich isoliert, in seinem Inneren durch den Verfassungskonflikt und die scheinbare entschiedene Abneigung des Volkes gegen einen Krieg gelähmt, schien Preußen nachgeben oder unterliegen zu müssen.

Am 16. März 1866 richtete Graf Mensdorff eine vertrauliche Note an die befreundeten deutschen Höfe, in welcher er die Absicht kundgab, die schleswig-holsteinische Sache dem Bund anheimzugeben und eine bestimmte Anfrage an Preußen über seine Politik zu richten, und sein Vertrauen aussprach, daß, im Fall die preußische Antwort nicht befriedigend ausfalle, die deutschen Staaten Österreichs Maßregeln unterstützen würden.

Bismarck erwiderte diesen Schritt mit einer Anfrage an die deutschen Regierungen (24. März), ob und in welchem Maß Preußen im Fall eines österreichischen Angriffes auf ihre Unterstützung rechnen dürfe, und mit der Ankündigung eines zeitgemäßen Bundesreformvorschlages. Die Antworten der Regierungen lauteten ablehnend oder ausweichend.

Dennoch erfolgte der angekündigte Reformantrag im Bundestag am 9. April und zwar dahin, "hohe Bundesversammlung wolle beschließen, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung auf einen noch zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, bis zum Zusammentritt derselben aber durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen".

Hatte Bismarck von diesem Schritt einen Umschwung der öffentlichen Meinung erwartet, so täuschte er sich allerdings. Die Stimmung des Volkes in den meisten Ländern Deutschlands war zwar einem "Bruderkrieg", wie man den bevorstehenden Entscheidungskampf zwischen Preußen und Österreich um die Herrschaft in Deutschland nannte, abgeneigt, aber darum nicht weniger antipreußisch, und die meisten sahen in Bismarcks Antrag nur eine neue List, um Deutschland dem preußischen Militärdespotismus zu unterwerfen.

Die Unterhandlungen zwischen den beiden Mächten über eine gleichzeitige Abrüstung hatten keinen Erfolg, da Österreich dieselbe in Italien verweigerte und die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zwar unter möglichster Berücksichtigung der preußischen Ansprüche, aber nur innerhalb des bestehenden Bundesrechts anbot. So schritten denn beide Teile Anfang Mai zu allgemeiner Mobilmachung ihrer Streitkräfte, und auch in den Mittelstaaten wurde eifrig gerüstet.

Der Beschluß der mittelstaatlichen Konferenz zu Bamberg (14. Mai), auf gegenseitige Abrüstung hinzuwirken, blieb erfolglos, da einige dieser Staaten, wie Sachsen und Hannover, mit den Rüstungen selbst angefangen hatten.

Auch ein Vermittlungsversuch Frankreichs, Englands und Rußlands, die am 28. Mai zu einer Konferenz der Mächte nach Paris einluden, scheiterte an der Forderung Österreichs (1. Juni), daß es sich auf derselben um keine Territorialveränderung, vor allem nicht um die Abtretung

Venetiens, handeln dürfe.

An demselben Tag tat Österreich in Frankfurt den letzten entscheidenden Schritt, welcher den Krieg unvermeidlich machte: es gab die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bund anheim, sicherte im voraus dem Spruch desselben seine bereitwilligste Anerkennung zu und teilte mit, daß der österreichische Statthalter beauftragt sei, die dortigen Stände zu berufen.

Bismarck erklärte am 4. Juni diesen Schritt Österreichs für einen offenen Bruch der Gasteiner Konvention und eine Herausforderung Preußens, und als Gablenz die holsteinischen Stände wirklich am 5. Juni nach Itzehoe berief, rückte Manteuffel am 7. Juni mit seiner Division in Holstein ein und besetzte es, während die österreichische Brigade, ... der Übermacht weichend, gefolgt vom Herzog von Augustenburg, das Land verließ.

Am 27. Mai hatte Bismarck den deutschen Regierungen noch einmal in offener, männlicher Sprache seine Bundesreformvorschläge entwickelt und empfohlen und hervorgehoben, daß Preußen den anderen Staaten keine größeren Opfer zumute, als es selbst zu bringen bereit sei.

Am 9. Juni erklärte Preußen in der Bundesversammlung, daß es die schleswig-holsteinische Frage als eine nationale ansehe und sie als eine solche, d.h. in Verbindung mit der Bundesreform, zu lösen bereit sei; es erwarte nur den Augenblick, wo es diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung ihm die Bürgerschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer dem gesamten Vaterland und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu gute kämen.

Österreich dagegen klagte am 11. Juni im Bund wegen gewalttätiger Selbsthilfe Preußens in Holstein und stellte den Antrag auf Mobilmachung der gesamten Bundesarmee mit Ausnahme ihrer preußischen Bestandteile, d.h. auf Kriegserklärung gegen Preußen.

Da Österreich selbst und seine Verbündeten den Augenblick zum Losschlagen für gekommen erachteten, so wurde trotz des Protestes Preußens schon am 14. Juni über diesen Antrag abgestimmt und derselbe mit neun gegen sechs Stimmen (außer Preußen Oldenburg, Mecklenburg, die thüringischen Staaten, die Freien Städte außer Frankfurt und Luxemburg) zum Beschluß erhoben.

Als die Abstimmung beendet und das Resultat verkündet war, erklärte der preußische Gesandte von Savigny, daß seine Regierung den bisherigen Bundesvertrag damit für gebrochen und erloschen ansehe, daß sie aber an der über den vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation festhalte, und daß sie einen neuen Bund mit den deutschen Regierungen zu schließen bereit sei auf Grund einer neuen Verfassung, deren Grundzüge Savigny auf den Tisch des gewesenen Bundestages niederlegte, und deren erster Artikel lautete: "Das Bundesgebiet besteht aus den seitherigen Staaten mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landesteile".

So bewährte sich Preußen als der eigentlich deutsche Staat, indem es die Gründung eines lebensfähigeren, kräftigeren Bundesstaates als Ziel des Kampfes hinstellte, während seine Gegner ohne politische Ideen nur den alten Zustand erhalten und durch Zerstückelung Preußens ihren Neid und ihre Selbstsucht befriedigen wollten.

Der Krieg nahm einen Verlauf, wie ihn niemand vermutet hatte. Während die Bundestruppen sich erst sammelten, okkupierte Preußen Sachsen und Kurhessen ohne Schwertstreich, Hannover nach dem blutigen Gefecht von Langensalza (27. Juni). Ganz Norddeutschland war in Preußens Gewalt, die meisten kleinen Staaten riefen ihre Gesandten vom Rumpfbundestag ab und schlossen sich ihm an.

Der siebentägige Feldzug in Böhmen und die Schlacht von Königgrätz brachten den Sieg über Österreich zu glänzender Entscheidung; der Mainfeldzug zersprengte die beiden Bundesarmee-korps, welche unter dem Symbol der schwarz-rot-goldenen Trikolore in den Kampf gezogen waren; der Bundestag mußte nach Augsburg flüchten, wo er sich am 24. August auflöste.

Die Intervention Napoleons III. rettete Sachsen und nötigte Preußen, sich auf einen norddeutschen Bund zu beschränken; doch gestatteten die Nikolsburger Friedenspräliminarien (26. Juli) und der Prager Friede (23. August), daß der Verein der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund eine nationale Vereinigung eingehe.

Österreichs deutsches Gebiet blieb unverletzt, die Kriegskosten (20 Millionen Taler) waren nicht erheblich. Dagegen schied es nun aus Deutschland aus; es gab hier für immer seine dominierende Stellung auf, und der Dualismus der deutschen Großmächte endete mit dem völligen Sieg Preußens, das durch die Einverleibung Schleswig-Holsteins (für dessen nördlichen Teil Art. 5 eine Volksabstimmung zu Gunsten Dänemarks vorbehielt), Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts sein deutsches Gebiet bedeutend vergrößerte.

Von Österreich im Stich gelassen, wendeten sich die süddeutschen Staaten, mit Ausnahme von Baden, an Frankreich um Hilfe, das gleichzeitig in drohender Form eine Kompensation am Rhein auf preußische, bayerische und hessische Kosten verlangte.

Bismarck wies dieses Verlangen auf die Gefahr eines neuen Krieges hin zurück. Zugleich aber entschloß er sich, durch milde Friedensbedingungen die süddeutschen Staaten für eine engere Verbindung mit Preußen zu gewinnen und so die Versöhnung und die Einigung ganz Deutschlands ohne Österreich anzubahnen.

Württemberg und Baden erlitten also keine, Bayern nur unerhebliche Gebietsverluste und mußten bloß Kriegskontributionen zahlen, schlossen aber im August mit Preußen geheime Schutz- und Trutzbündnisse, in welchen sie sich ihr Gebiet gegenseitig garantierten und zur Verteidigung desselben im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zur Verfügung zu stellen und den Oberbefehl über dieselbe dem König von Preußen zu übertragen sich verpflichteten. Damit war die nationale Verbindung, die der Prager Friede vorsah, hergestellt, auch wenn kein Südbund zustande kam.

Daß der deutsche Entscheidungskampf so rasch und mit einem so durchschlagenden Erfolg beendet wurde, war ein unschätzbare Glück für Deutschland und ein großes Verdienst der preußischen Staats- und Heeresleitung. Hierdurch wurde eine tiefer eindringende Verbitterung zwischen den kämpfenden Parteien vermieden, Frankreichs Einmischung abgewehrt, jeder Versuch, die neue Gestaltung Deutschlands unter Preußens Hegemonie rückgängig zu machen, zur Erfolglosigkeit verurteilt und die Eingewöhnung der Gemüter in die neuen Verhältnisse erleichtert.

Ein Sieg Österreichs und der Mittelstaaten würde die Frage der deutschen Einheit nicht gelöst, nur noch mehr verwirrt und Deutschland wieder zum Spielball europäischer Ränke gemacht haben, wie es nach dem Dreißigjährigen Krieg der Fall war.

Die Siege Preußens zeigten, daß es an sittlicher und intellektueller Kraft dem österreichischen Völkerkonglomerat weit überlegen war, daß aber auch die Mittelstaaten nicht wirkliche Staatspotenzen waren, die auf eigenen Füßen standen, daß namentlich sowohl die Bundeskriegsverfassung als die einzelnen Kontingente, auch die größeren, praktisch unbrauchbar und die beträchtlichen seit Jahrzehnten dafür gebrachten Geldopfer vergebliche waren.

Daß Deutschland nur durch eine nach preußischem Muster durchgeführte Wehrverfassung unter preußischer Führung seine Sicherheit und Integrität mit Erfolg verteidigen könne, davon hatten die Kämpfe am Main auch die heftigsten Gegner Preußens überzeugt. ...

Nachdem ... die Einverleibung der annektierten Gebiete, durch welche der preußische Staat auf 350.000 qkm mit 24 Millionen Einwohnern vermehrt wurde, gesetzlich geordnet war, schritt die preußische Regierung dazu, den Norddeutschen Bund zu organisieren.

Die Großherzogtümer Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Sachsen-Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, die Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß jüngere Linie, Waldeck, Lippe und Schaumburg-Lippe, die Freien Städte Hamburg, Lübeck

und Bremen hatten schon während des Krieges mit Preußen ein enges Bündnis geschlossen und sich am 18. August für die am 14. Juni von Preußen vorgelegte neue Bundesverfassung erklärt.

Hessen hatte sich in seinem Friedensschluß am 3. September verpflichtet, mit der vom preußischen Gebiet umschlossenen Provinz Oberhessen dem neuen Bund beizutreten. Nun wurden auch Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie dazu genötigt. Endlich kam ... der Friede mit Sachsen am 21. Oktober 1866 zustande; Sachsen zahlte 10 Millionen Taler Kriegskosten und trat ebenfalls dem Bund bei, dessen Grundzüge es ausdrücklich annahm.

Die Bevollmächtigten dieser Staaten wurden zum 15. Dezember 1866 nach Berlin geladen und ihnen hier der Entwurf einer Verfassung für den Norddeutschen Bund vorgelegt. Die Beratungen dauerten bis zum 9. Februar 1867 und führten zu allseitiger Verständigung, da die preußische Regierung die besonderen Wünsche und Vorschläge ihrer Verbündeten bereitwilligst berücksichtigte, diese dagegen in den Hauptpunkten keine Schwierigkeiten machten.

Am 12. Februar fanden die allgemeinen Wahlen für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes statt, und am 24. Februar wurde derselbe in Berlin vom König von Preußen eröffnet, dem die verbündeten Staaten für diesen Fall im voraus die verfassungsmäßigen Präsidialrechte übertragen hatten.

In der Thronrede hieß es: "Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht.

Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volk die Größe seiner Vergangenheit wiederzuerringen.

Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziel geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Wert der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Tatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Notwendigkeit, die Einigkeit des deutschen Volkes an der Hand der Tatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern."

Hieran knüpfte sich die Mahnung an die Vertreter des Volkes, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen und den vollendeteren Ausbau desselben getrost dem fernerer vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme zu überlassen.

Am 4. März legte Bismarck dem Reichstag den Verfassungsentwurf vor und empfahl seine Annahme am 11. März in längerer Rede. ... Die Nationalliberalen bemühten sich überall, nur das Wesentliche ins Auge zu fassen und die preußische Regierung in ihrem Werk zu unterstützen; schärfere Opposition machte bloß die Fortschrittspartei, ohne jedoch bei ihrer Minderzahl etwas zu erreichen.

Während der Reichstag die Kompetenz des Bundes in mehreren Punkten erweiterte und seine eigenen Rechte genauer präziserte, behaupteten die Regierungen ihren Standpunkt in Bezug auf die Militärfrage, in welcher sie die Normierung der Präsenzstärke mit 1 Prozent der Bevölkerung und die entsprechenden Kosten bis zum 31. Dezember 1871 erlangten, und die Diätenfrage, wonach die Reichstagsabgeordneten keine Entschädigung erhalten sollten. Am 16. April wurde die Verfassung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen und am 17. April der Reichstag geschlossen.

Die Bundesverfassung, welche am 7. Juli 1867 in Kraft trat, beruhte auf dem Grundgedanken der Union von 1849: das Präsidium des Bundes wurde der Krone Preußen erblich übertragen und besaß das Recht, Krieg zu erklären, Frieden, Bündnisse und Verträge zu schließen, den Bund nach außen zu vertreten, das Haupt der Exekutive, den Bundeskanzler, zu ernennen und Bundesrat und Reichstag zu berufen. Der erstere war aus den Bevollmächtigten der verbündeten Staaten zusammengesetzt und zählte 43 Stimmen (davon Preußen 17); er hatte das Recht

der Vorberatung und Genehmigung aller Gesetze.

Der Reichstag ging aus allgemeinen, direkten Wahlen hervor (ein Abgeordneter auf 100.000 Seelen) und hatte die Rechte und Stellung der Volksvertretung eines konstitutionellen Staates. Die Bundesgesetzgebung erstreckte sich auf das ganze Verkehrs-, Handels-, Münz- und Zollwesen sowie wichtige Rechtsgebiete, ließ dagegen die innere Verwaltung der Einzelstaaten möglichst unberührt; doch gingen die Bundesgesetze stets den Landesgesetzen vor. ... Kriegsmarine und Heeresverfassung waren einheitlich, der König von Preußen Bundesfeldherr.

Trotz mancher Mängel und Unebenheiten war die neue Verfassung lebens- und verbesserungsfähig. Die Kraft der Nation war in einer Hand vereinigt und die Zersplitterung durch das Übergewicht Preußens verhindert, ohne daß den Einzelstaaten die Geltendmachung ihres Einflusses und ihrer Interessen verkümmert war.

Schon während der Beratungen des konstituierenden Reichstages wurde der neue Bund von einer äußeren Gefahr bedroht. Durch den Bundesreformentwurf war die Verbindung Deutschlands mit dem Großherzogtum Luxemburg gelöst worden, doch hatte Preußen seine Garnison in der dortigen Festung gelassen.

Napoleon III. hatte sich nun dieses Fürstentum zu der Kompensation ausersehen, mit welcher er den Neid (oder wie es hieß, "die berechnete Empfindlichkeit") der Franzosen über Preußens Machtentwicklung beschwichtigen wollte. Er schloß daher mit dem König Wilhelm III. der Niederlande über Luxemburg einen Kaufvertrag ab. Er rechnete auf Preußens Nachgiebigkeit, ja er bot für die Zustimmung zu weiteren Annexionen auf Belgiens Kosten auch die Anerkennung der Hegemonie über Süddeutschland an.

Die preußische Regierung verweigerte jedoch ihre Zustimmung und beantwortete die französischen Kriegsdrohungen mit der Publikation der geheimen Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten (19. März). Auch im Reichstag kam die Sache aus Anlaß einer Interpellation Bennigsens 1. April 1867 zur Sprache.

Indes beide Teile zogen es vor, aus der Frage keinen Kriegsfall zu machen, Napoleon nicht, weil sein Heer noch ebensowenig gerüstet war wie im August 1866, Bismarck, weil er die Zustände in Deutschland sich erst befestigen lassen wollte. So kam denn unter Vermittlung der Mächte auf der Londoner Konferenz (7. bis 11. Mai) ein friedliches Abkommen zustande: die Festung Luxemburg wurde von den Preußen geräumt, aber geschleift, das Land unter Garantie der Mächte für neutral erklärt; es blieb jedoch im Zollverein.

Die luxemburgische Frage und die Veröffentlichung der Allianzverträge stellten die Frage des Verhältnisses zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten in den Vordergrund. Daß ein Südbund unmöglich sei, war von Anfang an klar. Überdies knüpfte auch die Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins ein Band zwischen Nord und Süd: der Vertrag wurde am 8. Juli 1867 abgeschlossen ...

In Hessen und Baden wurden der Allianz- und der Zollvertrag nahezu einstimmig vom Landtag angenommen. In Bayern sträubte sich der Reichsrat lange gegen den Zollvertrag. Am hartnäckigsten war die Opposition gegen beide Verträge in der württembergischen Zweiten Kammer, obwohl sie schließlich auch hier angenommen wurden.

Immerhin fühlten sich sowohl der württembergische Minister von Varnbüler als der bayerische Fürst Hohenlohe durch die Stimmung der Bevölkerung veranlaßt, von einem Eintritt in den Norddeutschen Bund abzusehen, und auch Bismarck vermied es, dazu zu drängen; ja, er lehnte sogar den Einzeleintritt Badens ausdrücklich ab.

Es genügte vorläufig, daß die süddeutschen Staaten ihre Heereinrichtungen nach preußischem Muster umgestalteten, und daß jede fremde Einmischung in die deutschen Angelegenheiten abgewehrt wurde. In allem bewährte der Bundeskanzler eine umsichtige, gemäßigte, echt praktische Staatsweisheit.

Die Thronrede, mit der am 10. September 1867 der erste (und einzige) ordentliche Reichstag des Norddeutschen Bundes, zu dem die Wahlen am 31. August stattgefunden hatten, eröffnet wurde, war in durchaus geschäftlichem Ton gehalten und kündigte der Versammlung eine ganze Reihe wichtiger Arbeiten an, welche im Lauf des Winters durch gemeinschaftliche Tätigkeit ... glücklich erledigt wurden: Bundeshaushalt, Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, Postgesetz, Freizügigkeitsgesetz, Errichtung von Bundeskonsulaten, Bundesschuldengesetz und andere wichtige Organisationen für den Ausbau des neuen Staatswesens. Das einheitliche Streben der Nation hatte jetzt sein gesetzliches Organ, der Nationalverein löste sich daher am 11. November auf. ...

Nachdem die zweite Session des norddeutschen Reichstages ihre Arbeiten schon 23. März 1868 begonnen hatte, wurde das Zollparlament am 27. April vom König von Preußen selbst mit einer Thronrede eröffnet, welche die Macht des nationalen Gedankens und die geeinigte Kraft des deutschen Volkes besonders betonte und die Beratung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands durch die Vertreter der ganzen Nation als eine naturgemäße Entwicklung bezeichnete.

Aber die Erwartungen, welche über das ... Ziel der Zollberatung hinausgingen, wurden durch die Haltung der antinationalen süddeutschen Fraktion (57 Mitglieder) enttäuscht, welche die Ablehnung ... der Kompetenzerweiterung bewirkte und auf die von Frankreich drohende Gefahr hinwies, wenn die Unionstendenzen weiter verfolgt würden. Nur die Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg und einige Handelsverträge waren das Resultat der Session, auf dessen Dürftigkeit der ... Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion höhnisch hinwies. Resigniert ermahnte daher die Schlußrede (23. Mai), "in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte".

Fruchtbarer waren die Verhandlungen des norddeutschen Reichstages, welcher bis 20. Juni tagte und neben dem Etat eine neue Maß- und Gewichtsordnung, ein Notgewerbegesetz, Aufhebung der Spielbanken, der Schulhaft, der polizeilichen Ehebeschränkungen u.a. und die Vorbereitung eines gemeinsamen Strafgesetzbuches beschloß.

Ähnlich verliefen die Dinge 1869: der Reichstag, der vom 4. März bis 22. Juni tagte, brachte eine neue Gewerbeordnung, eine Wechselordnung, die Errichtung eines gemeinsamen Bundesoberhandelsgerichts in Leipzig, ein Gesetz über die Gleichberechtigung aller Konfessionen zustande und die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht in Anregung; das Zollparlament (3. bis 22. Juni) dagegen war ohne weitere politische Bedeutung ...<<

**Preußen:** Der englische Botschafter in Berlin berichtet im Herbst 1865 (x237/174): >>(Bismarck) hat ... eine feindliche Nation vor sich und hinter sich eine Sache, die, bis zu einem gewissen Grade in ihrem Ziele volkstümlich, doch in der Form und der Methode dem öffentlichen Gefühl widerstrebt.

Es wird allgemein gesagt, daß Herr von Bismarck die natürliche Gradheit des Königs verdorben hat; man muß zugestehen, daß der preußische Minister seinen von Natur gerechten und ehrenhaften Herrscher zu einer skrupellosen, unbeständigen und überspannten Politik verleitet hat, die aber vielleicht zu Preußens Größe führt. ...<<

Die Zeitung "Der Social-Demokrat" berichtet am 29. Januar 1865 über die sozialen Fürsorge-maßnahmen von Unternehmern (x239/97): >>Humanität einzelner Fabrikanten gegen ihre Arbeiter ist ohne Zweifel eine höchst nennenswerte Sache, aber mit der sozialen Frage haben diese Dinge nichts zu tun.

Hierfür ist es ganz gleichgültig, ob es edle Fabrikanten gibt oder nicht, denn es handelt sich nicht darum, im kleinen, sondern im großen andere Zustände herzustellen und nicht darum, die Gnade oder den guten Willen einzelner Fabrikanten in Anspruch zu nehmen, sondern die Rechte – man verstehe wohl! – die Rechte der Arbeiter zu erkämpfen. ...<<

**Sachsen:** Im Verlauf der ersten deutschen Frauenkonferenz vom 15. bis zum 16. Oktober 1865 wird in Leipzig der "Allgemeine Deutsche Frauenverein" gegründet, um die sozialen und politischen Forderungen der Frauen durchzusetzen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über die Emanzipation der Frauen in den Jahren 1865-1882 (x806/622-625): >>(Frauenfrage) ... In Europa ist England dasjenige Land, in welchem nicht nur die Emanzipationsbestrebungen am weitesten gediehen sind, sondern wo auch zuerst eine praktische Lösung der Frauenemanzipation in Angriff genommen wurde.

Auf Anregung des dortigen sozialwissenschaftlichen Kongresses wurde der erste Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts gegründet, dem bald weitere folgten. Von diesen Vereinen sind Handels- und Gewerbeschulen, Arbeitsnachweisbüros und andere Einrichtungen zur Verbesserung des Frauenloos geschafften worden. Ein Teil der Bestrebungen richtet sich besonders auf die Beseitigung der ungünstigen Lage, in welcher die Frauen Englands im Widerspruch zu ihrem sonstigen gesellschaftlichen Ansehen hinsichtlich des bürgerlichen Rechtsverkehrs sich befinden.

Eine wesentliche Verbesserung derselben ist durch das Ehefrauen-Eigentumsgesetz von 1882 geschaffen worden. Nicht ohne Erfolg ist man bemüht gewesen, den Frauen einzelne Staats- und Ehrenämter zugänglich zu machen. Im Vordergrund indessen stehen die Bestrebungen für das aktive Wahlrecht.

Für die Munizipalwahlen (Verwaltungswahlen) ist den selbständigen steuerzahlenden Frauen dasselbe bereits 1869 erteilt worden, nicht aber den Ehefrauen, die man durch ihre Männer genügend vertreten erachtet. Das Verlangen nach Erteilung des Stimmrechts für die Parliamentswahlen blieb bisher ohne Erfolg, doch haben die hierauf gerichteten, jährlich sich wiederholenden Anträge seit längerem bedeutende Minoritäten bei den Abstimmungen erzielt.

In Deutschland hat es an einer politischen Frauenbewegung bisher gänzlich gefehlt, man verfolgt hier nur unmittelbar praktische Ziele. Seit den 60er Jahren ist in Versammlungen und Vereinen eine rege Tätigkeit, vor allem von den Frauen selbst, entfaltet worden, und wie in England gibt auch hier eine Reihe neugeschaffener Institute für Bildung und Erwerb sowie die angebahnte Reform der Mädchenerziehung in den Schulen Zeugnis von der Wirksamkeit der Bemühungen.

Besonders zeichnete sich Schweden durch das aus, was der Staat auf dem Gebiet der Frauenemanzipation geleistet hat, während die anderen Regierungen bisher eine völlige Zurückhaltung bewiesen haben. Die romanischen, noch mehr die slawischen Völker stehen den germanischen erheblich nach. Selbst Frankreich, wo doch die ganze Bewegung ihren Ausgangspunkt fand, hat für die Lösung der Frage wenig geleistet.

In mancher Beziehung anders als in Europa liegen die Verhältnisse in Nordamerika, wo seit der Mitte dieses Jahrhunderts die Frage ebenfalls im Fluß ist. Hier war die Lage der Frau von jeher eine begünstigte.

Der Umstand, daß die weibliche Bevölkerung früher allgemein in der Minderzahl gegenüber der männlichen war, führte zu einer hochentwickelten Frauenverehrung. In Verbindung mit den dort herrschenden rationalistisch-demokratischen Anschauungen und Lebensformen und im Zusammenhang mit dem allgemein verbreiteten Wohlstand des Landes sicherte dieselbe den ledigen wie den verehelichten Frauen von vornherein eine freiere und selbständigere Stellung als bei den Völkern alter Kultur, befreite sie von der Last der niedrigen Tagesarbeit oder erleichterte ihnen im anderen Fall den selbständigen Erwerb.

Bilden doch dort unter den öffentlichen Lehrern die Frauen als Lehrerinnen mit mehr als zwei Drittel die Mehrheit. Auch zu anderen öffentlichen Ämtern sind sie berechtigt. In den Bundesverwaltungs-Departements zu Washington sind mindestens 1.300 Frauen als Beamte mit Gehältern von 900-1.800 Dollar angestellt. Infolgedessen hat sich die Frauenbewegung hier

mehr als irgendwo darauf gerichtet, den Frauen im öffentlichen Leben vermehrte Rechte zu erwerben.

In einigen Staaten der Union wurde ihnen das Stimmrecht eingeräumt, während von seiten der Bundesregierung ihnen dasselbe noch versagt blieb. Ein Hauptargument, mit dem die amerikanischen Frauen ihren Anspruch auf Wahlrecht begründen, und das auch von der im Jahre 1870 in Washington erschienenen weiblichen Deputation verwertet wurde, bildet das Stimmrecht der Neger. Sie empfinden es als eine Zurücksetzung, daß man ihnen versagt, was man einer tiefer stehenden Rasse eingeräumt hat.

Hervorgegangen aus dem Geiste der modernen Zeit, welche jedem Einzelnen das gleiche Recht zusprach und ihn mit dem Verlangen erfüllte, seine Individualität frei und ungehindert zu entfalten, schöpft die Frauenbewegung ihre nachhaltige Kraft aus ihrem zugleich wirtschaftlichen Charakter.

Im Lauf der Zeit hatte die Stellung der Frauen in der Volkswirtschaft wesentliche Änderungen erfahren. Während des ganzen Mittelalters und noch in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit lag beim Vorherrschen der Naturalwirtschaft der Schwerpunkt der Produktion im Familienhaushalt. Nicht nur die Rohprodukte des Ackerbaues wurden von der Familie selbst gewonnen, sondern auch die später von ihr losgelösten gewerblichen Tätigkeiten, z.B. das Bauen, Schlachten, Spinnen, Weben etc., in der Hauptsache dort verrichtet.

Dabei bildete das städtische Leben keinen so vollständigen Gegensatz zum ländlichen wie heute. Denn auch die Wirtschaften selbst größerer Städte beruhten meist auf dem Betrieb des Landbaues. Hierdurch war nicht nur reiche Gelegenheit, sondern auch die dringende Notwendigkeit gegeben, weibliche Arbeitskräfte in umfassenderem Maß innerhalb der Hauswirtschaft zu verwenden. Den ledig Gebliebenen, namentlich der besseren Stände, bot sich außerdem vielfach Unterkunft in den zahlreichen Klöstern, auch war durch Legate, Stiftungen und dergleichen in reichem Maß für sie gesorgt.

Mit der zunehmenden Entwicklung der Arbeitsteilung und der Entstehung der modernen, auf der Anwendung von Maschinen und Dampfkraft beruhenden Industrie wurde die ursprüngliche Wirtschaftsverfassung nach und nach gelockert und die Produktion, indem sie für den Absatz arbeitete, mehr und mehr aus den Fesseln der Hauswirtschaft gelöst. In dem Maß aber, wie sie sich der ursprünglich hauswirtschaftlichen Arbeitszweige bemächtigte, ging den Frauen die einst in der Familie gebotene Arbeitsgelegenheit verloren. Teilweise fand sich Ersatz für das Verlorene.

Waren die Frauen unter der Herrschaft der Zünfte von der gewerblichen Arbeit ausgeschlossen gewesen, so erzeugte die moderne Großindustrie die Möglichkeit einer umfangreichen Verwendung ungelernter und schwächerer und damit billigerer Kräfte. Letztere boten sich außer in den Kindern in den Frauen, deren Erwerbsarbeit, weil ursprünglich nur als Nebenbeschäftigung verrichtet, bei verhältnismäßig starkem Angebot daher niedriger gewertet wurde und ihren niedrigen Preis traditionell auch ferner behielt.

Die weiblichen Arbeiter aber, welche nunmehr in die Fabriken eilten oder sich daheim ... (von den) Unternehmern beschäftigen ließen, gehörten ausschließlich den unteren Schichten des Volkes an. Ihnen gegenüber erwuchs dem Staate die Aufgabe, eine verderbliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, welche oft genug Gesundheit und Sittlichkeit aufs schlimmste gefährdete, zu verhindern, indem er die von ihnen zu leistende Arbeit nach Maß und Art begrenzte. Diese Aufgabe suchten die industriellen Staaten in der Fabrikgesetzgebung zu lösen, doch ist ihnen dies bisher nur in sehr unvollkommener Weise gelungen. ...

Anders als bei der eigentlichen Arbeiterbevölkerung gestalteten sich die Verhältnisse in derjenigen Gesellschaftsschicht, welche mit dem Beamtentum und den stehenden Heeren erstand. Einerseits bewirkte hier die wachsende Schwierigkeit, die zur Gründung und Erhaltung einer Familie erforderlichen Mittel zu gewinnen, eine abnehmende Heiratsfrequenz, deren nachtei-

lige Wirkungen die Töchter vermögensloser Familien um so mehr empfanden, als sie kraft der herrschenden Standesanschauungen sich für die Ehe auf gewisse engere Kreise beschränkt sahen. In den protestantischen Staaten verschlimmerte sich die Lage des weiblichen Geschlechts weiter durch die Aufhebung der Klöster.

Andererseits verboten hier die herrschenden Vorurteile den ledigen Frauen, sich durch Anteilnahme am öffentlichen Erwerbsleben selbständigen Unterhalt zu schaffen. In diesen Kreisen sah man den einzigen und natürlichen Beruf der Frau darin, Mutter und Gattin zu sein, so daß die ehelose Existenz als beklagenswert, weil ohne Lebenszweck, erscheinen mußte.

Hierdurch wurde nicht nur die sittliche Auffassung der Ehe beeinträchtigt, indem sie oft nur als Versorgungsmittel betrachtet wurde, sondern es litt auch darunter die weibliche Erziehung, die neben der männlichen stark vernachlässigt blieb. So erwuchs in den ledigen Frauen dieser Stände eine ansehnliche Bevölkerungsmasse, die durch Anschauungen und Erziehung darauf angewiesen war, von der Arbeit anderer mitzuleben, und daher überwiegend dem Elend einer unselbständigen, dem Zufall preisgegebenen Existenz verfallen war.

Die Frauenemanzipation betrifft danach vorzugsweise die Unverheirateten. In der Hauptsache wird die soziale Stellung des weiblichen Geschlechts stets bestimmt bleiben durch die Ehe und Familie und durch die Aufgaben, welche der Frau in Rücksicht auf diese erwachsen.

Im übrigen trägt die Frauenemanzipation bei den unteren Ständen einen anderen Charakter als bei den mittleren. Sie berührt mehr die städtische Bevölkerung als die ländliche, wo die naturalwirtschaftlichen Verhältnisse zum Teil fortbestehen.

In erster Linie ist sie gerichtet auf die Hebung der Erwerbstätigkeit und Erwerbsfähigkeit, welche hauptsächlich durch eine gründliche Reform der weiblichen Bildung und Erziehung zu bewirken ist. Die Unvollkommenheit der letzteren hatte zur Folge, daß die Frauen bisher wegen mangelhafter Beschaffenheit der Leistungen oder aus übergroßer Konkurrenz auf den wenigen Gebieten, auf welche sie angewiesen waren, nur ein unzulängliches Entgelt für ihre Arbeit erhielten.

An eine verbesserte allgemeine Schulbildung, welche die Frauen auch mehr für ihren Beruf in der Familie vorzubereiten hätte, muß sich eine fachliche Fortbildung anschließen, um ihnen den Erwerb, wenn sie dessen bedürfen, überhaupt aber die Erfüllung eines eigentlichen Berufes zu erleichtern.

Denn auch dann, wenn es nicht der Gewinnung des Lebensunterhalts gilt, haben die Frauen, gleich den Männern, Pflichten gegen die Gesellschaft, und soweit es nicht im Dienste der Familie geschehen kann, sollen sie diese Pflichten in einer anderen für ihr Geschlecht geeigneten Weise erfüllen. Erst damit, daß man Anlagen und Fähigkeiten der Frauen in ähnlicher Weise entwickelt wie beim männlichen Geschlecht, zugleich aber das Entgelt für ihre Leistungen ohne Rücksicht auf das Geschlecht bemißt, werden Arbeits- und Erwerbsfreiheit auch für die Frauen ihre volle Bedeutung erlangen.

Hand in Hand mit der Bildungs- und Erziehungsreform muß eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gehen. ... (Deshalb) gilt es, die bestehenden Vorurteile und Gewohnheiten zu besiegen, welche zur Zeit auf vielen Gebieten der menschlichen Tätigkeit die umfassendere Verwendung weiblicher Arbeitskräfte hindern.

Manches ist bereits darin erreicht worden, wie das Beispiel der Verwendung von Frauen für den Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst in vielen Staaten beweist. Eine völlige Gleichstellung der Geschlechter auf allen Arbeitsgebieten kann allerdings nicht das Ziel sein. Denn trotz der gegenteiligen Behauptung Mills u.a. begründet das Geschlecht eine natürliche Verschiedenheit der körperlichen, geistigen und Gemütsanlagen, die Berücksichtigung verdient. Wie die schwere körperliche Arbeit und der Waffendienst, so wird auch die leitende geistige Tätigkeit den Männern stets vorbehalten bleiben.

Die genauere Grenzbestimmung aber wird erst durch eine reichere Erfahrung gewonnen und

überhaupt nicht mit absoluter Gültigkeit festgestellt werden können. Gegenwärtig erscheinen die Frauen oft selbst noch in solchen Beschäftigungen von den Männern verdrängt, für welche, wie auf dem Gebiet des Elementarunterrichts, der Mädchenerziehung, der Krankenpflege u.a., ihre natürliche Befähigung nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden kann.

Indem man die Erziehung verbessert und das Gebiet der weiblichen Wirksamkeit erweitert, wird zugleich die sittliche Würde der Frauen erhöht werden und wird man auf diesem Weg wirksamer als mit bloßen Polizeimaßregeln dem weiteren Umsichgreifen der Prostitution steuern. Denn in der materiellen Not der ledigen weiblichen Bevölkerung ruht eine der wichtigsten Ursachen für die bedenkliche Ausbreitung des Übels.

Die Frauenbeschäftigungsfrage brachte für Deutschland im Jahre 1865 zunächst Präsident Lette in Berlin in Fluß, indem er unter dem Protektorat der Kronprinzessin Viktoria einen Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts gründete. Dieser Verein, später Lette-Verein genannt, hat sich zur Aufgabe gesetzt:

- 1) Beseitigung der Vorurteile und Hindernisse, die der höheren Bildung und der Erwerbstätigkeit der Frauen im Weg stehen;
- 2) Förderung der gewerblichen Ausbildung der Frauen;
- 3) Arbeitsvermittlung (mit Ausschluß der niederen Dienstverrichtungen);
- 4) Einrichtung von Verkaufsstellen für Frauenarbeiten;
- 5) Schutz selbständig beschäftigter Frauen gegen sittliche und wirtschaftliche Schäden.

Eine Frucht des Lette-Vereins ist die Handels-, Gewerbe- und Zeichenschule für Frauen und Töchter in Berlin.

Sodann rief Frau Luise Otto-Peters in Leipzig den Allgemeinen deutschen Frauenverein ins Leben. 1866 wurde in Berlin der Viktoria-Bazar als ein Verkaufsort für Frauenarbeiten gegründet. Die erste Gewerbeschule für das weibliche Geschlecht schuf Direktor Nöggerath in Brieg; eine ähnliche wurde in Hamburg ... für das weibliche Geschlecht eingerichtet; ... während in Leipzig seit 1863 die Lehranstalt für erwachsene Töchter zur Ausbildung für den kaufmännischen Geschäfts- und Gewerbebetrieb besteht. Auch in München, Nürnberg, Stuttgart, Darmstadt gibt es solche Institute.

Einen besonderen Teil der weiblichen Erziehungsfrage bildet die Frage, ob Frauen zum Studium der Wissenschaften zuzulassen seien. Die übrigens schwer zu begründende Behauptung der Gegner des Frauenstudiums, daß dem weiblichen Geschlecht die Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Forschung abgehe, kann nicht als entscheidend gelten. Der weit überwiegenden Mehrzahl der Studierenden dient der wissenschaftliche Universitätsunterricht nur als Vorbereitung für die höheren praktischen Berufsfächer, und daß auch Frauen den Anforderungen des sogenannten Brotstudiums entsprechen können, hat die Erfahrung genügend gezeigt.

In der Tat haben nicht wenige Frauen in der Pflege der Wissenschaften bereits Hervorragendes geleistet. Das griechische Altertum kannte einzelne Ärztinnen und brachte noch zum Schluß in Alexandria die berühmte, 415 v. Chr. vom Pöbel ermordete Philosophin Hypatia hervor. Berühmt als Dichterin in lateinischer Sprache ist die sächsische Nonne Hroswitha (gestorben 967) in Gandersheim. Italien hatte seine gelehrten Frauen im Mittelalter und ... in der Zeit des Humanismus.

Auch in Deutschland weist namentlich das Jahrhundert von 1750 bis 1850 eine stattliche Reihe weiblicher Doktoren in der medizinischen und philosophischen Fakultät und andere gelehrte Frauen auf, unter denen Christiane Erxleben, geborene Leporin (1754), welche auch eine "Gründliche Untersuchung der Ursachen, welche das weibliche Geschlecht vom Studio der Medizin abhalten" geschrieben hat, Christiane Dilthey, spätere Frau Büsching (1755), Dorothea Schlözer, spätere Frau Rodde (1787), Karoline Herschel sowie Mutter und Tochter von Siebold (1815 und 1817) besonders bekannt sind.

Wie weit Frauen zum Universitätsstudium zuzulassen seien, ist deshalb vielmehr davon abhängig zu machen, wie weit die Ausübung der höheren Berufsarten als vereinbar mit dem Naturell und der Leistungsfähigkeit der Frauen sowie mit den tiefer begründeten sittlichen Anschauungen eines Volkes gelten können.

Als solche Berufszweige, welche in Zukunft mehr den Frauen zuzuweisen sind, können die Ausübung der ärztlichen Praxis für Frauen- und Kinderkrankheiten und das höhere Lehramt wenigstens in den Mädchenschulen genannt werden.

Die Frage, ob besondere Frauenuniversitäten zu gründen seien oder den Frauen Zutritt zu den bestehenden Hochschulen gewährt werden solle, ist von sekundärer Bedeutung. Erhebliche Bedenken gegen ein gemeinsames Studium beider Geschlechter entstehen auf dem Gebiet des medizinischen Unterrichts. Sollte man sich endgültig für die Zulassung der Frauen zum Studium entscheiden, so wird jedenfalls von ihnen das gleiche Maß von Vorkenntnissen wie von den Männern gefordert werden müssen.

Die erste Hochschule, welche die Frauen zum Studium zuließ, war Zürich. Sie blieb lange Zeit die einzige. Später erst öffneten ihnen die übrigen schweizerischen Universitäten sowie das eidgenössische Polytechnikum ebenfalls ihre Tore. Dasselbe taten Paris, wo 1886 neun Frauen die Heilkunde ausübten, und einzelne deutsche Hochschulen. In England sind an einigen Universitäten, zuerst in Edinburg und Cambridge, Mädchen wenigstens zu den wissenschaftlichen Prüfungen zugelassen worden, welche für solche veranstaltet werden, die keine Universität besucht haben. Edinburg gewährt ihnen außerdem in beschränktem Maß Zutritt zu den Vorlesungen.

1881 zählte man in England 3.304.000 Frauen, welche einem Beruf oder Gewerbe oblagen, um damit ihren Unterhalt zu verdienen. Davon waren 3.216 als höhere und niedere weibliche Beamte im Staatsdienst, 3.017 im Gemeindedienst beschäftigt. 2.646 Frauen befaßten sich mit gelehrten Studien, 11.376 hatten sich der Musik gewidmet, 94.221 wirkten als Vorsteherinnen von Schulen, 28.605 als Lehrerinnen etc.

In Amerika werden in einem großen Teil der dortigen Hochschulen die Frauen zugelassen ... Nicht bloß weibliche Ärzte, auch weibliche Prediger und Advokaten gibt es dort in beträchtlicher Anzahl. In Rußland sind zwar Gymnasien für Mädchen geschaffen worden, aber keine Frauenuniversitäten. Es sind indessen an den dortigen Hochschulen öffentliche Vorlesungen für Frauen mit zweijährigem Kurs eingerichtet worden.

Deutschland besitzt eine Frauenhochschule indem Viktoria-Lyzeum zu Berlin. Es werden dort regelmäßige freiwillige Vorträge von Männern der Wissenschaft für erwachsene Töchter der höheren Stände gehalten. Das Institut dient jedoch dem Bedürfnis nach höherer Bildung, ohne die Eigenschaften einer eigentlichen Universität zu besitzen. Dem Viktoria-Lyzeum wurde 1870 ein Damenlyzeum in Breslau and das Alice-Lyzeum in Darmstadt nachgebildet.

Die Gleichstellung des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen auf dem Gebiet des Privatrechts (Einräumung gleicher Befugnisse in Bezug auf Vermögensverwaltung, Testamentserrichtung, Vormundschaftsführung, Bürgschaftsleistung etc.) entspricht einer Forderung der Gerechtigkeit, deren Erfüllung auf höherer Kulturstufe nicht abzuweisen ist.

Von den meisten modernen Kulturvölkern ist sie im Prinzip anerkannt und der Hauptsache nach vollzogen. Immerhin sind noch manche beschränkende Bestimmungen, besonders im Familienrecht, in Geltung, welche der Anschauung entspringen, daß dem Mann als dem Haupte der Familie auch die Verwaltung und Nutznießung des seiner Frau gehörigen Vermögens gebühre.

Daß die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ebenso allgemeine Anerkennung in Zukunft finden werde wie die privatrechtliche unterliegt starkem Zweifel. Auch gehen die Forderungen der Frauen selbst in der Regel über die Gewährung des bloßen Stimmrechts nicht hinaus. Das auf politische Gleichberechtigung gerichtete Verlangen entspringt

weniger einem praktischen Bedürfnis als einer theoretischen Anschauung von zweifelhaftem Wert. Die geistige Individualität der Frau sowie das bei ihr vorherrschende Gemütsleben lassen sie für eine tätige Teilnahme am öffentlichen Leben wenig geeignet erscheinen.

Verwirft auch die moderne Kultur sowohl die grausame Knechtung der Frau, wie sie bei rohen Völkern und im Orient vorkommt, als auch die römische Tutel (Vormundschaft) und das mittelalterliche Mundium (Schutzverpflichtung), so will sie doch durch Anerkennung der idealisierten Geschlechtsverschiedenheit gerade dem Interesse echter Weiblichkeit dienen und der Frau zu einer würdigen Stellung und zu einem segensreichen Wirkungskreis verhelfen. Dem Mann der Staat, der Frau die Familie! ...<<

## **1866**

**Preußen, Österreich:** Gregor von Siemens schreibt Anfang 1866 an seinen Vater (x233/95): >>Seit wir ... durch Abschließung des französischen Handelsvertrages unsere ganze Handelspolitik verändert haben, ... bilden (wir) nur ein Land mit Frankreich, England und Belgien.

Wollen wir diesen Konkurrenten gegenüber, die uns an Kapital und Macht ... voranstehen, unsere Stellung wahren und uns nicht in den Rang von Kolonien zurückdrängen lassen, dann müssen wir Schleswig-Holstein haben, dann muß der Zollverein und Preußen identisch werden. ...<<

### **Der preußisch-österreichische Bürgerkrieg**

Als die letzten preußisch-österreichischen Verhandlungen im April 1866 scheiterten, nutzte Bismarck den "geplanten Streit" um Schleswig und Holstein kaltblütig aus. Preußen trat nach den gescheiterten Verhandlungen sofort aus dem Deutschen Bund aus und ließ preußische Truppen in Holstein einmarschieren, das damals von den Österreichern verwaltet wurde.

Der preußische Generalstabschef von Moltke schreibt später über den preußisch-österreichischen Krieg (x237/175): >>Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht um Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut - für Machtstellung. ...<<

Der deutsche Jurist Rudolf von Jhering (1818-1892) schreibt am 1. Mai 1866 (x233/96): >>Mit einer solchen Schamlosigkeit, einer solchen grauenhaften Frivolität ist vielleicht nie ein Krieg angezettelt worden wie der, den Bismarck gegenwärtig gegen Österreich zu erheben sucht. Das innerste Gefühl empört sich über einen solchen Frevel an allen Grundsätzen des Rechts und der Moral. ...

Man fragt sich staunend: ist es denn wahr, daß Lügen, welche die ganze Welt als solche erkennt, von oben herab als Tatsache verkündet werden können?

Österreich soll gegen Preußen rüsten! Jedes Kind weiß hier das Gegenteil. Preußen ist aber der angegriffene Teil, dies Preußen, welches den Todfeind Österreichs, Italien, zum Kampf auf Leben und Tod gegen dasselbe aufhetzt.

Ach! was müssen wir erleben, welche grauenhafte Zukunft steht uns bevor. ... Deutsche gegen Deutsche bewaffnet, ein Bürgerkrieg, ein Komplott ... ohne allen Schein des Rechts, ohne Anteil des Volkes, rein von einigen Diplomaten ins Leben gerufen! ...<<

Ogleich Bismarck kein überzeugter Militarist war, stellte der Krieg auch für Bismarck ein politisches Machtinstrument dar ("Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"). Grundsätzlich hielt Bismarck eigentlich nichts von kriegerischen Triumphen. Bismarck kämpfte lieber mit diplomatischen Mitteln, die er fast immer geschickter als seine Gegenspieler einsetzte. Vor dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg sicherte sich der vorsichtige und erfahrene Bismarck frühzeitig gegenüber den europäischen Großmächten ab.

Aufgrund seiner ausgezeichneten persönlichen Beziehungen und geschickten Diplomatie ("unverbindliche Versprechungen") konnte er 1866 Rußland, Frankreich und Italien für seine

Pläne gewinnen.

Frankreich spielte mit Preußen und Österreich wie gewöhnlich ein elegantes Doppelspiel. Der französische Kaiser Napoleon III. verpflichtete sich gegenüber Preußen zur Neutralität und schloß gleichzeitig mit dem vermeintlich stärkeren Österreich am 12. Juni 1866 ein Geheimabkommen ab (x063/395). Die preußische Provinz Schlesien sollte danach an Österreich fallen, während Frankreich alle preußischen Rheinprovinzen forderte.

Die meisten deutschen Fürsten (außer Mecklenburg, Oldenburg und Thüringen) fürchteten naturgemäß um ihre Selbständigkeit und verbündeten sich deshalb sofort mit Österreich (1818 = rd. 9,5 Millionen Einwohner) gegen das angeblich viel schwächere Preußen - 1818 = rd. 8,0 Millionen Einwohner - (x070/123).

Um 1860 verfügten die europäischen Großmächte über äußerst unterschiedliche "stehende Heere": Rußland = 990.000 Soldaten, Frankreich = 420.000, Österreich = 310.000. Preußen besaß mit 150.000 Soldaten nur ein relativ schwaches Heer (x215/292). Bismarck ließ sich jedoch durch die zahlenmäßige Überlegenheit seiner Feinde und die ursprüngliche Ablehnung des preußischen Königs, der einen "Bruderkrieg" gegen Österreich vermeiden wollte, nicht beirren.

Im Verlauf des deutschen Bürgerkrieges schlugen die preußischen Truppen schließlich unerwartet schnell und überraschend zu. Bereits nach einigen Tagen wurden die deutschen Staaten Hannover, Hessen und Sachsen überrannt und besetzt. Gleichzeitig griffen 2 preußische Armeen die Österreicher in Böhmen an.

Als auch die 3. preußische Armee, die man mit der Eisenbahn in das Kampfgebiet nach Böhmen transportierte (erstmalig wurde ein großer Truppentransport per Bahn durchgeführt), urplötzlich in die Kämpfe eingriff, fiel die Entscheidung zu Gunsten der Preußen. Am 3. Juli 1866 besiegte der überragende preußische Militärstrateg Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke mit seinen Truppen die Österreicher in Böhmen bei Königgrätz an der Elbe entscheidend.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Schlacht bei "Königgrätz" (x809/1.017-1.019): >>... Nach Königgrätz (Stadt im östlichen Böhmen, an der Mündung der Adler in die Elbe) wird in der preußischen Kriegsgeschichte die entscheidende Schlacht des Preußisch-deutschen Krieges vom 3. Juli 1866 benannt, welche vielfach auch als die von Sadowa bezeichnet wird, mit Unrecht, da bei diesem Dorf weder das Hauptquartier des Siegers war, noch die Entscheidung fiel. ...

Von Anfang an war es die Absicht des österreichischen Hauptquartiers gewesen, die Armee an der oberen Elbe auf dem Plateau von Dubnetz zur Entscheidungsschlacht zu konzentrieren, und als die Preußen, ehe diese Bewegung vollendet war, über die Grenzpässe in Böhmen eindrangen, waren ihnen zur Deckung der Konzentrierung nur einzelne Armeekorps entgegengeworfen worden, welche in den glänzenden Gefechten der letzten Junitage besiegt, teilweise aufgerieben wurden.

Benedek mußte daher die Armee, welche bereits geschwächt, erschüttert und zur Initiative unfähig war, am 1. Juli weiter rückwärts in eine Stellung bei Königgrätz führen, welche für die Verteidigung gut gewählt war. Zwischen dem rechten Ufer der Elbe und der Bistritz zu beiden Seiten der Straße von Horsitz nach Königgrätz erhebt sich das Terrain stufenförmig in zahlreichen Hügeln, welche durch flache, mit Gehölz und Dörfern besetzte Mulden getrennt werden und bei Chlum, von wo die ganze Gegend übersehen werden kann, ihre höchste Höhe erreichen.

Die Artillerie hatte vortreffliche Positionen, die Infanterie gute Deckungen, welche noch durch Verhaue gesichert waren. Doch war die Aufstellung der Österreicher von Sadowa auf beiden Flügeln bis zur Elbe bei Trotina und Kuklena so weit zurückgebogen, daß sie eine feindliche Umfassung der Flanken erleichterte; auch war es ein Nachteil, daß die Elbe im

Rücken war.

Im Zentrum bei Lipa standen das 3. und 10., in der Reserve das 1. und 6. Korps; die zurückgebogenen Flügel bildeten rechts das 4. und 2., links die Sachsen und das 8. Korps; im ganzen 220.000 Mann mit 500 Geschützen. So erwartete Benedek vom 1. Juli ab den feindlichen Angriff, obwohl er so sehr alles Vertrauen zu sich und der Armee verloren hatte, daß er am 2. den Kaiser telegraphisch bat, noch vor der unvermeidlichen Katastrophe um jeden Preis Frieden zu schließen.

Auf preußischer Seite standen die erste Armee (2., 3., 4. Korps) in Horsitz, die Elbarmee (7. und 8. Korps) bei Smidar, die zweite (Garde, 1., 5. und 6. Korps) bei Königinhof, im ganzen 240.000 Mann. Man erwartete, den Feind, wenn überhaupt, erst jenseits der Elbe zu einer Entscheidungsschlacht bereit zu finden. König Wilhelm, welcher am 2. Juli in Gitschin eingetroffen war und den Oberbefehl übernommen hatte, befahl deshalb nach einer Unterredung mit dem Prinzen Friedrich Karl, daß den stark angestregten Truppen ein paar Ruhetage gegönnt würden, und beschloß, sich selbst für den 3. Juli nach Königinhof zum Kronprinzen zu begeben.

Als aber im Lauf und am Abend des 2. von den Vorposten der ersten Armee Meldungen einliefen, daß an und jenseits der Bistritz starke feindliche Truppenmassen aufgestellt seien, befahl der König nach einem Kriegsrat den Angriff auf dieselben: die erste und die Elbarmee sollten mit Tagesanbruch angreifen, die sofort benachrichtigte zweite Armee von Königinhof aufbrechen und sobald wie möglich von Norden her dem Feind in die rechte Flanke fallen.

Prinz Friedrich Karl, im Glauben, nur drei österreichische Korps und die Sachsen vor sich zu haben, beschloß, bei Sadowa die Bistritz zu forcieren, die Höhe von Lipa zu erstürmen und das feindliche Zentrum zu durchbrechen, während die Elbarmee von Nechanitz aus einen Stoß auf den feindlichen linken Flügel ausführen sollte. Obwohl das Eingreifen des Kronprinzen der Sicherheit halber befohlen war, schien es doch nicht notwendig.

Am 3. Juli gegen 8 Uhr früh begann der Angriff, den der König selbst von der Höhe von Dub leitete, und verlief anfangs ganz der Erwartung gemäß. Die erste Armee, in drei Kolonnen vorgehend (das 3. Korps blieb in Reserve), forcierte die Bistritz; der rechte Flügel (3. Division) besetzte Dohalitzka und Mokrowous, das Zentrum (4. und 8. Division) Sadowa und das Sadowagehölz; der linke Flügel (7. Division) drang über Benatek in den Swiebwald vor, die Elbarmee eroberte Nechanitz. Schon um 10 Uhr waren diese Erfolge errungen. Aber alle weiteren Angriffe auf die Höhen von Lipa und Probus scheiterten.

Die österreichischen Stellungen waren zur Verteidigung vortrefflich eingerichtet, die Stärke des Feindes viel beträchtlicher, als man geglaubt (hatte); vor allem war seine Artillerie überlegen.

Gegen die 200 gezogenen Geschütze der Österreicher, welche nach und nach um Lipa auffuhren und die vorher abgemessenen Ziele mit einem wütenden Schnellfeuer beschossen, konnte die preußische Artillerie, welche diesseits der Bistritz in ungedeckter Stellung auffuhr, zum Teil noch aus glatten Geschützen bestand und bei dem trüben, regnerischen Wetter die Position und Distanz der feindlichen Batterien nur schwer unterscheiden konnte, nicht aufkommen und sie auch nicht hindern, die preußische Infanterie mit einem Hagel von Granaten zu überschütten. Namentlich die 7. Division unter General von Fransecky im Swiebwald geriet in eine gefährliche Lage. ...

Die Bedrängnis der ersten Armee, deren letzte Reserve, das 3. Korps, der Befehlshaber vorzuschicken zögerte, wurde von den Österreichern bemerkt, welche vor allem den in der Luft schwebenden linken feindlichen Flügel, die 7. Division im Swiebwald, zu vernichten beschlossen, um dem Zentrum in die Flanke zu kommen. In ihrem Siegesseifer verwendeten sie dazu fast ihren ganzen rechten Flügel, das 4. und 2. Korps.

Die 7. Division geriet durch die unaufhörlich wiederholten Angriffe und das furchtbare Artillerie-

leriefuehrer in die größte Gefahr und erlitt bedeutende Verluste; indes sie behauptete sich im Wald, und im Moment der höchsten Not, als sie mit den letzten, fast erschöpften Kräften einem neuen allgemeinen Angriff entgegenzutreten sich anschickte, kam die ersehnte Hilfe durch das Eingreifen der Armee des Kronprinzen, welche rechtzeitig den Befehl des Königs erhielt, sogleich den Marsch angetreten und mit ihren Spitzen, das Gardekorps in der Mitte, das 6. links, das 1. rechts, das 5. in der Reserve, bereits um 11 Uhr die nördliche Grenze des Schlachtfeldes erreicht hatte.

Schon um 1 Uhr waren die vordersten Stellungen des Feindes genommen, und während das 6. Korps die Elbe abwärts bis Nedelist und Lochenitz vordrang, nahm die 1. Gardedivision gegen 3 Uhr im ersten Anlauf das durch den Angriff der Österreicher auf den Swiebwald fast ganz entblößte Chlum, den Schlüsselpunkt der Stellung, sowie das noch weiter rückwärts gelegene Rosberitz, die 2. Gardedivision Lipa und Langenhof.

Während das 2. österreichische Korps an die Elbe zurückwich, das 4. bereits fast aufgerieben war, machten die Reservekorps, das 6. und 1., Versuche, die verlorenen Positionen wiederzuerobern. Aus Rosberitz wurden auch die Preußen herausgeworfen, Chlum indes behauptete die Garde und eroberte auch Rosberitz wieder mit Hilfe des 6. und 1. Korps.

Zu gleicher Zeit befahl der König ein Vorgehen auf der ganzen Linie, vor dem die Infanterie der Österreicher, durch das Zündnadelgewehrfeuer furchtbar dezimiert, teilweise in völliger Auflösung an und über die Elbe zurückwich. Nur die Artillerie behauptete überall mit aufopfernder Tapferkeit ihre Stellungen bis zum letzten Augenblick und gab ihre Geschütze preis, um den Rückzug zu decken. Auch die Reiterei lieferte der preußischen bei Langenhof glänzende Gefechte, welche freilich das Schicksal des Tages nur kurze Zeit aufhalten konnten.

Der Rückzug der österreichischen Armee artete schließlich in völlige Panik aus, und wenn die gesamte preußische Reiterei zur Verfolgung bereit gewesen wäre, würde eine Sammlung der Trümmer ganz unmöglich gemacht worden sein. Indes von Verfolgung außer durch die folgende Artillerie war keine Rede; die Elbarmee, welche sie ausführen sollte, war dazu zu schwach. Der Rückzug der Österreicher auf Pardubitz blieb also unbehelligt. Die preußischen Truppen bezogen auf dem Schlachtfeld Biwak.

Die Verluste der siegreichen Armee beliefen sich auf 359 Offiziere, 8.794 Mann an Toten und Verwundeten; die Österreicher verloren 5 Fahnen, 160 Geschütze, 22.000 Gefangene, 20.900 Mann an Toten und Verwundeten (allein über 500 tote Offiziere). Der Eindruck der Schlacht bei Freund und Feind in ganz Europa war ein ungeheurer ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den preußisch-deutschen Krieg im Jahre 1866 (x813/380-382): >>>Preußisch-deutscher Krieg, der 1866 in Deutschland zwischen Österreich und seinen Verbündeten einerseits, Preußen andererseits geführte Krieg um die Hegemonie in Deutschland.

Die Ursache des Krieges war die Nebenbuhlerschaft Österreichs und Preußens in Deutschland seit dem Emporkommen des letzteren unter Friedrich II. dem Großen, welche bisher jeden Versuch einer Einigung Deutschlands vereitelt und schon 1848 einen großen Teil der deutschen Nation zur Überzeugung geführt hatte, daß dieser verderbliche Dualismus der deutschen Großmächte nur durch Ausstoßung der einen, nämlich Österreichs, aus Deutschland beseitigt werden könne.

Den nächsten Anlaß zum Krieg bot die schleswig-holsteinische Frage, über welche Österreich und Preußen in einen Konflikt geraten waren, der durch die Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 nicht gelöst, sondern nur vertagt war.

Der Notenwechsel beider Mächte über die Verhältnisse der Herzogtümer wurde immer gereizter, die preußenfeindlichen Anträge der Mittelstaaten beim Bund immer entschiedener, und am 16. März 1866 gab Österreich in einer Note an die befreundeten deutschen Höfe offen die Absicht kund, die schleswig-holsteinische Sache dem Bund anheimzugeben und die deutschen

Streitkräfte gegen Preußen aufzubieten.

Dieses schloß hierauf am 8. April 1866 die Allianz mit Italien, welche Italien zum Kriege gegen Österreich verpflichtete, wenn derselbe innerhalb dreier Monate ausbrach, dagegen ihm den Besitz Venetiens sicherte, und stellte am 9. April beim Bund den Antrag, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen deutschen Nation hervorgehende Versammlung zur Beratung einer Bundesreform zu berufen.

Da in Preußen der Verfassungskonflikt aufs heftigste entbrannt war und daselbst, besonders in den westlichen Provinzen, Demonstrationen für den Frieden und gegen den deutschen Bruderkrieg stattfanden, so waren Österreich und die mit ihm verbündeten Mittelstaaten des Sieges gewiß und verteilten bereits insgeheim die Beute:

Österreich verlangte für sich Schlesien mit Breslau, Sachsen die Lausitz und einen Teil von Niederschlesien, Hannover ein Stück von Westfalen, Württemberg Hohenzollern, Bayern einen Teil der Rheinprovinz.

Die beiderseitigen Rüstungen hatten schon im März begonnen, im April wurde über eine Abrüstung verhandelt, welche jedoch an der Weigerung Österreichs, sie auch in Italien vorzunehmen, scheiterte.

Am 4. und 8. Mai wurde die Mobilmachung der preußischen Armee befohlen und die Landwehr aufgeboten, in den Mittelstaaten verlangten die Regierungen von den Landtagen Militärkredite und erhielten sie meist bewilligt; am 1. Juni übertrug Österreich die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Bund, indem es gleichzeitig die von den neutralen Großmächten vorgeschlagenen Friedenskonferenzen dadurch unmöglich machte, daß es gegen jede Gebietsveränderung und jeden Machtzuwachs einer der eingeladenen Mächte von vornherein protestierte.

Am 5. Juni rief der österreichische Statthalter von Gabeln die holsteinischen Stände auf, am 11. Juni nach Itzehoe zusammen, am 7. Juni rückte Manteuffel von Schleswig in Holstein ein, weil der Gasteiner Vertrag dadurch gebrochen und ungültig sei, worauf die Österreicher Holstein räumten, und am 11. Juni stellte Österreich beim Bundestag den Antrag, weil Preußen zu unerlaubter Selbsthilfe in Holstein gegriffen, die Bundesarmee mit Ausnahme des preußischen Kontingents mobil zu machen, welcher Antrag am 14. Juni mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Der preußische Gesandte von Savigny erklärte hierauf, daß Preußen den bisherigen Bund als aufgelöst betrachte, und legte einen neuen Bundesvertrag vor, der Österreich ausschloß und eine starke Zentralgewalt mit Parlament verlangte. Hiermit war der Krieg erklärt.

Am 17. Juni erließ der Kaiser von Österreich, am 18. Juni der König von Preußen sein Kriegsmanifest.

Die geographische Lage zwang Preußen, sich vor allem Norddeutschland zu versichern. Es erließ daher am 15. Juni an Hannover, Sachsen und Kurhessen ein Ultimatum, in welchem es die dortigen Regierungen zur unbewaffneten Neutralität und zum Beitritt zum neuen Bund aufforderte und dafür ihren Besitzstand und ihre Souveränität nach Maßgabe der neuen Bundesverfassung gewährleistete.

Sofort nach Ablehnung des Ultimatums rückten am 16. Juni preußische Truppen von allen Seiten in Hannover, Kurhessen und Sachsen ein. Die Könige von Sachsen und Hannover verließen mit ihren Truppen ihre Hauptstädte, der Kurfürst von Hessen wurde gefangen, sein Kontingent entkam nach dem Süden.

Während Österreich gegen Italien den Krieg nur verteidigungsweise zu führen beschloß und bloß 85.000 Mann unter dem Erzherzog Albrecht im Festungsviereck aufstellte, vereinigte es seine Hauptarmee, 247.000 Mann, für den Krieg gegen Preußen; hierzu kamen 140.000 Mann deutsche Hilfstruppen. Davon wurden 270.000 Mann (Österreicher und Sachsen) unter Benedek in Böhmen und Mähren aufgestellt, 120.000 Mann blieben im Westen und Süden

Deutschlands.

Preußen verfügte über 300.000 Mann. Hiervon wurden 45.000 Mann für den Krieg in Deutschland bestimmt, mit 255.000 Mann beschloß man den Krieg gegen Österreich zu führen. Den Oberbefehl übernahm König Wilhelm I. selbst, Moltke war sein Generalstabschef. Das Zentrum bildete die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl in der Lausitz, den linken Flügel die zweite Armee unter dem Kronprinzen in Schlesien, den rechten die Elbarmee unter dem General Herwarth von Bittenfeld in Sachsen.

Der Krieg wurde demnach zu gleicher Zeit auf drei Schauplätzen geführt: in Böhmen, in Deutschland und in Italien.

Der Operationsplan des österreichischen Generals Krismanitsch wählte von vornherein die Defensive. Die Nordarmee wurde um Olmütz in Mähren zusammengezogen, um Wien zu decken, und nicht bloß die Verbindung mit den süddeutschen Kontingenten wurde aufgegeben, sondern auch Sachsen geopfert. Erst als man erkannte, daß Preußen nicht bloß in Schlesien, sondern auch in der Lausitz und in Sachsen seine Streitkräfte konzentrierte, wurde die Armee nach Böhmen in Marsch gesetzt, um zwischen der oberen Elbe und der Iser Stellung zu nehmen.

Diese Gegend, das Plateau von Gitschin, war auch das Ziel der preußischen Armee, welche Ende Juni an drei Stellen die böhmische Grenze überschritt: die Elbarmee bei Schluckenau, die erste bei Reichenberg, die zweite bei Liebau und Nachod. Da Benedek noch in seinem Flankenmarsch von Olmütz auf Josephstadt begriffen war, so wurde keiner dieser Pässe den Preußen streitig gemacht.

Der Kronprinz von Sachsen und Clam-Gallas (1. Korps) hatten den Befehl erhalten, nur die Iserlinie zu halten. Clam-Gallas erwartete deshalb bei Münchengrätz die Elbarmee, die am 26. Juni bei Hühnerwasser seine Vorhut zurückwarf. In der Nacht zum 27. bemächtigte sich die erste Armee des Flußüberganges bei Podol, Clam-Gallas wurde am 28. Juni aus seiner Stellung ... bei Münchengrätz herausgeworfen, und am 29. Juni wurden Österreicher und Sachsen nach heftigem, verlustreichem Gefecht bei Gitschin von der ersten Armee gezwungen, in ziemlicher Unordnung ... zurückzugehen.

Inzwischen war es auch der zweiten Armee, der des Kronprinzen, gelungen, die Gebirgspässe zwischen Schlesien und Böhmen zu überschreiten. Benedek warf dem 5. preußischen Korps nach Nachod bloß das 6. (Ramming), dem 1. preußischen Korps nach Trautenau das 10. (Gablentz) entgegen, von denen am 27. Juni das 6. von Steinmetz zurückgeschlagen wurde, das 10. zwar Bonin bei Trautenau besiegte und auf Liebau zurückwarf, aber am 28. Juni von der Garde bei Soor in der Flanke angegriffen und mit großen Verlusten geschlagen wurde.

Bei Skalitz warf Steinmetz am 28. Juni auch das 8. Korps unter dem Erzherzog Leopold zurück und erreichte am 29. Juni, nachdem er das 4. Korps aus seiner starken Position bei Schweinschädel verdrängt hatte, bei Gradlitz die Elbe, welche das Gardekorps an demselben Tag bei Königinhof erreichte.

Indem die erste Armee am 1. Juli bis Miletin und Horitz vorrückte, hatte das preußische Heer den konzentrischen Vormarsch in Böhmen glücklich vollendet, seine Front von 300 auf 40 km verkürzt und seine strategische Vereinigung zu gemeinsamen Operationen in demselben Augenblick bewerkstelligt, in dem König Wilhelm von Reichenberg aus den Oberbefehl über die vereinigten Streitkräfte übernahm.

Dem gegenüber befand sich die österreichische Armee bereits in höchst ungünstiger Lage: die Gefechte der letzten Junitage hatten über 30.000 Mann und 16 Geschütze gekostet und den moralischen Halt der Truppen, besonders aber das Vertrauen des Oberfeldherrn Benedek in sich, sein Heer und die Sache, für die er focht, merklich erschüttert.

Benedek riet sogar in einem Telegramm vom 2. Juli zum Frieden um jeden Preis. Jedoch faßte er sich wieder und nahm am 2. Juli zwischen der Bistritz und Elbe auf einem hügeligen Ter-

rain nördlich der Festung Königgrätz eine feste Stellung, in welcher er den Angriff des Gegners erwartete.

Da das preußische Hauptquartier am 2. Juli abends von der Stellung der Österreicher unterrichtet wurde und sofort die Befehle zum Angriff an alle drei Armeen erließ, so fand am 3. Juli auf den Höhen von Chlum die Entscheidungsschlacht von Königgrätz statt.

Obwohl die völlige Vernichtung der österreichischen Armee dadurch verhindert wurde, daß das preußische Hauptquartier, selbst nicht über die Tragweite des errungenen Erfolgs im klaren, am 4. und 5. Juli die energische Verfolgung unterließ, so daß sich Benedek in drei Kolonnen in das befestigte Lager nach Olmütz retten und dort sein Heer neu ordnen konnte, so waren die politischen und strategischen Wirkungen des Königgrätzer Sieges außerordentlich.

Die österreichische Regierung warf sich jetzt ohne Rückhalt in Napoleons Arme und trat ihm am 4. Juli die Provinz Venetien ab, deren Besitz die österreichische Südarkmee erst am 24. Juni durch den Sieg über die Italiener bei Custoza von neuem gesichert hatte. Sie hoffte hierdurch nicht bloß die Neutralität Italiens, sondern auch die energische Intervention Frankreichs zu ihren Gunsten zu erlangen.

Jedoch Italien weigerte sich, sein Bündnis mit Preußen zu brechen, und Napoleon, dessen auf die gegenseitige Aufreibung Österreichs und Preußens berechneten Plan der Sieg von Königgrätz durchkreuzt hatte, war infolge der mangelhaften Ausrüstung seines Heeres nicht in der Lage, mehr als seine guten Dienste für die Vermittlung des Friedens anzubieten.

Inzwischen näherte sich nach einer kurzen Rast auf dem Schlachtfeld von Königgrätz das preußische Heer mit bedrohlicher Geschwindigkeit der österreichischen Hauptstadt. Am 13. Juli hielt König Wilhelm in Brünn seinen Einzug, am 16. Juli erreichte die Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Lundenburg und sperrte den direkten Weg von Olmütz nach Wien und Preßburg; an demselben Tag drang die Elbarmee bis Hollabrunn, 45 km von Wien, vor; am 17. Juli schlug der König sein Hauptquartier in Nikolsburg, 70 km von Wien, auf.

Als daher die Österreicher sich zur Wiederaufnahme des Kampfes anschickten, welchen der zum Oberbefehlshaber ernannte Sieger von Custoza, Erzherzog Albrecht, leiten sollte, und alle erreichbaren Streitkräfte der Nord- und Südarkmee zur Verteidigung Wiens herangezogen wurden, konnten aus Italien doch nur 50.000 Mann herbeigeschafft werden und die Nordarmee unter Benedek nur auf einem beschwerlichen Umweg über die Kleinen Karpaten und durch das Tal der Waag die Donau bei Preßburg erreichen.

Bereits war aber dieser wichtige Punkt in Gefahr, den Österreichern entrissen zu werden. Die preußische Division Fransecky hatte am 22. Juli im Gefecht von Blumenau die österreichische Brigade Mondl, welche Preßburg deckte, schon umgangen, als Eilboten den Abschluß einer Waffenruhe verkündeten.

Zwar hatte Erzherzog Albrecht einen zuversichtlichen Armeebefehl erlassen, und bei Floridsdorf waren rasch Schanzen aufgeworfen worden. Indes die Preußen standen vor den Toren Wiens in einer Stärke, die größer war als bei Beginn des Krieges, trotz der blutigen Kämpfe, der anstrengenden Märsche, ... trotz der verheerenden Wirkungen der Cholera. 660.000 Mann hatte Preußen am Ende des Krieges unter den Waffen und war entschlossen, den Krieg bis zur Entscheidung mit aller Energie fortzusetzen.

Bereits sammelte Klapka in Oberschlesien eine meist aus ungarischen Kriegsgefangenen gebildete ungarische Legion, um das seit 1849 von Österreich geknechtete Land zum Aufstand aufzurufen. Der Sieg, den Tegetthoff am 20. Juli bei Lissa über die italienische Flotte erfocht, machte Italien den Abschluß eines Separatfriedens erst recht unmöglich und zwang es, weniger aus Rücksicht auf Preußen als auf den Unwillen und die Ungeduld der Nation, die Operationen zu Lande gegen Venetien, ... wieder aufzunehmen.

Unter diesen Umständen zeigte sich Österreich zum Frieden bereit, und am 21. Juli kam in

Nikolsburg eine fünftägige Waffenruhe vom 22. bis 27. Juli zustande, während welcher die Bedingungen des Friedens festgesetzt werden sollten. Diese Waffenruhe erstreckte sich nur auf den Krieg zwischen Preußen und Österreich. Der Waffenstillstand mit Italien kam erst am 12. August in Cormons zustande, nachdem Cialdini, ohne Widerstand zu finden, Venetien, mit Ausnahme der Festungen, fast ganz besetzt hatte. Ebenso dauerte der Krieg in Süddeutschland fort.

Durch sein rasches Vorgehen unmittelbar nach dem Bundesbeschluß vom 14. Juni hatte sich Preußen auch gegen die deutschen Mittelstaaten in Vorteil gesetzt. Obwohl es nur drei Divisionen (Goeben, Manteuffel und Beyer), im ganzen 45.000 Mann, die sogenannte Mainarmee, unter dem General Vogel von Falckenstein für den Krieg gegen die deutschen Verbündeten Österreichs verwendete, so erreichte es damit doch völlig seinen Zweck, da die Mittelstaaten an den Ernst des Krieges gar nicht geglaubt und nicht nur unvollkommen gerüstet hatten, sondern auch den Krieg selbst ohne jede ihres Zweckes bewußte Energie führten.

Zunächst gelang es, die hannoversche Armee, welche zwar noch rechtzeitig bei Göttingen gesammelt worden war, dann aber tagelang plan- und ziellos zwischen dem Harz und Thüringer Wald hin und her zog und auf die Ankunft des bayerischen Heeres harpte, welches seinerseits die Hannoveraner südlich des Thüringer Waldes erwartete, in dem blutigen Gefecht bei Langensalza (27. Juni) zu stellen und am 29. Juni zur Kapitulation zu zwingen.

Hierauf rückte Falckenstein am 2. Juli über den Thüringer Wald gegen die Bayern, welche in der Stärke von 40.000 Mann unter dem Prinzen Karl von Bayern im Begriff waren, vom Tal der Werra sich nach dem der Fulda zu wenden, um dem aus Württembergern, Hessen, Badensern, Nassauern und Österreichern gebildeten 8. Bundesarmee Korps unter dem Prinzen Alexander von Hessen, das von Frankfurt am Main sich ebenfalls Fulda näherte, die Hand zu reichen.

Am 4. Juli lieferte die Division Goeben den Bayern das Gefecht bei Dermbach, welches den Prinzen Karl veranlaßte, sich durch die Rhön hinter die Fränkische Saale zurückzuziehen. Eine einzige preußische Granate, welche am 4. bei Hünfeld in zwei Kürassierschwadronen eine verheerende Wirkung hervorbrachte, scheuchte die ganze bayerische Kavallerie unter dem Prinzen Thurn und Taxis bis nach Schweinfurt zurück. Der Prinz Alexander wich einem ... Zusammenstoß sofort nach Westen aus.

Falckenstein erzwang darauf am 10. Juli die Saalübergänge bei Hammelburg und Kissingen, wo es zu einem blutigen Zusammenstoß kam, wandte sich plötzlich nach Westen den Main abwärts gegen das 8. Bundeskorps, schlug am 13. Juli die Hessen bei Laufach, zersprengte am 14. Juli bei Aschaffenburg die österreichische Brigade Neipperg und besetzte am 15. Juli Frankfurt. Hier wurde Falckenstein abberufen und Manteuffel zum Oberbefehlshaber der Mainarmee ernannt. Dieser bekam den Befehl, in Süddeutschland so weit wie möglich vorzudringen, während gleichzeitig eine aus preußischen und mecklenburgischen Truppen gebildete Reservearmee unter dem Großherzog von Mecklenburg in das bayerische Oberfranken einrückte.

Manteuffel marschierte am linken Mainufer aufwärts gegen die Tauber, hinter welcher die Bayern und Bundestruppen standen. Sein Plan, sich zwischen beide zu schieben und sie einzeln zu schlagen, wurde zwar durch Goeben vereitelt, der am 24. Juli bei Werbach und Tauberbischofsheim sich mit solcher Wucht auf die Badenser und Württemberger warf, daß Prinz Alexander sich sofort gegen Würzburg auf die Bayern zurückzog. Indes lieferte dieser am 25. Juli nur das matte Gefecht bei Gerchsheim und entwich dann hinter das rechte Mainufer, wo sich sein Korps auflöste.

Die Bayern leisteten am 25. und 26. Juli bei Helmstadt und Roßbrunn den Divisionen Beyer und Flies hartnäckigern Widerstand, zogen sich dann aber auch nach Würzburg zurück. Jetzt beeilten sich die süddeutschen Regierungen, durch Gesandte, welche sie nach Nikolsburg

schickten, von Preußen einen Waffenstillstand zu erlangen, welcher ihnen am 2. August gewährt wurde.

Inzwischen war nämlich am 27. Juli in Nikolsburg der Präliminarfriede (vorläufiger Friede) zwischen Preußen und Österreich zustande gekommen, welcher Österreich verpflichtete, zur Auflösung des Deutschen Bundes und zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ... seine Zustimmung zu geben, an Italien Venetien, an Preußen seine Rechte auf Schleswig-Holstein abzutreten, 20 Millionen Taler Kriegskosten zu bezahlen und die von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen (von denen nur das Königreich Sachsen ausgeschlossen war), anzuerkennen.

Die einzige Wirkung der französischen Vermittlung war der Zusatz zu Artikel 5, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig, deren Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gäbe, mit Dänemark vereinigt zu werden, an dieses abgetreten werden sollten.

Was die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland anbelangte, so beanspruchte Preußen allerdings über Norddeutschland die unbedingte Herrschaft; es war entschlossen, nicht nur Schleswig-Holstein und die norddeutschen Staaten, welche am Kriege gegen Preußen teilgenommen, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main, seinem Gebiet einzuverleiben, sondern auch sämtliche norddeutschen Staaten zu einem staatlichen Gemeinwesen, dem Norddeutschen Bund, zu vereinigen. Dagegen wurde im Artikel 4 des Nikolsburger Vertrages bestimmt, daß die südlich vom Main gelegenen deutschen Staaten einen besonderen unabhängigen Bund bilden sollten.

Indem jedoch Preußen mit Ausnahme von Grenzberichtigungen auf Gebietsabtretungen von seiten der süddeutschen Staaten verzichtete, gewann es dieselben für den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, in welchem sie bei Ausbruch eines Krieges ihre Truppen unter preußischen Oberbefehl zu stellen sich verpflichteten.

Auch wurde ihnen in den Friedensverträgen das absolute Veto in dem neu zu begründenden Zollverein entzogen; außerdem mußte Bayern im Friedensvertrag vom 22. August 30 Millionen, Württemberg vom 13. August 8 Millionen, Baden vom 17. August 6 Millionen, Hessen-Darmstadt vom 3. September 3 Millionen Gulden Kriegskosten bezahlen. Am 23. August wurde der definitive Friede mit Österreich zu Prag abgeschlossen; mit Sachsen kam er erst am 22. Oktober zustande. Der Friedensschluß zwischen Österreich und Italien fand am 1. Oktober statt.

So wurde der Krieg rasch und in einer Weise zu Ende geführt, die dem besiegten Teil jede überflüssige Schädigung und Demütigung ersparte und Preußens Überlegenheit in staatlicher und militärischer Beziehung so deutlich kundgab, daß sein moralisches Anrecht auf die Führerschaft des deutschen Volkes fast allgemein anerkannt wurde.<<

Bismarck erläutert während des Krieges mit Österreich im Jahre 1866 die politischen Ziele Preußens (x176/197): >>Ich verfolge mit durchaus ruhigem Gewissen einen Endzweck, den ich als für mein Land und Deutschland nützlich ansehe. Was die Mittel betrifft, so habe ich in Ermangelung anderer mich derer bedient, die sich mir darboten. Bei der gegenwärtigen Lage Preußens in Deutschland und gegenüber Österreich mußten wir vor allem eine Armee haben. Das ist in Preußen die einzige disziplinierbare Macht. In der Armee ist jeder Preuße ein prächtiger Soldat und schlägt sich wie ein Löwe für die Ehre des Landes. Durch meine Familie, meine Erziehung bin ich vor allem ein Mann des Königs.

Vor sechzehn Jahren lebte ich ruhig als Landedelmann (Junker). Da rief mich der Wille des Königs als Bundestags-Gesandten nach Frankfurt. Schon damals faßte ich den Plan, den ich jetzt auszuführen suche: Norddeutschland in seiner vernünftigen und natürlichen Gestalt unter die Führung Preußens zu bringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, würde ich allem trotzen, dem Exil und selbst dem Schafott. Im Konflikt zwischen König und Parlament stand ich auf der Seite des Königs; meine persönliche

Ehrfurcht vor ihm, meine ganze Vergangenheit, alle meine Familienüberlieferungen machten mir das zur Pflicht. Allein, daß ich von Natur oder aus Prinzip der Gegner des parlamentarischen Systems sein soll, das ist eine ganz grundlose Unterstellung. ...<<

Nach dem glänzenden "preußischen Blitzsieg" gegen Österreich (Bürgerkriegsdauer = knapp 3 Wochen, österreichische Verluste = 23.000 Tote und Verwundete) ergaben sich die süddeutschen Staaten kampfflos (x215/315).

König Wilhelm I. wollte Österreich nach dem Sieg bei Königgrätz zunächst vollständig besetzen lassen. Bismarck warnte jedoch davor, die Schwäche der Habsburger auszunutzen und konnte die Pläne des Kaisers erfolgreich verhindern.

Bismarck berichtet später in seinen Lebenserinnerungen über die Auseinandersetzungen mit dem preußischen König (x237/175): >>Ich entwickelte dem König ... die politischen und militärische Gründe, welche gegen die Fortsetzung des Krieges sprachen.

Österreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanche-Bedürfnis mehr als nötig zu hinterlassen, müßten wir vermeiden, vielmehr um die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den österreichischen Staat als einen guten Stein im europäischen Schachbrett und die Erneuerung guter Beziehungen zu demselben als einen für uns offen zu haltenden Schachzug ansehen.

Wenn Österreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden; es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche gegen Preußen opfern. ...<<

Bismarck schreibt am 9. Juli 1866 an seine Ehefrau (x233/96-97): >>Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist.

Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch 3 Mächten, die uns hassen und neiden. ...<<

Der deutsche Maler Wilhelm Kügelgen (1802-1867) schreibt im Juli 1866 über den preußisch-österreichischen Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland (x105/109-110): >>... Sieg bei Königgrätz ... Soeben (berichtet) die Zeitung: Telegraphische Depesche des Königs an die Königin vom 3. Juli: "Großer Sieg über die Österreicher. Alle 8 Corps 8 Stunden lang im Feuer, Österreicher total geschlagen. Massen von Trophäen noch nicht zu übersehen. Unsere Verluste bedeutend. Wir sind alle wohl. Gottes Gnade walte ferner über uns!"

Es ist eine unerhörte Kraftentwicklung. Seit dem 27. Juni alle Tage Schlachten, endlich dieser Sieg, der dem Kampfe vielleicht wesentlich ein Ende macht. Diese Armee hat eine Vortrefflichkeit gezeigt, wie man sie nicht geahnt hatte, von keiner Seite. Selbst die berühmte österreichische Kavallerie (wurde) von der preußischen bei jedem Zusammentreffen geworfen

Bismarck ist jetzt der populärste Mann in Preußen. Alles jubelt ihm zu, selbst die Demokraten. Ich hoffe, er bringt uns nun ein einiges Deutschland zustande. ...

Von Österreichs Unschuld zu reden, kommt mir ebenso ungereimt vor als von Preußens Unschuld. Ein Krieg wie dieser ist ein unabwendbares Naturereignis. Seit Anno 48 hatten sich die Verhältnisse verwirrt, die Luft war schwül und dick, fast undurchsichtig geworden ...

Der Deutsche Bund konnte nur bestehen, so lange Österreich und Preußen Hand in Hand gingen. Um dies zu ermöglichen, hat sich Preußen 50 Jahre lang vor dem liederlichen Österreich gedemütigt.

Jetzt aber ging es nicht länger, wenn nicht Preußen und mit ihm ganz Deutschland in den desolaten Zustand der altersschwachen Großmacht mit hineingezogen werden, ja, wenn nicht Preußen an der von Österreich eifrig geschürten wahnwitzigen Demokratie im eigenen Lande zugrunde gehen sollte.

Das erkannt und durchgesetzt zu haben, ist der Verdienst Bismarcks, des allgemein verkann-

ten und gehaßten Helden, der in dieser Brandung wie ein Felsen stand.<<

Der deutsche Jurist Rudolf von Jhering schreibt am 19. August 1866 (x233/96): >>Welches Stück Geschichte liegt zwischen meinem letzten Briefe und dem gegenwärtigen. ... Wie habe ich seit Jahren die Italiener beneidet, daß ihnen gelungen, was uns das Geschick noch auf eine ferne Zukunft hinaus zu versagen schien, wie habe ich den deutschen Cavour und Garibaldi (setzten nationale Einigung Italiens durch) ... herbeigewünscht.

Und über Nacht ist er uns erstanden in dem vielgeschmähten Bismarck. Soll man nicht glauben zu träumen, wenn das Unmögliche möglich wird?

Ich beuge mich vor dem Genie eines Bismarck. ... Wie wunderbar hat der Mann alle Fäden des großartigen Gewebes gesponnen, wie fest und sicher, daß keiner derselben riß, wie genau hat er alle Mittel und Hebel gekannt und benutzt – seinen König, Napoleon, sein Heer, die Verwaltung, Österreich und seine Kräfte – kurz, ein Meisterstück der Berechnung! ...

Was uns Uneingeweihten als freventlicher Übermut erschien, es hat sich hinterher herausgestellt als unerläßliches Mittel zum Ziel. ... Ich gebe für einen solchen Mann der Tat ... hundert Männer der liberalen Gesinnung, der machtlosen Ehrlichkeit! ...<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über den "Bruderkrieg" von 1866 (x090/217-220): >>... Die preußische Öffentlichkeit war entschieden gegen einen "Bruderkrieg". Nicht nur die Fortschrittspartei auch konservative Kreise, sogar Angehörige der königlichen Familie, zeigten Verständnis für den jungen Studenten, der 1866 auf Bismarck ein Revolverattentat verübte.

Die letzte Phase des politischen Ringens hatte begonnen, als Österreich seine Absicht kundtat, den endgültigen Status der Elbherzogtümer von der Frankfurter Versammlung festlegen zu lassen. Preußen erklärte nunmehr den Gasteiner Vertrag für gebrochen und ließ ... Holstein besetzen. Daraufhin beantragte Österreich beim Bundestag die Mobilmachung.

Bismarck hatte einen solchen Schritt schon vor der Abstimmung als Kriegserklärung bezeichnet. Der Beschluß wurde dennoch mit 9 gegen 6 Stimmen gefaßt. Nur Coburg und Oldenburg hielten zu Preußen, zögernd gefolgt von Mecklenburg-Schwerin, Weimar, Braunschweig und Hamburg. Dafür kam das Königreich Italien seiner Bündnispflicht nach, so daß die Heere des Kaiserstaates an 2 Fronten aufmarschieren mußten.

Von seinen Bundesgenossen eilte Österreich nur Sachsen zu Hilfe. Ein Versuch der Hannoveraner, unter ihrem blinden König nach Süden durchzubrechen, scheiterte bei Langensalza. Meiningen und Reuß, beide Hessen und Nassau, Bayern, Württemberg und Baden beschränkten sich auf Verteidigungsmaßnahmen in der Heimat. Ein letzter Beweis für die Schwäche des Bundessystems. Sie wurden einzeln geschlagen.

Das preußische Heer stand auf der Höhe seiner Leistungskraft. Durch Roons Reformen verjüngt und neu gegliedert, ausgerüstet mit Krupp-Geschützen und Zündnadelgewehr, ... fähig, alle Möglichkeiten der ... Telegrafie und des Eisenbahntransportes auszuschöpfen, war es das geeignete Werkzeug für die Strategie des Generals Helmuth von Moltke ("getrennt marschieren, vereint schlagen").

Der Krieg von 1866 dauerte 5 Wochen. ... Obwohl es um die Zukunft Deutschlands ging, war dieser Krieg für Österreich und Preußen ein Kräftemessen mit den Methoden traditioneller Kabinettpolitik. Kaiser Franz Joseph appellierte nicht an das deutsche Volk. ...

Deshalb konnten beide Mächte, nachdem die Waffen entschieden hatten, schnell in diplomatische Bahnen zurücklenken. Sie standen damit vor der Gefahr fremder Intervention. Der Zar verlangte seine Beteiligung an einer deutschen Konferenz, wurde allerdings in Paris zurückgewiesen. Napoleon III. ließ sich von Österreich das vorher versprochene Venetien abtreten und gab diese Provinz an Italien weiter, obwohl die italienischen Streitkräfte bei Custozza und Lissa geschlagen worden waren.

Gleichzeitig forderte der französische Kaiser für die Duldung des preußischen Machtzuwach-

ses in Norddeutschland "reelle Kompensationen" zunächst Landau, Saarbrücken und das Großherzogtum Luxemburg, dann auch die bayerische Pfalz, Rheinhessen und Mainz. Bismarck wies dieses Ansinnen zurück. ...

Wilhelm I. wollte auf Wien marschieren und dabei jeden einzelnen Gegner durch Gebietsabtretungen bestrafen, wenn auch keine Dynastie entthronen. Bismarck hingegen war auf einen schnellen Friedensschluß bedacht, doch schreckte er nicht davor zurück, die meisten norddeutschen Widersacher als künftige Unruhestifter auszuschalten und ihre Territorien Preußen einzuverleiben. ...

Im Friedensvertrag von Prag (1866) erkannte der österreichische Kaiser die Auflösung des Deutschen Bundes an. Ausdrücklich gab er seine Zustimmung für eine Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich. Auch wurde von ihm gebilligt, daß Schleswig und Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main in Preußen aufgingen. ...

Habsburg räumte die jahrhundertlang gehaltene Stellung. Der Versuch des mehr als zur Hälfte nichtdeutschen Österreich, das ihm überlegene Preußen und die anderen Bundesglieder unter seiner Führung in einem Nationalstaat zu vereinigen, war am inneren Widersinn gescheitert. Der universale Gedanke des "Heiligen Reiches", den sich das österreichische Kaisertum bewahrt hatte, erlaubte kein solches Experiment. ...<<

Während Österreich überaus großzügige Friedensbedingungen erhielt und geschont wurde (keine Annexionen), annektierte Preußen (gegen den Willen der Landesfürsten und der Bevölkerung) die norddeutschen Staaten Schleswig-Holstein, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, Hessen-Homburg und Nassau sowie die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main und gliederte diese Gebiete in den preußischen Staat ein.

In der Landtagsrede vom 25. August 1866 rechtfertigt Bismarck die Annexion der nord- und westdeutschen Staaten (x056/247): >>... Die Eroberung (von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt/Main) gründet sich auf das Recht der deutschen Nation, zu existieren ... und sich zu einigen, auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Existenz nötige Basis zu liefern ...<<

Die übrigen norddeutschen Staaten und Preußen schlossen danach den sog. "Norddeutschen Bund", der den Deutschen Bund ablöste. Bis 1867 traten alle deutschen Staaten nördlich des Mains dem Norddeutschen Bund bei. Die süddeutschen Staaten behielten wegen des französischen Widerstands ihre Selbständigkeit, mußten sich aber mit Preußen gegen Frankreich verbünden. Österreich wurde aus dem deutschen Staatenbund ausgeschlossen und mußte den neuen Norddeutschen Bund im August 1866 anerkennen (Frieden von Prag). Das Großherzogtum Luxemburg (bisher deutscher Bundesstaat) wurde im Jahre 1866 selbständig.

Nach dem siegreichen Bürgerkrieg und der maßvollen, versöhnlichen Politik Bismarcks stieg das Ansehen des preußischen Staates erheblich. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung stand jetzt auch hinter dem "eisernen Kanzler" Bismarck.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Norddeutschen Bund von 1866-1870 (x812/217-218): >>Norddeutscher Bund, Bundesstaat, zu welchem nach Auflösung des Deutschen Bundes infolge des Krieges von 1866 sich durch den Vertrag vom 18. August 1866 folgende Staaten vereinigten: Preußen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, die beiden Schwarzburg, Reuß jüngere Linie, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe sowie die Freien Städte Lübeck, Hamburg und Bremen.

Am 21. August folgten die beiden Mecklenburg, am 3. September der Großherzog von Hessen für seine nördlich vom Main gelegene Provinz Oberhessen, am 26. September Reuß ältere Linie, am 8. Oktober Sachsen-Meiningen und am 21. Oktober endlich das Königreich Sachsen. Somit umfaßte der Norddeutsche Bund ein Gebiet von 415.150 qkm mit einer Bevölkerung von fast 30 Millionen.

Am 15. Dezember 1866 traten die Vertreter jener Staaten zusammen, um die Verfassung dieses Bundesstaates zu beraten; am 12. Februar 1867 fanden die Reichstagswahlen statt, am 24. Februar wurde der konstituierende Reichstag vom König von Preußen eröffnet. Am 16. April nahm der Reichstag die vorgeschlagene Verfassung an, die am 24. Juni 1867 publiziert wurde und am 1. Juli in Kraft trat. Am 26. Juli übernahm König Wilhelm die ihm als Präsidenten des Bundes übertragenen Rechte und Pflichten, am 15. August trat der Bundesrat zusammen, am 31. August fanden die Reichstagswahlen statt, und am 10. September wurde der erste und einzige Reichstag des Bundes eröffnet.

Nachdem im November 1870 Baden, Hessen, Bayern und Württemberg sich dem Norddeutschen Bund angeschlossen und die betreffenden Verträge am 9. Dezember auch von dem am 24. November wieder zusammengetretenen Reichstag genehmigt waren, beantragte am 9. Dezember der Bundesrat die Bezeichnung des erweiterten Bundes mit dem Namen: "Deutsches Reich", die am 10. Dezember vom Reichstag genehmigt wurde.

Am 31. Dezember 1870 wurde die neue Verfassung des Reiches verkündet, womit der Norddeutsche Bund sein Ende nahm. Die Gesetze des Norddeutschen Bundes gingen meist auf das Deutsche Reich über, die Anleihen wurden aus der französischen Kriegsentschädigung getilgt.<<

## **1867**

Norddeutscher Bund: Bismarck schlägt am 28. März 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts vor (x261/105-106): >>... Was wollen denn die Herren, die das anfechten, ... an dessen Stelle setzen? Etwa das preußische Dreiklassensystem?

Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas aus der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden (Unruhe und Bravo!), ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt. Leute, die in irgendeiner Gemeinde weit über die erste Klasse hinausreichen, diese allein ausfüllen würden, in einer benachbarten Kommune in die dritte Klasse wirft ...

Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht.

Ein ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt in jedem Zensus (Schätzung), eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Zensus abreißt, wo die Ausschließung anfängt; wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt, ... politisch tot in diesem Staatswesen sein solle.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Otto von Bismarck in den Jahren 1867-1885 (x802/984-985): >>(Bismarck) ... Bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes zeigte er sich gegen die kleineren Staaten sehr loyal und erwarb sich das Vertrauen der Fürsten. Die Bestimmungen derselben verteidigte er im konstituierenden Reichstag 1867 mit großem Eifer und meist mit Erfolg, namentlich das allgemeine, direkte Wahlrecht für den Reichstag und die alleinige Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers.

Der Welt gab er in der Luxemburger Frage 1867 einen unzweideutigen Beweis seiner Friedfertigkeit; er sah wohl den Krieg mit Frankreich voraus, das ihn fortwährend mit Anträgen eines Bündnisses und gemeinschaftlicher Annexionen behelligte, die er nicht annahm und nicht ablehnte, wollte aber jede Möglichkeit wahrnehmen, einen so blutigen Kampf zu vermeiden. Um Napoleon jeden Vorwand zu entziehen, vermied er auch alles, was den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund beschleunigen konnte; selbst als sein Versuch mit dem Zollparlament 1868 scheiterte, übte er keinen Druck auf dieselben aus.

Es gelang ihm so, wirklich den Krieg hinauszuschieben und die Ungeduld der französischen Politiker so zu reizen, daß dieselben endlich die spanische Thronkandidatur zum Vorwand einer Kriegserklärung nahmen, sich dadurch als Angreifer ins Unrecht setzten und sich ihrer Allianzen beraubten. Durch seine Enthüllungen über Napoleons Absichten auf Belgien in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870 machte er die öffentliche Meinung in England Frankreich abspenstig.

Er begleitete wiederum den König in den Krieg und leitete die auswärtige Politik vom Hauptquartier aus. Zur rechten Zeit verkündete er in den Rundschreiben vom 13. und 16. September die Absicht und das Recht Deutschlands, sich gegen künftige französische Angriffe durch Verlegung der schutzlosen süddeutschen Grenze nach Westen und den Besitz der eroberten Rhein- und Moselfestungen zu sichern, und hütete sich wohl, den nationalen Standpunkt in seinen Verhandlungen mit den Franzosen über Gebühr zu betonen.

Fremde Einmischung in die Friedensverhandlungen wehrte er mit dem Hinweis ab, daß Deutschland den Krieg allein ausgekämpft, also auch das Recht habe, den Frieden allein abzuschließen. Die Verträge über den Eintritt der süddeutschen Staaten in das Deutsche Reich brachte er in Versailles zum Abschluß und scheute sich nicht, Bayern beträchtliche besondere Zugeständnisse zu machen. Den Frieden von Frankfurt am Main vom 10. Mai 1871 schloß er persönlich ab.

Mit der Errichtung des Deutschen Reiches wurde er zum Reichskanzler ernannt, am 21. März 1871 in den Fürstenstand erhoben und ihm eine große Domäne in Lauenburg mit dem Sachsenwald geschenkt.

Den neuerworbenen Reichslanden Elsaß-Lothringen wendete er seine besondere Fürsorge zu, und alle diese betreffenden Maßregeln sind auf seine eigene Anregung erfolgt und von ihm selbst im Reichstag verteidigt worden.

Hauptsächlich aber wurden seine Kräfte nach dem deutsch-französischen Krieg von dem Kulturkampf in Anspruch genommen, den er mit der ganzen ihm eigentümlichen Kraft und Energie führte, sobald die Zentrumsparthei ihn durch Mobilmachung aller reichsfeindlichen Elemente unter klerikaler Fahne eröffnet hatte. In den ersten Jahren trat er im Landtag mit mehreren bedeutenden Reden für die Sicherung des Staates gegen die päpstliche Anmaßung ein, zog sich freilich auch dadurch die heftigsten Angriffe seitens der Ultramontanen zu; am 13. Juli 1874 ... (verübte) sogar ein fanatisierter Böttchergeselle, Kullmann, in Kissingen einen Mordanfall auf ihn.

Die ungeheure Last der Geschäfte, die auf ihn drückte, die aufreibende Tätigkeit der früheren Jahre, die unaufhörlichen Anfeindungen, welche er auch von seiten früherer Parteigenossen erfuhr, seit er sich auf die Liberalen im Parlament stützte, ... erschütterten seine Gesundheit so, daß er sich am 21. November 1872 bis 10. November 1873 vom preußischen Ministerpräsidium entbinden und 1878 eine geregelte Stellvertretung einsetzen ließ. Wiederholt bat er um seine Entlassung, die der König aber nicht bewilligte, da er sich nicht von ihm trennen zu wollen erklärte. Seine Aufenthalte in Varzin und Friedrichsruh zur Erholung dehnten sich daher oft auf mehrere Monate aus; im Sommer ... (nutzte) er meist in Kissingen die Kur.

Sein unermüdlicher Geist schuf sich immer neue Aufgaben zur Verwirklichung seines Zieles, der Macht und Größe seines Vaterlandes, so das Reichseisenbahnprojekt, nach dessen Scheitern er den Ankauf der Bahnen in Preußen durch den Staat durchsetzte, und 1879 die neue Zoll- und Wirtschaftspolitik, in deren weiterer Verfolgung er mit den Nationalliberalen brach, worauf er, um die Ultramontanen zu gewinnen, den Kulturkampf aufhören ließ; auch übernahm er der wirtschaftlichen Reformen wegen das preußische Handelsministerium.

An die neue Zollgesetzgebung, welche die Einnahmen des Reiches steigerte und manche Zweige der Industrie hob, schlossen sich soziale Reformen, welche durch Befriedigung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes denselben vor dem verderblichen Einfluß der

Sozialdemokratie bewahren sollten.

Bismarck stieß hierbei allerdings auf Opposition bei den Liberalen. Er trug kein Bedenken, deren Schwächung und Spaltung zu befördern, ohne daß es ihm jedoch gelang, eine konservative Mehrheit im Reichstag zustande zu bringen. Wegen der schroff oppositionellen Haltung der Fortschrittspartei mußte Bismarck sich daher auf das Zentrum stützen und diesem in dem kirchlichen Streit manche Zugeständnisse machen. Nur mit Mühe und nach langen Verhandlungen wurden das Krankenkassengesetz und das Unfallversicherungsgesetz im Reichstag angenommen, das Tabakmonopol aber abgelehnt.

Die auswärtige Politik leitete Bismarck nach wie vor mit gewohnter Meisterschaft, so daß ihm die Nation in dieser Beziehung unbedingtes Vertrauen schenkte. Erhaltung des Friedens war sein Ziel, und während des russisch-türkischen Krieges waren seine Bemühungen mit Erfolg darauf gerichtet und wurden dadurch anerkannt, daß Berlin 1878 zum Sitz des Friedenskongresses und Bismarck zum Präsidenten desselben erwählt wurde.

Von Rußland wendete er sich mehr und mehr ab und Österreich zu, mit dem er im September 1879 ein Schutzbündnis schloß. Dasselbe führte zu einer dauernden gemeinschaftlichen Aktion Deutschlands und Österreichs und wurde 1883 erneuert. Es befestigte sich so, daß auch Italien sich ihm anschloß und Rußland seine Eifersucht unterdrückte.

Selbst das Verhältnis zu Frankreich wußte Bismarck durch weise Mäßigung zeitweilig freundlicher zu gestalten.

Gestützt auf das gute Verhältnis des Deutschen Reiches zu den Kontinentalmächten, unternahm es Bismarck 1884, deutsche Kolonien zu erwerben; den Widerstand Englands wußte er mit großer diplomatischer Kunst zu beseitigen. Schwieriger war es, die klerikal-fortschrittliche Opposition gegen die Kolonialpolitik und den Plan, Dampferlinien nach den fremden Erdteilen zu subventionieren, im Reichstag zu überwinden.

Um so mehr Beifall fand die erfolgreiche Tätigkeit Bismarcks auch auf diesem Gebiet bei den Mächten, wie der Verlauf der von Bismarck nach Berlin berufenen Kongokonferenz bewies, und bei dem deutschen Volk.

In seiner Gesundheit durch eine glückliche Kur gekräftigt, hielt Bismarck 1885 im Reichstag mehrere Reden über seine auswärtige und Kolonialpolitik, die im Volk einen mächtigen Wiederhall hervorriefen. Der 70jährige Geburtstag Bismarcks wurde daher am 1. April 1885 unter glänzenden Ovationen aus allen Teilen Deutschlands und allen Schichten der Bevölkerung gefeiert; der Tag gestaltete sich zu einem allgemeinen Volksfest. Aus den reichen Erträgen der "Bismarckspende" wurde dem Reichskanzler das 1830 der Familie verloren gegangene Hauptgut Schönhausen geschenkt.

Bismarck ist von hohem Wuchse; sein markiger Körperbau, die hohe Stirn, die scharf ausgeprägten Gesichtszüge, der lebhafte Blick seiner unter den buschigen Brauen stark hervortretenden Augen lassen auch äußerlich die geist- und kraftvolle Persönlichkeit erkennen. Durch ritterliche Übungen hat er von Jugend auf seinen Körper gestählt; Reiten und Jagen waren stets seine liebste Erholung.

Die körperlichen und geistigen Kräfte sind seinem Willen untertan; auch in den Momenten der größten Erregung erscheint er ruhig und kalt, sein tiefes Gefühl und die Leidenschaftlichkeit seiner starken Natur kommen nur selten zum Durchbruch.

Als Redner hat Bismarck mit der Überfülle der ihm zuströmenden Gedanken zu kämpfen, oft scheint er in der Rede zu stocken, weil er sorgfältig abwägend die Worte auswählt, welche seinen Gedanken den genauesten Ausdruck geben und nicht mehr sagen, als er sagen will; deshalb machen seine Reden auf den Lesenden noch größeren Eindruck als auf den, der sie hört. Ihre Wirkung reicht durch die Kraft der Gedanken und die oft durch den frischesten Humor gewürzte Anschaulichkeit der Darstellung weit über den Kreis hinaus, an den sie zunächst gerichtet ist.

Bismarcks Gemahlin, Fürstin Johanna von Bismarck, geborene von Puttkamer, ist am 11. April 1824 geboren. Der am 28. Juli 1847 geschlossenen Ehe sind drei Kinder entsprossen: Gräfin Marie, geboren am 21. August 1848, seit 1878 vermählt mit dem Legationsrat Grafen Rantzau; Graf Herbert, geboren am 28. Dezember 1849, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und oft zu wichtigen diplomatischen Sendungen verwendet, Mitglied des Reichstages, und Graf Wilhelm, geboren am 1. August 1852, Landrat in Hanau. ...<<

**1868**

**Norddeutscher Bund:** Friedrich Emil Rittershaus (1834-1897) verfaßt im Jahre 1868 den Text des "Westfalenliedes" (x846/...):

>>Ihr mögt den Rhein, den stolzen, preisen,  
Der in dem Schoß der Reben liegt;  
Wo in den Bergen ruht das Eisen,  
Da hat die Mutter mich gewiegt.  
Hoch auf dem Fels die Tannen steh'n,  
Im grünen Tal die Herden geh'n,  
Als Wächter an des Hofes Saum  
Reckt sich empor der Eichenbaum.  
Da ist's wo meine Wiege stand,  
O grüß dich Gott, Westfalenland!

Wir haben keine süßen Reben  
Und schöner Worte Überfluß,  
Und haben nicht sobald für jeden  
Den Brudergruß und Bruderkuß.  
Wenn du uns willst willkommen sein,  
So schau auf's Herz, nicht auf den Schein,  
Und sieh' uns grad hinein ins Aug!  
Gradaus, das ist Westfalenbrauch,  
Es fragen nichts von Spiel und Tand,  
Die Männer im Westfalenland.

Und uns're Frauen, uns're Mädchen,  
Mit Augen blau wie Himmelsgrund,  
Sie spinnen nicht die Liebespfädchen  
Zum Scherz nur für die müß'ge Stund.  
Ein frommer Engel hält die Wacht,  
In ihrer Seele Tag und Nacht,  
Und treu in Wonne, treu im Schmerz,  
Bleibt bis zum Tod ein liebes Herz.  
Glücklich, wessen Arm umspannt,  
Ein Liebchen aus Westfalenland!

Behüt dich Gott, du rote Erde,  
Du Land von Wittekind und Teut!  
Bis ich zu Staub und Asche werde,  
Mein Herz sich seiner Heimat freut.  
Du Land Westfalen, Land der Mark,  
Wie deine Eichestämme stark,  
Dich segnet noch der blasse Mund

Im Sterben, in der letzten Stund'!  
Du Land wo meine Wiege stand,  
O grüß dich Gott, Westfalenland.<<

**Spanien:** Nach einem Militärputsch, den die Generäle Serrano und Prim im Jahre 1868 anführen, wird Königin Isabella II. aus Spanien vertrieben. Die liberalen Generäle streben danach eine konstitutionelle Monarchie mit dem deutschen Kandidaten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Spaniens von 1868-1880 (x815/85-87): >>(Spanien) ... Narvaez starb plötzlich am 23. April 1868. Sein Nachfolger Gonzalez Bravo mußte den Günstling Isabellas, Marfori, in das Ministerium aufnehmen.

Nachdem im Juli eine unionistische Verschwörung ... entdeckt und ihre Häupter, die angesehensten Generale, wie Serrano, Dulce und andere, nach den Kanarischen Inseln deportiert worden waren, begab sich die Königin nach San Sebastian, um von hier aus mit Napoleon die Besetzung Roms durch spanische Truppen zu verabreden.

Inzwischen aber vereinigten sich die liberale Union, die Progressisten und die Republikaner zu einer gemeinsamen Erhebung gegen die Mißregierung Isabellas. Die unionistischen Generale wurden von den Kanarischen Inseln durch einen Dampfer abgeholt und nach Cadix gebracht, wo auch Prim erschien und die Flotte unter Admiral Topete am 18. September 1868 die Absetzung Isabellas verkündete.

Der Aufruhr verbreitete sich rasch über ganz Spanien. General Pavia sammelte die treu gebliebenen Truppen und rückte den Aufständischen nach Andalusien entgegen, wurde aber am 28. September bei Alcolea in der Nähe von Cordoba geschlagen. Serrano hielt am 3. Oktober seinen Einzug in Madrid, während Isabella am 30. September nach Frankreich floh.

Die Unionisten und die Progressisten unter Prim bildeten nun eine provisorische Regierung unter Serranos Vorsitz, welche sofort den Jesuitenorden aufhob, die Klöster beschränkte und volle Presse- und Unterrichtsfreiheit einführte; das Volk schwelgte im Genuß der Freiheit und ergoß sich in Lobreden auf die Helden der glorreichen Revolution.

Die konstituierenden Cortes, welche nach einem neuen Gesetz gewählt wurden, traten am 11. Februar 1869 zusammen: die Unionisten zählten nur 40 Mitglieder, womit ihr Thronkandidat Montpensier beseitigt war, die Republikaner 70; die Progressisten hatten die Mehrheit. Auch diese wünschten die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie und brachten am 1. Juni 1869 eine monarchisch-konstitutionelle Monarchie in den Cortes zur Annahme. Doch lehnte König Ferdinand von Portugal am 6. April die ihm angebotene spanische Krone ab, ebenso der junge Herzog von Genua, so daß die Cortes die Einsetzung einer Regentschaft beschlossen und Serrano am 18. Juni zum Regenten ernannten.

Die Ungewißheit über die politische Gestaltung des Landes ermutigte Don Karlos, den Enkel des älteren Don Karlos, im Juli den spanischen Boden zu betreten und mit Hilfe der Geistlichkeit in den Nordprovinzen karlistische Aufstände zu erregen, während sich in mehreren Städten, namentlich in Barcelona, die Republikaner erhoben.

Endlich gelang es dem Ministerpräsidenten Prim, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone zu bewegen, und am 4. Juli 1870 beschlossen Regent und Ministerium, dessen Kandidatur den Cortes vorzuschlagen. Der unerwartete Einspruch Frankreichs vereitelte dieselbe, da der Erbprinz am 12. Juli auf seine Kandidatur verzichtete, um nicht Ursache eines großen Krieges zu werden. Als der deutsch-französische Krieg dennoch ausbrach, verhielt sich die spanische Regierung, welche sich sofort mit dem Verzicht des Prinzen einverstanden erklärt hatte, streng neutral.

An Stelle des Hohenzollern gewann Prim in dem Herzog Amadeus von Aosta, dem zweiten Sohn des Königs Viktor Emanuel von Italien, einen neuen Thronkandidaten, der am 16. No-

vember von den Cortes mit 191 gegen 98 Stimmen zum König gewählt wurde.

An demselben Tag, an welchem König Amadeus in Cartagena landete, am 30. Dezember 1870, starb Marschall Prim, der 27. am Dezember in Madrid von Meuchelmördern tödlich verwundet worden war. Damit verlor der junge Herrscher seine festeste Stütze. Dennoch trat er am 2. Januar 1871 die Regierung an und beauftragte Serrano mit der Bildung eines Kabinetts.

Die Granden gaben Amadeus ihre Geringschätzung in schroffster Weise zu erkennen; eine Anzahl Offiziere verweigerte den Eid. Die Wahlen für die Cortes im März ergaben eine knappe Mehrheit für die Regierung; unter der Opposition befanden sich 60 Republikaner und 65 Karlisten, welche den König aufs heftigste angriffen. Dabei war unter den Anhängern des Königs keine Einigkeit: Serrano wurde von dem ränkevollen Zorrilla, einem radikalen Progressisten, schon im Juli aus dem Ministerium gedrängt, der sich aber auch nur bis zum Oktober an der Spitze der Regierung behauptete.

Der konservative Progressist Sagasta, seit Ende 1871 Ministerpräsident, erlangte nach der Auflösung der Cortes bei den Neuwahlen im April 1872 eine Mehrheit und machte im Juni wieder Serrano Platz, der gegen die Karlisten mit Erfolg gekämpft, ihnen aber in der Konvention von Amorevieta (24. Mai 1872) Amnestie gewährt hatte, um die Ruhe in Spanien herzustellen. Hierfür verlangte er vom König außerordentliche Vollmachten, die derselbe jedoch auf Anstiften Zorrillas verweigerte.

Dieser trat am 16. Juni wieder an die Spitze des Kabinetts, vermochte aber weder den Parteikämpfen in den neuen Cortes, in denen die ministerielle Mehrheit immer deutlicher ihre republikanischen Grundsätze kundgab, noch den Aufständen im Land ein Ende zu machen. Überzeugt, daß er keine feste Autorität in dem unterwühlten Land gewinnen könne, dankte Amadeus am 10. Februar 1873 ab und begab sich über Lissabon nach Italien zurück.

Die Cortes erklärten sofort mit 256 gegen 32 Stimmen Spanien für eine Republik und erwählten Figueras zum Präsidenten, einen föderalistischen Republikaner, der die Befugnisse der Zentralregierung und der Cortes auf das Notwendigste beschränken, den Provinzen, Städten und Gemeinden aber möglichst ausgedehnte Autonomie gewähren wollte. ... Nachdem die Anhänger des Einheitsstaates verjagt worden waren, errangen die Föderalisten bei den Corteswahlen am 10. Mai eine erdrückende Mehrheit. Figueras erschien dieser nicht extrem genug, und Pi y Margall trat an seine Stelle, unter dem völlige Anarchie eintrat.

Im Norden breiteten sich die Karlisten wieder aus; der Prätendent Don Karlos nahm in Estella sein Hauptquartier.

In den großen Städten des Südens, wie Malaga, Cadiz, Sevilla und Cartagena, suchten die roten Kommunisten (Intransigenten) durch sofortige Verwirklichung der Föderativrepublik ihre Herrschaft zu begründen, proklamierten die Autonomie Andalusiens, errichteten Wohlfahrtsausschüsse und bemächtigten sich mehrerer Kriegsschiffe.

Die Cortes sahen nun die Notwendigkeit ein, Karlisten und Intransigenten energisch zu bekämpfen.

Zu diesem Zweck trat der bisherige Föderalist Castelar am 9. September an die Spitze der Regierung, vertagte die Cortes, nachdem er sich zu Ausnahmemaßregeln hatte ermächtigen lassen, suspendierte am 21. September die konstitutionellen Garantien und verkündete die Kriegsgesetze in voller Strenge. Sevilla, Malaga und Cadiz wurden sofort unterworfen, Cartagena mußte aber regelrecht belagert werden und ergab sich erst am 12. Januar 1874.

Im Norden machten die Karlisten immer größere Fortschritte, und das Gebaren der Cortes, die nach ihrem Zusammentritt (2. Januar 1874) Castelar jeden Dank für seine energische Tätigkeit verweigerten und ihn zum Rücktritt zwangen, ließ das Schlimmste befürchten: da ließ Serrano am 3. Januar durch den General Pavia die Versammlung auseinander sprengen und trat als Präsident der Exekutivgewalt an die Spitze einer neuen Regierung, die sich vor allem die Be-

endigung des Karlistenkrieges zum Ziel setzte.

Der Kampf drehte sich um Bilbao, das die Karlisten seit dem Dezember 1873 belagerten. Zwar zwang Serrano sie im Mai, die Belagerung aufzugeben; doch schlugen sie die Regierstruppen unter Concha vom 25. bis 27. Juni bei Estella, und Don Karlos' Bruder drang wiederholt über den Ebro, im Juli sogar bis Cuenca vor. Endlich bereitete Serrano für Anfang 1875 einen energischen konzentrischen Angriff auf die Karlisten vor und verstärkte die Armee auf 80.000 Mann, als auch er plötzlich gestürzt wurde.

Nachdem die Versuche, einen fremden Fürsten auf den spanischen Thron zu erheben, gescheitert waren, das Experiment mit der Republik Spanien (zur) völligen Anarchie ... (führte), Don Karlos aber durch seine enge Verbindung mit dem Ultramontanismus und seine barbarische Kriegführung sich unmöglich gemacht hatte, blieb nur der älteste Sohn Isabellas, Alfons, der durch den Verzicht seiner Mutter vom 25. Juni 1870 Erbe der Thronansprüche der jüngeren bourbonischen Linie geworden war, als Kandidat der gemäßigt Liberalen für den Thron übrig. Seine Erhebung erschien besonders den Offizieren als die einzige Rettung aus dem Chaos, und im Einverständnis mit den einflußreichsten Generalen proklamierte Martinez Campos am 29. Dezember 1874 in Sagunto Alfons XII. als König von Spanien.

Die Nordarmee und die Garnison von Madrid erklärten sich für ihn, und Serrano legte sein Amt ohne Widerstandsversuch nieder. Das Haupt der alfonsistischen Partei, Canovas del Castillo, wurde an die Spitze eines liberal-konservativen Ministeriums berufen, welches der König nach seinem Einzug in Madrid (14. Januar 1875) bestätigte. Die neue ... vereinbarte Verfassung hob zwar die Geschworenengerichte, die Zivilehe und die Lehrfreiheit auf und machte dem Klerus noch einige andere Zugeständnisse, um dem Karlismus den Boden zu entziehen; doch versprach sie, ehrlich und mit Mäßigung gehandhabt, eine friedliche und freiheitliche Entwicklung.

Der Karlistenkrieg wurde nun von den Generalen Quesada und Moriones nach einem systematischen Plan und mit ausreichenden Streitkräften geführt und durch die Eroberung von Vitoria (8. Juli 1875), von Seo de Urgel (26. August) und Estella (19. Februar 1876) glücklich beendet; Don Karlos trat am 28. Februar ... auf französisches Gebiet über. Die Fueros der baskischen Provinzen wurden aufgehoben.

Die am 20. Januar 1876 gewählten neuen Cortes, in denen die Regierung eine starke Mehrheit hatte, wurden am 15. Februar vom König eröffnet und genehmigten am 24. Mai die neue Verfassung. ...

Der Aufstand in Kuba wurde Anfang 1878 endlich auch beschwichtigt, allerdings nur durch den Vertrag von Tanjon (10. Februar 1878), in welchem General Martinez Campos den Insurgenten Amnestie, Aufhebung der Sklaverei und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Insel zugestehen mußte. ...

Ministerpräsident Canovas brachte 1880 ein Gesetz über die Aufhebung der Sklaverei in Kuba in den Cortes durch; aus Rücksicht auf die spanischen Finanzen blieben aber die Ausfuhrzölle daselbst sowie die Monopole zu Gunsten des spanischen Handels und Gewerbes bestehen. ...<<

## **1869**

**Preußen:** August Bebel (1840-1913, 1871-1913 Mitglied des Reichstages) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900, 1848/49 am Badischen Aufstand beteiligt, ab 1874 Mitglied des Reichstages) gründen im Jahre 1869 in Eisenach die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP).

August Bebel nennt im Jahre 1869 folgende Ziele der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (x239/154-155): >>Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß

keiner ungerecht betroffen werde. Das sind drei Dinge die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen.

Der Staat soll allerdings – so meinen auch die Sozialdemokraten – die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe.

Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existiert. Was nützt ihm (dem Arbeiter) die große politische Freiheit, wenn er dabei hungert, ... um schließlich elend zugrunde zu gehen. ...

Als Zweck des Staates betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens. ...<<

August Bebel berichtet später in seinen Lebenserinnerungen über seine Herkunft (x145/125-126): >>Mein Vater war der Unteroffizier Johann Gottlob Bebel in der 3. Kompanie des 25. Infanterieregiments. ...

Das "Licht der Welt", in das ich nach meiner Geburt blickte, war das trübe Licht einer zinnernen Öllampe, das notdürftig die grauen Wände einer großen Kasemattenstube beleuchtete, die zugleich Schlaf- und Wohnzimmer, Salon, Küche und Wirtschaftsraum war. ...

Eine preußische Unteroffiziersfamilie der damaligen Zeit lebte in erbärmlichen Verhältnissen. Das Gehalt war mehr als knapp, wie denn zu jener Zeit überhaupt in der Militär- und Beamtenwelt Preußens Schmalhans Küchenmeister war, und so ziemlich jeder für Gott, König und Vaterland den Schmachtriemen anziehen und hungern mußte. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand August Bebel (x802/-581): >>Bebel, Ferdinand August, einer der Führer der sozialdemokratischen Partei, geboren am 22. Februar 1840 zu Köln, besuchte die Dorfschule in Brauweiler, später die Bürgerschule in Wetzlar, kam 1860 nach Leipzig, wo er sich 1864 als Drechslermeister etablierte, warf sich seit 1862 mit Fanatismus in die deutsche Arbeiterbewegung und war seit 1865 Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und Mitglied des ständigen Ausschusses der deutschen Arbeitervereine.

Seit 1869 Mitarbeiter am "Volksstaat" in Leipzig, wurde er 1867 im 17. Wahlkreis (Glauchau-Meerane) des Königreiches Sachsen in den norddeutschen, 1871 in den deutschen Reichstag gewählt. In Schrift und Rede verkündigte Bebel seine sozialdemokratischen Ideen, zeigte sich der Hegemonie Preußens in Deutschland und der Neugestaltung des Deutschen Reiches bei jeder Gelegenheit entschieden feindlich, nahm offen Partei für die Pariser Kommune und die Internationale und sprach in der Reichstagssitzung vom 25. Mai 1871 das Wort: "Krieg den Palästen überall!" mit Gelassenheit aus.

Immer mehr den Umsturzplänen sich hingebend, wurde er 1872 der Vorbereitung des Hochverrates gegen das Deutsche Reich und gegen das Königreich Sachsen angeklagt und nebst seinem Gesinnungsgenossen Liebknecht vom Schwurgericht zu Leipzig am 26. März zu zwei Jahren Festungshaft, wegen Beleidigung des deutschen Kaisers außerdem noch vom Leipziger Gerichtshof am 6. Juli zu neunmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Nachdem er auch 1874 seinen früheren Wahlkreis im deutschen Reichstag vertreten hatte, nahm er 1878 die Wahl in Dresden an, wo er infolge der Haltung der Fortschrittspartei über den früheren Minister von Friesen den Sieg davontrug, und 1884 in Hamburg.

Er schrieb: "Unsere Ziele" (6. Auflage); "Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters" (Leipzig 1876); "Christentum und Sozialismus"; "Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" (1883); "Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode" (Stuttgart 1884) u.a. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Wilhelm Liebknecht (x810/774-775): >>Liebknecht, Wilhelm, sozialdemokratischer Agitator, geboren am 29. März 1826 zu

Gießen, studierte daselbst, in Berlin und Marburg Philologie und Philosophie, beteiligte sich 1848 am badischen Aufstand, saß vom September 1848 bis Mai 1849 in Haft, nahm an der neuen Erhebung für die Reichsverfassung in Baden teil und flüchtete nach deren Unterdrückung erst nach der Schweiz, dann nach England.

1862 kehrte er nach Deutschland zurück und war als Journalist, zeitweilig auch an der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", tätig, wurde aber 1865 wegen seiner sozialdemokratischen Agitationen aus Preußen ausgewiesen und ging nach Leipzig, wo er seit dem 1. Januar 1868 das "Demokratische Wochenblatt", Organ der Volkspartei und des Verbandes deutscher Arbeitervereine, redigierte.

1872 wurde er wegen Hochverrates mit Bebel zusammen zu zwei Jahren Festung verurteilt, die er auf Hubertusburg abbüßte. Während seiner Haft wurde er 1874 im Wahlkreis Stollberg-Schneeberg im Königreich Sachsen in den deutschen Reichstag gewählt, welchem er 1875-87 angehörte. 1879 wurde er auch in die sächsische Zweite Kammer gewählt. Mit Hasenclever redigierte er die Zeitung "Vorwärts" in Leipzig, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Liebknecht ist ein fanatischer Preußenhasser, er besonders hat der deutschen Sozialdemokratie den vaterlandsfeindlichen Charakter aufgeprägt. 1886 besuchte er Nordamerika, worüber er Reisebriefe ("Ein Blick in die neue Welt", Stuttgart 1887) veröffentlichte. ...<<

**Schweiz:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1869-1871 (x814/763): >>... 1869 wurde die wichtige Frage eines Alpennordoststichs zu Gunsten des St. Gotthard entschieden, und Italien und Deutschland verpflichteten sich zu ansehnlichen Subventionen.

Der deutsch-französische Krieg von 1870 zog auch die Schweiz in Mitleidenschaft, indem er sie nötigte, zum Schutz der Neutralität bedeutende Truppenmassen ... an der Grenze aufzustellen. Als die flüchtige französische Ostarmee nach ihrer Niederlage bei Belfort am 1. Februar 1871, 85.000 Mann stark, die Schweizer Grenze überschritt, mußte sie entwaffnet und in der Schweiz einquartiert werden, was die Sympathien mit Frankreich so wenig abkühlte, daß es am 9. März 1871 in Zürich zu einem rohen Exzeß gegen die Deutschen, welche ein Siegesfest feierten, kam. Unruhen bei der Verhaftung der Tumultuanten (Unruhestifter) hatten sogar die eidgenössische Besetzung der Stadt und die Einsetzung eidgenössischer ... (Schwurgerichte) zur Aburteilung der Schuldigen zur Folge. ...<<

## 1870

**Norddeutscher Bund:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1870-1871 (x804/901-905): >>(Deutschland) ... Die Reichstags-session, die am 14. Februar 1870 eröffnet und am 26. Mai geschlossen wurde, förderte nach Kräften das Werk des Ausbaues und der Festigung des deutschen Bundesstaates, indem das Strafgesetzbuch, ein Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und die Subvention der Gotthardbahn genehmigt wurden; selbst das Zollparlament schwang sich zu dem Beschluß auf, die Münzreform für eine Zollvereinsangelegenheit, also eine allgemein deutsche, zu erklären, allerdings unter pathetischem Einspruch der süddeutschen Fraktion gegen diese Kompetenzüberschreitung.

Im Reichstag kam auch die Union mit den Südstaaten wieder zur Sprache, indem der Abgeordnete Lasker ... Badens Aufnahme in den Norddeutschen Bund in Anregung brachte. Bismarck machte dagegen geltend, daß man auf Bayern und Württemberg keine Pression ausüben dürfe, indem man das ohnehin schon national gesinnte Baden von ihnen trenne; es sei nicht gut, den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen.

In der Tat sammelten 1869 und 1870 alle Gegner der Entwicklung von 1866 im Süden noch einmal ihre Kräfte, um den nationalen Bestrebungen, die auch in den Regierungen Bayerns und Württembergs zum Durchbruch kamen, den Boden zu entziehen.

Bei den Neuwahlen für das bayerische Abgeordnetenhaus am 22. Mai 1869 errangen die mit Partikularisten und Demokraten verbündeten Ultramontanen die Majorität (79 gegen 75 Stimmen), und als wegen des fast gleichen Stimmenverhältnisses beim Zusammentritt der Kammer im September keine Präsidentenwahl zustande kam und dieselbe aufgelöst wurde, behaupteten die Ultramontanen bei der Neuwahl mit 80 gegen 74 Stimmen den Sieg. Unter diesen Umständen mußte der national gesinnte liberale Ministerpräsident Fürst Hohenlohe weichen, und der partikularistische Graf Bray trat am 7. März 1870 an seine Stelle; von ihm war keine weitere Annäherung an den Norden zu erwarten.

Noch heftiger gebärdete sich die antinationale Volkspartei in Württemberg, die im Bund mit Ultramontanen und Partikularisten die Majorität in der Kammer besaß. Sie zwang durch ihre Opposition gegen das von der Regierung vorgelegte Kriegsdienstgesetz, gegen welches sie eine Petition mit 150.000 Unterschriften zusammenbrachte, den Kriegsminister Wagner zum Rücktritt (März 1870). Wenn auch die Rekonstruktion des Ministeriums nicht nach ihren Wünschen ausfiel, so konnte doch von einem Anschluß Württembergs an den Norddeutschen Bund jetzt nicht die Rede sein.

Auch in den neuen preußischen Provinzen machten sich rückläufige Bewegungen geltend. Noch bestand die Welfenlegion, welche Hannover für Georg V. wiedererobern sollte.

Die der preußischen protestantischen Hegemonie über Deutschland besonders abgeneigte ultramontane, von den Jesuiten geleitete Partei erprobte gerade damals auf dem vatikanischen Konzil ihre Macht über die Kirche und die katholische Christenheit, und der glückliche Erfolg des Unfehlbarkeitsdogmas mußte sie ermutigen, nun offener nach ihrem letzten Ziel, der Weltherrschaft, zu streben.

Angefeuert durch diesen Bundesgenossen, durch die Preußen feindseligen Strömungen in Deutschland, ... Rachegefühle, glaubte die französische Regierung den Augenblick gekommen, da es Revanche für Sadowa nehmen, Frankreichs "berechtigtes Übergewicht" in Europa durch Zertrümmerung der deutschen Einheit und Eroberungen am Rhein wiederherstellen und durch die kriegerische Aufregung und den Ruhm der Waffen sich selbst aus der bedrängten inneren Situation befreien könnte.

Die ohne Mitwissen der norddeutschen Bundesregierung aufgestellte spanische Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern diente Napoleon III. zum Vorwand, um den Krieg, welchen er wegen mangelhafter Vorbereitung der französischen Armee weder 1866 noch 1867 hatte wagen können, nun, nach Vollendung der Nielschen Heeresreorganisation, zu unternehmen.

Nachdem die Kammer, die Presse und die öffentliche Meinung durch chauvinistische Agitationen aufgereizt worden waren, genügte der Verzicht des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr, um die fieberhaft erregten Gemüter zu befriedigen; das französische Ministerium stellte an König Wilhelm am 13. Juli 1870 das ganz unberechtigte Ansinnen, daß er sich schriftlich verpflichte, nie wieder eine Erneuerung der hohenzollerischen Kandidatur zu gestatten, und als dasselbe abgelehnt wurde, erklärte es am 19. Juli den Krieg.

Diese freche Herausforderung des alten Erbfeindes, der besonders im Süden beim Volk verhaßt war, entzündete auf einmal einen leidenschaftlichen Zorn und einen begeisterten Enthusiasmus in Deutschland; die ganze Nation war eins in diesen Gefühlen, welche sich bald in feste Entschlossenheit und aufopferungsvolle, hingebende Vaterlandsliebe abklärten.

Den sofort zusammenberufenen norddeutschen Reichstag eröffnete ... König Wilhelm am 19. Juli mit einer des erhabenen Augenblicks würdigen Thronrede: "Hat Deutschland", sagte er, "derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war.

Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu

knüpfen begonnen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feind keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat.

Wir werden nach dem Beispiel unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."

Der Reichstag beantwortete diese Worte mit einer begeistert zustimmenden Adresse und der einstimmigen Bewilligung der geforderten Kriegsleihe von 120 Millionen Talern und verlängerte seine eigene Legislaturperiode bis Ende des Jahres, worauf er am 21. Juli geschlossen wurde. Die süddeutschen Fürsten ließen sofort in Berlin erklären, daß sie ... ihre sämtlichen Streitkräfte dem Oberbefehl des Königs von Preußen unterstellten. Die süddeutschen Kammern folgten. Die hessische, badische und auch die württembergische bewilligten die geforderten Rüstungsgelder mit Einstimmigkeit, die bayerische Zweite Kammer mit 101 gegen 47 Stimmen.

Nur die verbissenen Ultramontanen verteidigten aus Haß gegen Preußen eine bewaffnete Neutralität; selbst solche Bayern, welche eifersüchtig die Selbständigkeit ihrer engeren Heimat wahrten, erkannten, daß dieselbe nur dadurch zu erhalten sei, daß Bayern freiwillig seine deutsche Pflicht erfülle.

Die süddeutschen Kontingente wurden mit drei preußischen Armeekorps zur dritten deutschen Armee unter dem Befehl des Kronprinzen von Preußen vereinigt, während die erste und zweite Armee aus norddeutschen Truppen bestanden. So war die Kriegsmacht des ganzen deutschen Volkes zum erstenmal nach Jahrhunderten wieder vereinigt, und ihre glänzenden Siege bewiesen, welche gewaltige Kraft ihr innewohnte, wenn sie gut vorbereitet und gut geführt war.

In den Schlachten von Wörth und Spichern, in dem blutigen Ringen an den drei Kampftagen vor Metz, endlich bei Sedan wetteiferten die deutschen Truppen an Tapferkeit und Todesmut. Dieselben Truppen, welche 1866 am Main so wenig geleistet, taten es jetzt den besten preußischen Regimentern gleich.

Deutsches Gebiet, welches in früheren Kriegen mit dem französischen Nachbar stets Kriegsschauplatz gewesen und immer wieder arg verwüstet worden war, wurde diesmal nur in Saarbrücken auf kurze Zeit vom Feind betreten. Schon einen Monat nach Beginn der Feindseligkeiten war eine große Armee der Franzosen kriegsgefangen, eine zweite in Metz eingeschlossen und die deutschen Heere tief im Inneren Frankreichs auf dem Marsch nach Paris.

Wie das deutsche Volk seit dem Ausbruch des Krieges sich wieder nach langer Trennung und Spaltung als ein Volk von Brüdern fühlen gelernt und an den Heldentaten seiner wehrhaften Männer, welche ihm als Siegespreis die Sühne langer Schmach, die Rückgabe Elsaß-Lothringens, verhießen, sich zu hohem und stolzem Nationalgefühl aufgerichtet hatte, so zeigte es sich auch von Anfang an fest entschlossen, seine wunderbaren Erfolge zur Herstellung eines einheitlichen, starken und großen Reiches zu benutzen.

Schon nach den ersten großen Siegen der deutschen Heere hatte die Stimme des Volkes laut eine Einigung von ganz Deutschland gefordert; diese Forderung war dann im Verlauf des Krieges mit einer solchen Entschiedenheit und Einstimmigkeit erneuert worden, daß die Regierungen der süddeutschen Staaten ihr die Gewährung nicht zu versagen wagten.

War doch eben durch diesen Krieg klarer als je erwiesen worden, daß nur auf der Einigung aller Stämme die Sicherheit Deutschlands, besonders des Südens, für die Dauer begründet sei, und durch die Besiegung Frankreichs die Rücksichtnahme auf diesen Nachbar beseitigt, die sich bisher wie ein Bleigewicht allen auf die Einheit Deutschlands gerichteten Bestrebungen angehängt hatte.

Auch Österreich hatte durch Beusts zweideutige Haltung bei Beginn des Krieges alles Recht verwirkt, noch in deutschen Angelegenheiten ein Wort zu reden.

Die Hauptschwierigkeit lag indes in der Frage, ob es möglich sein würde, die Einheit unter genügender Berücksichtigung der Ansprüche der süddeutschen Staaten auf ein reichliches Maß innerer Selbständigkeit herzustellen, zumal da König Wilhelm und Bismarck jeden Gedanken einer Pression auf die süddeutschen Staaten ablehnten, nachdem dieselben so loyal ihren Vertragspflichten nachgekommen waren.

Als zuerst Baden (2. September 1870) die Frage nach einer festeren Einigung bei der Regierung des Norddeutschen Bundes anregte und dann auch Bayern den Wunsch nach Verhandlungen hierüber kundgab, reiste der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, im Auftrag Bismarcks nach München (21. September), um die Vorschläge der süddeutschen Regierungen entgegenzunehmen. In den hier stattfindenden Konferenzen ... machte indes Bayern derartige Forderungen, daß eine Verständigung unmöglich erschien.

Daraufhin lud Bismarck die drei anderen süddeutschen Staaten ein, Bevollmächtigte zu Unterhandlungen nach Versailles zu senden, an denen teilzunehmen Bayern freigestellt wurde. Hier kamen im Lauf des Oktobers je zwei Vertreter der vier Staaten mit den Bevollmächtigten des Bundes, den Ministern Delbrück, Roon und Friesen, zu Konferenzen zusammen, die bald zu befriedigendem Abschluß führten, zuerst mit Baden und Hessen (15. November), welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit geringen Änderungen (in Bezug auf die Besteuerung) annahmen. ...

Am 23. November wurde der Vertrag mit Bayern unterzeichnet, in welchem ... (den Bayern) sehr erhebliche Sonderrechte zugestanden wurden. Es behielt sein besonderes Gesandtschaftsrecht, die Verwaltung seines Heerwesens, eigene Post, Eisenbahnen und Telegraphen, eigene Besteuerung von Bier und Branntwein und besondere Bestimmungen hinsichtlich des Heimat- und Niederlassungsrechts.

Obleich dieser Vertrag der nationalen Partei das Maß berechtigter Eigentümlichkeit weit zu überschreiten schien, fand er doch im bayerischen Abgeordnetenhaus von seiten der ultramontanen Patriotenpartei lebhaften Widerspruch und wurde erst nach zehntägigen Debatten am 21. Januar 1871 mit 102 gegen 48 Stimmen angenommen, nachdem sich die Patriotenpartei gespalten hatte; die Reichsräte hatten ihn schon 30. Dezember 1870 mit 30 gegen 3 Stimmen genehmigt.

Zuletzt wurde am 25. November der Vertrag mit Württemberg abgeschlossen; derselbe glich im wesentlichen dem bayerischen, nur schloß Württemberg, gleich Baden und Hessen, mit Preußen eine Militärkonvention ab, nach welcher die württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein in sich geschlossenes Armeekorps bilden sollten. ...

Der norddeutsche Reichstag wurde am 24. November wieder zusammenberufen, um den Verträgen mit den süddeutschen Staaten ebenfalls seine Zustimmung zu erteilen. Auch hier stießen die bayerischen und württembergischen Verträge wegen der zu weit gehenden Reservatrechte auf Widerspruch, besonders von seiten der Fortschrittspartei, wurden jedoch endlich auf dringende Befürwortung der Regierung am 9. Dezember angenommen. Auch eine neue Kriegsanleihe von 100 Millionen Talern wurde bewilligt.

Am 4. Dezember machte Delbrück dem Reichstag davon Mitteilung, daß der König von Bayern bei den deutschen Fürsten und Freien Städten beantragt habe, mit dem Präsidium des künftigen Deutschen Bundes den Titel "deutscher Kaiser" zu verbinden, und daß die Fürsten und Städte alle zugestimmt hätten.

Ohne daß die Rechte des bisherigen Präsidiums dadurch vermehrt wurden, wurde doch das Ansehen des Bundesoberhauptes erhöht, seine Würde eine Stufe höher als die der übrigen Fürsten gestellt und dem deutschen Volk ein altes Symbol seiner Einheit und Macht damit zurückgegeben. Dem entsprechend wurde auch der neue Bund "Deutsches Reich" genannt.

Nachdem am 10. Dezember der erste und letzte norddeutsche Reichstag geschlossen worden war, begab sich eine Deputation desselben von 30 Mitgliedern nach Versailles, um dem König von Preußen eine Adresse zu überbringen, welche ihn "vereint mit den Fürsten Deutschlands" bat, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.

Die Deputation, geführt von dem Präsidenten Simson, der 21 Jahre früher an der Spitze der Deputation des Frankfurter Parlaments Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, wurde am 18. Dezember in Versailles feierlich empfangen. König Wilhelm nahm die Krone an, vorbehaltlich der formellen Kundgebung der freien Zustimmung der Fürsten und Städte.

Nachdem dieselbe erfolgt war, erließ der König am 17. Januar 1871 folgende Proklamation an das deutsche Volk: "Wir Wilhelm, König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachkommen an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterland die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Am 18. Januar 1871, 170 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, geschah im Spiegelsaal des französischen Königsschlusses zu Versailles die feierliche Verkündung der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches in Gegenwart einer glänzenden Versammlung von Fürsten, Prinzen und Kriegshelden, und am 19. Januar gab der Donner der Kanonen in der siegreichen Schlacht am Mont Valérien dazu die Weihe.

Der Kaiserproklamation folgte unmittelbar die Kapitulation von Paris und damit das Ende des unvergleichlichen Krieges. Die Versailler Friedenspräliminarien (26. Februar) gaben Deutschland Elsaß mit Straßburg und Deutsch-Lothringen mit Metz zurück und verschafften ihm eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franc.

Wohl erregte dieser glänzende Erfolg den Neid der anderen Mächte, und namentlich England hatte wiederholt zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren gesucht. Indes ... (durch Englands) schwächliche Neutralität bei Ausbruch des Krieges und die illoyale Unterstützung der französischen Republik durch Zuführung von englischen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial hatten es alle Ansprüche ... (verloren), und seine Intervention wurde zurückgewiesen.

Dem Kaiser von Österreich zeigte Bismarck am 14. Dezember 1870 die Neugestaltung der Dinge in Deutschland an und betonte den Wunsch des neuen Reiches, zu dem durch gemeinschaftliche wichtige Interessen verbundenen Nachbarreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, welchen Wunsch Beust am 26. Dezember ebenso verbindlich erwiderte.

Das treue Wohlwollen des russischen Kaisers, welches Deutschland manche Verwickelungen, besonders im ersten Teil des Krieges, erspart hatte, vergalt die deutsche Regierung durch Unterstützung des russischen Verlangens, von einigen drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 befreit zu werden, was die Pontuskonferenz in London am 13. März 1871 zugestand.

Auch Italien hatte Nutzen von den deutschen Siegen gezogen, indem es, von Frankreich nicht mehr gehindert, sich im September 1870 den Rest des Kirchenstaates einverleiben und darauf (im Januar 1871) Rom zur Hauptstadt erheben durfte.

Der definitive Friede zwischen Deutschland und Frankreich wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main abgeschlossen.

Am 21. März 1871 wurde in Berlin der erste deutsche Reichstag eröffnet. Die Wahlen (3. März) waren gut national ausgefallen; doch zählte man unter den 382 Abgeordneten 60 Ultramontane, welche den Kern aller Oppositionselemente bildeten.

Die Thronrede des Kaisers Wilhelm I., der am 17. März nach Berlin zurückgekehrt war, konnte mit Stolz und Genugtuung verkünden: "Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung, und der Geist, welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft.

Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.

Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."

Bei der Adreßdebatte machte sich schon die Opposition der neuen katholischen Zentrumspartei geltend, welche ihre Hoffnung, den Einfluß der siegreichen neuen Macht für den Papst und die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft geltend zu machen, getäuscht sah. Ebenso wurde ihr Versuch, gewisse kirchliche Grundrechte in die Reichsverfassung einzuschieben, vereitelt.

Diese Verfassung, eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung, wurde ohne lange Debatten am 14. April 1871 mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Sie erhöhte die Zahl der Mitglieder und Stimmen des Bundesrates, der nun aus den Bevollmächtigten von 25 Staaten bestand, von 43 auf 58.

Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrates erforderlich, außer im Fall eines erfolgten Angriffes auf Bundesgebiet, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Elsaß-Lothringen wurde Reichsland, d.h. gemeinsamer Besitz des Reiches. So war das neue Deutsche Reich begründet.

Wohl kam es dem alten, 1806 zu Grunde gegangenen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an Umfang und Machtansprüchen nicht gleich: der neue Kaiser trug nicht die älteste und erhabenste Krone der Christenheit, er war nicht Oberlehnsherr der deutschen Reichsfürsten und beanspruchte nicht die Oberhoheit über große Nachbarlande. Die politische Verbindung mit den österreichischen Landen war gelöst, Luxemburg aufgegeben. Dafür aber waren

Schleswig und Elsaß-Lothringen neu gewonnen, und was das Reich an äußerem Glanz und Ausdehnung verlor, das ersetzte es durch innere Einheit und Kraft.

Unter der gesetzlich geordneten, von einem Staat wie Preußen getragenen Reichsgewalt, unter einer erblichen Dynastie, welche eine große, aber rein deutsche Hausmacht besaß, konnte das deutsche Volk nun eine einheitliche Kulturarbeit beginnen. Nach außen war es durch seine Militärmacht gesichert, im Inneren konnten die Territorialgewalten der Reichseinheit und dem Wohl des Ganzen nicht mehr gefährlich werden und in dem ihnen überlassenen Bereich durch fruchtbaren Wettstreit Gutes und Edles stiften.

Nach mehr als 200jährigen Mühen und Kämpfen war Deutschland wieder Herr seiner selbst und seiner Geschicke und auf einer Stufe geistiger und materieller Entwicklung, welche es in die Reihe der führenden Kulturstaaten stellte. ...<<

**Spanien, Frankreich, Preußen:** Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annimmt, reagiert der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

### **Der französisch-deutsche Krieg 1870/71**

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtet später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl

zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautet nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/-145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergibt der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113-114): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte.

Der französische Botschafter Benedetti mußte am 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems dem preußischen König Wilhelm I. das Ansinnen stellen, er solle die bestimmte Versicherung geben, daß die hohenzollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden dürfe; auch eine schriftliche Entschuldigung wegen dieser Sache, in Form eines Briefes des Königs an Napoleon III., wurde beansprucht.

Als Wilhelm I. diese Zumutungen kurzweg abwies, dem französischen Botschafter weitere Audienzen in dieser Sache verweigerte und Bismarck den Sachverhalt in der von ihm in scharfer Form redigierten "Emser Depesche" amtlich bekannt machen ließ, erklärte man die Ehre Frankreichs verletzt.

In der Sitzung vom 15. Juli erhob Thiers vergebens seine warnende Stimme. Ollivier versicherte, daß das Ministerium "mit leichtem Herzen" die Verantwortlichkeit übernehme. Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin überreicht, und Napoleon III. übernahm

in Metz am 28. Juli das Oberkommando der Rheinarmee, nachdem er der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen hatte. ...<<

Angesichts der öffentlichen preußischen Ablehnung fühlten sich die französische Regierung und Kaiser Napoleon III. angeblich dermaßen beleidigt und gedemütigt, daß die französische Ehrenstellung gerettet werden mußte.

Bismarck, der wie Kaiser Wilhelm I. Angriffskriege grundsätzlich ablehnt, schreibt später über den Krieg 1870/71 (x063/440): >>Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifer die Sympathie aller edel Gesonnenen und Länder zu Seite stehen und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen.

Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870. Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keine Alliierten finden, ... ja überhaupt keine Neutrale, wohl aber Gegner ...<<

Friedrich Engels schreibt am 15. August 1870 in einem Brief an Karl Marx über den Krieg gegen Frankreich (x261/109): >>Deutschland ist durch Badinguet (Spotname für Napoleon III.) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es gegen Badinguet so ist der Bonapartismus auf Jahre befestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt.

Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen.

Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anders nationalem Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus.

Die ganze Masse des deutschen Volkes hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Sybel schreibt damals über den französisch-preußischen Krieg (x056/249): >>Das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwert gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldet fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf. ...<<

Bismarck berichtet später während einer Reichstagsrede über den Krieg 1870/71 (x063/405,406): >>... Der Gedanke einen Krieg zu führen, weil er vielleicht später unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden kann, hat mir immer ferngelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. ...

Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später doch geführt werden muß. ... Wir haben 1870 (den Krieg) mit günstigerem Erfolge geschlagen als wir ihn 1867 gekonnt hätten, aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn Napoleon gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über die Kriegsverantwortung Bismarcks (x056/249): >>Es ist ein versimpelndes Schlagwort, daß er ein Politiker der brutalen Gewalt gewesen sei, der rücksichtslos über Verträge und Völkerrecht hinwegschritt, sobald es um die Macht Preußens ging. Weder war er der "Eiserne Kanzler", ... der immer rechtzeitig mit der Faust auf den Tisch zu hauen verstand, ... noch ein gewissenloser ... Abenteurer. Freilich gehörte für ihn noch der Krieg zu den legitimen Mitteln der Staatskunst, wenn es um "Lebensinteressen" der Nation ging, ... (während der) große Krieg (heute) zum Selbst-

mord der Menschheit geworden ist. ...

Man kann ihn in seiner Kriegspolitik den letzten Kabinettpolitiker im Stile ... Friedrichs des Großen nennen – aber auch in der bewußten Beschränkung der Kriegsziele und Kriegsmethoden. ...

Der Krieg war in Bismarcks Epoche legitim, auch der Angriffskrieg, wenn alle anderen, mit reicher Phantasie ersonnenen versagten, und jedesmal mit echtem, sittlich-religiösem Verantwortungsbewußtsein unternommen. ...<<

Deutsche und französische Historiker erklären später in einer gemeinsamen Studie zur Kriegsverantwortung (x056/249): >>Beide Seiten (haben) dazu beigetragen, ... die bestehenden Spannungen zu verschärfen:

1. Bismarck durch seine geheime Förderung der hohenzollerischen Thronkandidatur in Spanien, durch die er hoffte, Napoleon ... diplomatisch so in die Enge zu treiben, daß der Sturz des kaiserlichen Regimes die Folge sein konnte. ...

2. Napoleon und sein Kabinett durch Übersteigerung ihrer diplomatisch-politischen Gegenoffensive seit dem 6. Juli, vor allem durch die Garantieforderung an König Wilhelm, durch die sie sich vor Europa ins Unrecht setzten, obwohl Napoleon und die meisten seiner Minister im Grunde den Krieg mehr fürchteten als wünschten.

3. Zuletzt Bismarck durch die bekannte Kürzung der Emser Depesche, die zwar keine "Fälschung", aber eine bewußte Verschärfung darstellt mit dem Ziel, Frankreich zur Hinnahme einer schweren diplomatischen Niederlage oder zur Kriegserklärung zu zwingen.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte ernstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...

Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausgerüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.

Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.

Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.

Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen. Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<

Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.

Im Passauer Dom wird in den ersten Tagen des Krieges folgende Predigt gehalten (x056/248-249): >>Der König von Preußen ist Protestant; aber er ist ein gottesfürchtiger, christlicher Fürst, der hochbetagt sein Leben für Deutschlands Ehre einsetzt und nicht sich, sondern Gott die Ehre gibt.

Er soll der Führer Deutschlands sein, Gott hat ihn dazu berufen. ... Unser liebes Vaterland ... muß mit Deutschland auf das engste verbunden sein. ...

Wenn hier unter den Zuhörern Väter, Mütter, Gattinnen und Kinder sind, deren Söhne, Gatten, Väter auf den blutigen Schlachtfeldern gefallen sind oder (fallen) werden, die sollen ihre Tränen trocknen, denn der Preis, um den ihre Lieben das Leben opfern, ist ein hoher und würdiger; sie haben mit ihrem Blute Deutschlands Freiheit, Macht und Ehre erkaufte.<<

Gerhart Hauptmann (1862-1946, deutscher Schriftsteller, erhält 1912 den Nobelpreis für Literatur) schreibt später, wie er den Kriegsausbruch in Schlesien erlebt (x233/99): >>Morgens ... brachte uns Onkel in der üblichen Landkutsche nach Striegau zur Bahn, eine Fahrt, die mehrere Stunden verlangte. Ich weiß nicht, wer es war, der uns in einer kleinen Kutsche entgegenkam, sie halten ließ und uns zuwinkte. Das Dumpfe, das über der ganzen Reise gelegen hatte, löste, wie Gewitterschwüle ein erster Blitz, die Nachricht, die der Winkende mitbrachte.

Meine Herren, rief er, wir haben den Krieg! Gestern hat König Wilhelm in Bad Ems den Gesandten Napoleons, der ihn wie einen Lakaien behandeln wollte, einfach auf die Straße geworfen. Die gesamte norddeutsche Armee (ist) mobilisiert, auch die süddeutschen Fürsten machen mit, Bayern, Baden, Württemberg. Es braust ein Ruf wie Donnerhall.

Mein Vater und Onkel Schubert waren bleich geworden. ... Bismarck, sagte der Onkel, stürzt uns in ein sehr schlimmes und gefährliches Abenteuer hinein. Der allmächtige sei uns gnädig! Weder sind wir gerüstet genug, aber wenn wir es wirklich wären, wie wollen wir den überlegenen Waffen und Massen Frankreichs widerstehen? ...

Mein Vater ... aber wollte doch nicht in die Verzagtheit des lieben Verwandten einstimmen. Mit ruhigen und bestimmten Worten trat er für Bismarck und seine Haltung ein, er habe immer gewußt, was er wollte, und es immer zum guten Ende geführt. Er nannte dann Moltke, Roon ... und erklärte, wenn wirklich Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen mitgingen, hätte der Sieg große Wahrscheinlichkeit. ...<<

Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gingen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entschieden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg (x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen wurden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergaben sich (x215/335,336). Als Bismarck nach den glänzenden Siegen die Abtretung der alten deutschen Reichsstädte Straßburg und Metz forderte, brach in Frankreich ein allgemeiner Volksaufstand los.

Der deutsche Gefreite Kurt Moser verfaßt im Jahre 1870 den Text des Soldatenliedes "Fern bei Sedan auf den Höhen ..." (x846/...):

>>1. Fern bei Sedan auf den Höhen,  
Steht ein Krieger auf der Wacht,  
Neben seinem Kameraden,  
Den die Kugel tödlich traf.

2. Leise flüstern seine Lippen,  
Du, mein Freund kehrst wieder heim,  
Siehst die teure Heimat wieder,  
kehrst in unsrem Dörflein ein.

3. In dem Dörflein, in der Mitte,  
Steht ein kleines weißes Haus,  
Rings umrahmt von Rosen, Nelken,  
Drunten wohnt meine Braut.

4. Nimm den Ring von meinem Finger,  
Nimm den Ring von meiner Hand,  
Drück auf ihre weiße Stirne,  
Einen Kuß als Abschiedspfand.

5. Der Soldat, der hat's gesprochen,  
Der Soldat, der hat's gesagt,  
Seine Augen sind gebrochen,  
Dort bei Sedan ist sein Grab.<<

Der deutsche Historiker Hermann Baumgarten (1825-1893) schreibt nach den Siegen bei Sedan und Metz (x261/110): >>Die rasche Skizze, welche ich unter dem Eindruck unserer ersten Siege über Frankreich begonnen habe, schließe ich unter dem Jubel über die neuesten Triumphe bei Sedan und Metz.

Vor dem wunderbaren Ereignis des 2. September (Sieg bei Sedan) verstummt meine schwache Stimme. In diesen staunenswerten Taten, welche in wenigen Wochen die Gestalt der Welt verwandelt haben, liegt der unwiderstehliche Beweis für die Wahrheit meiner Sätze.

Jede Siegesbotschaft, die unser dankerfülltes Herz von neuem freudig erzittern macht, verkündigt die große Tatsache, daß der lange, schwere Auferstehungsprozeß unseres Volkes auf dem Punkt steht, von derselben staatsbildenden Kraft, die ihn begonnen und fortgeführt hat, abgeschlossen zu werden, daß wir, was wir so lange so heiß ersehnt haben, jetzt vollbracht sehen, daß wir wieder ein Volk sind.

Und wahrlich, wir müßten nicht das deutsche Volk sein, wenn nicht ein jeder von uns sich getrieben fühlte, angesichts dieses erhabenen Daherschreitens ... (von der Vorsehung bestimmter) Mächte seine kleine Weisheit, seinen engen Parteisinn zu beugen vor dem donnernen Eintritt einer neuen Epoche.<<

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei berichtet am 5. September 1870 (x261/110): >>Eine neue und unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden.

Nach 20jährigem schmachvollem Bestehen des Zweiten Kaiserreiches hat sich das französische Volk in der Stunde der größten Bedrängnis ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Bedrängnis auf Frankreich herabbeschworen. Ein "Hurra" der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. Solange die napoleonischen Söldnerscharen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den "Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird.

Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz sein, einem solchem Heldenvolke anzugehören.

Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, "der so leicht der Menschen Geister berückt", sondern kühl und besonnen uns zu fragen, nach dem, was wir jetzt zu tun haben. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.<<

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärt am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konnten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 (x804/793-797: >>(Deutsch-französischer Krieg von 1870/71) ... Am 19. Juli, 1½ Uhr nachmittags, erfolgte die offizielle Kriegserklärung Frankreichs.

Am gleichen Tag eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede ... Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet.

Um die fremden Mächte günstig für Deutschland zu stimmen, ließ Bismarck am 25. Juli in der "Times" den Entwurf eines Offensiv- und Defensivtraktates veröffentlichen, welchen Frankreich im Frühjahr 1867 Preußen wiederholt angetragen, dieses aber abgelehnt hatte. Nach diesem Traktat sollten Frankreich und Preußen sich verbinden, um für Frankreich die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, für Preußen die Anerkennung seiner Herrschaft über Deutschland zu bewirken.

Die Folge war eine große Entrüstung, namentlich in England; doch verhielt sich dessen Regierung gänzlich neutral in dem bevorstehenden Kampf. In Österreich und Italien waren allerdings maßgebende Persönlichkeiten nicht abgeneigt, Frankreich zu Hilfe zu kommen; doch waren beide Staaten noch nicht gerüstet und Österreich genötigt, auf Rußland Rücksicht zu nehmen.

Während man allgemein erwartete, daß eine Invasion in deutsches Gebiet der französischen Kriegserklärung unmittelbar folgen würde, kamen die ersten Tage des August heran, ohne daß ein französisches Korps jenseits der Grenze sich blicken ließ.

Die Ursachen dieser Zögerung waren aber sehr triftig: die Enttäuschung hinsichtlich der Haltung Süddeutschlands, die höchst umständliche und zeitraubende Einziehung der Reserven, der bedenkliche Mangel an Material, Proviant, Munition etc., die, in Paris konzentriert, nicht rasch genug verteilt werden konnten, endlich die unzureichende, den Angaben auf dem Papier nicht entsprechende Zahl der Mannschaften.

Die gesamte Streitmacht, welche Anfang August schlagfertig stand, die sog. Rheinarmee, zählte nicht mehr als 250.000 Mann. ... Den Oberbefehl übernahm der Kaiser Napoleon III. selbst, der die Kaiserin in Paris zur Regentin einsetzte und am 28. Juli in Metz eintraf; der bisherige Kriegsminister Leboeuf wurde Generalstabschef. ...

In Deutschland, wo die Mobilmachung in nicht viel mehr als einer Woche vollendet wurde, wurde beschlossen, drei Armeen aufzustellen, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem Moltke als Chef des Generalstabs zur Seite trat, und diese am Mittelrhein auf der Operationsbasis Koblenz-Mainz-Mannheim zu konzentrieren.

Die erste Armee unter dem Kommando des Generals von Steinmetz bildete den rechten Flügel; sie bestand aus dem 7. und 8. Armeekorps, der 1. und 3. Kavalleriedivision und war 60.000 Mann stark mit 180 Geschützen. Das Hauptquartier war in Koblenz.

Die zweite Armee unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen bildete das Zentrum; sie bestand aus dem Gardekorps, dem 3., 4., 9., 10. und 12. Armeekorps, der 5. und 6. Kavalleriedivision und war 194.000 Mann stark mit 534 Geschützen. Das Hauptquartier war in Mainz.

Die dritte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen von Preußen bildete den linken Flügel; sie bestand aus dem 5. und 11. norddeutschen Armeekorps, dem 1. und 2. bayerischen Korps und dem kombinierten württembergisch-badischen Korps. Sie zählte 130.000 Mann mit 480 Geschützen; das Hauptquartier war in Mannheim.

Die Gesamtzahl der in erster Linie aufgestellten Macht betrug demnach 384.000 Mann mit 1.194 Geschützen. In Reserve blieben das 1. und 2. Armeekorps bei Berlin, das 6. in Schlesien. Den Küstenschutz übernahmen die 17. Division und 3 Landwehrdivisionen unter General Vogel von Falckenstein.

Da die Franzosen, welche überdies von der Zahl und den Bewegungen der deutschen Truppen keine genügende Kenntnis hatten, nicht zur Offensive schritten, so setzten sich am 30. Juli die deutschen Heere gegen die französische Grenze in Bewegung.

Am 2. August wurde von dem 2. französischen Korps, Frossard, in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen ein Angriff auf Saarbrücken ausgeführt, wo nur etwa 1.000 Mann preußische Truppen lagen, die sich nach längerem Gefecht zurückzogen, worauf die Franzosen die Stadt kurze Zeit besetzten, ohne indes weiter vorzudringen.

Trotzdem schon 14 Tage seit der Vereinigung der Rheinarmee an der Westgrenze verstrichen waren, befand sich dieselbe noch immer nicht in der Lage, einen allgemeinen Angriff zu unternehmen. Das Korps Douay bei Belfort war noch nicht vollzählig, das 6. und Gardekorps erst auf dem Marsch nach Metz.

Daher fiel die Offensive der deutschen Armee zu, welche sich durch Heranziehung des 1., 2. und 6. Korps um 100.000 Mann verstärkt hatte.

Die erste Armee marschierte gegen die Saar, die zweite Armee zog mitten durch die Rheinpfalz, die dritte Armee, bei Landau und Germersheim konzentriert, marschierte nach der Lauter. Die letztere Armee kam zuerst mit der 2. Division des Korps von Mac-Mahon, welche unter General Douay in Weißenburg stand, in Berührung.

Nach heftigem, erbittertem Kampf wurde am 4. August von dem 5. und 11. preußischen und dem 2. bayerischen Armeekorps Weißenburg und der dahinterliegende Geisberg erstürmt, wobei Douay selber fiel. Der Kronprinz setzte alsbald seinen Marsch über Weißenburg hinaus fort und traf bei Wörth auf Mac-Mahon, welcher mit etwa 50.000 Mann auf den Höhen von Fröschweiler eine starke Position eingenommen hatte.

Die Schlacht, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, schon am 6. August mit einem Angriff der Bayern und des 5. Korps begann, endigte nach tapferem Widerstand der Franzosen am Nachmittag mit der gänzlichen Niederlage Mac-Mahons.

Am selben Tag wurde von Truppen der ersten und zweiten Armee nach heldenmütiger Erstürmung der Spicherner Höhen das Korps Frossard geschlagen, worauf die ganze Rheinarmee sich auf Metz zurückzog. Allerdings wurde hierdurch die erste Idee der deutschen Heeresleitung, den Feind durch Umfassung seiner rechten Flanke auf dem rechten Moselufer zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, vereitelt. Auch verlor die dritte Armee die Fühlung mit dem besiegten Feind, so daß Mac-Mahon und Douay sich mit Hilfe der Eisenbahn unbehelligt ins Lager von Chalons zurückziehen konnten.

Dennoch waren diese ersten Siege der Deutschen von der größten Bedeutung. Sie erfüllten das deutsche Volk mit freudiger Siegeszuversicht, Österreich gab seine Absicht, in den Kampf zu Gunsten Frankreichs einzugreifen, auf, in Frankreich rief die Kunde von den unerwarteten Niederlagen die größte Bestürzung hervor. ...

Der Plan, eine Landung in Norddeutschland zu unternehmen, wurde aufgegeben und die Aus-

hebung aller waffenfähigen Männer beschlossen. Die Wut gegen das siegreiche Deutschland äußerte sich darin, daß sämtliche ansässigen Deutschen aus Frankreich vertrieben wurden. Der Kaiser legte am 12. August den Oberbefehl der Rheinarmee nieder und übergab ihn Bazaine, blieb aber bei der Armee. ...

Am 17. August nahm Bazaine westlich von Metz auf den Höhen von St.-Privat im Norden bis Rozérieulles im Süden mit 140.000 Mann eine starke Defensivstellung ein, in welcher er den Angriff der Deutschen erwartete. Derselbe erfolgte am 18. August, indem die erste Armee (7. und 8. Korps) gegen den linken französischen Flügel bei St.-Hubert vorging, die zweite Armee (9., 12. und Gardekorps mit dem 3. und 10. Korps in Reserve) den rechten feindlichen Flügel bei Amanvillers und St.-Privat angriff.

Der König von Preußen leitete persönlich die Schlacht von Gravelotte aus. Bazaine richtete seine Hauptkraft auf die Behauptung von St.-Hubert, und hier konnte erst am Abend durch das Eingreifen des 2. Korps ein Erfolg erzielt werden. Dagegen gelang es dem 12. Korps und der Garde, den rechten Flügel der Franzosen in der Flanke zu fassen und gänzlich zu zerschmettern, so daß Bazaine sich in der Nacht hinter die Forts zurückziehen mußte.

Das Ergebnis der drei Schlachttage von Metz, 14., 16. und 18. August, das allerdings mit dem ungeheuren Verlust von 1.832 Offizieren und 39.000 Mann erkaufte wurde, war, daß der Abmarsch der französischen Rheinarmee nach Chalons verhindert und dieselbe in Metz eingeschlossen wurde. ...

Der Kriegsminister Palikao erteilte ... Mac-Mahon den Befehl, durch einen Marsch in der rechten Flanke der vorrückenden deutschen Armeen etwa bei Diedenhofen eine Vereinigung mit Bazaine, der gleichzeitig aus Metz herausbrechen werde, zu bewerkstelligen. ...

Am 21. August brach die Armee (mit etwa 130.000 Mann) aus dem Lager auf, um über Reims, Rethel und Montmédy nach Diedenhofen zu marschieren. ... Bereits am 27. August wurden die Franzosen von der Kavallerie des Kronprinzen bei Buzancy erreicht.

König Wilhelm befahl nun, daß die Maasarmee und zwei von Metz herangezogene Korps dem Feinde den Weg nach Metz verlegen, die dritte Armee aber ihn im Westen umfassen und nach der belgischen Grenze drängen sollte.

Diese Operationen wurden pünktlich und sicher ausgeführt, am 30. August wurde das 5. Korps der Franzosen bei Beaumont eingeholt und zersprengt und Mac-Mahon, ehe er sich nach Mézières retten oder über die belgische Grenze gehen konnte, am 1. September bei Sedan zur Schlacht gezwungen.

Nachdem die französische Armee im Norden der Festung völlig umzingelt wurde, war weiterer Widerstand nutzlos; am 2. September mußte General Wimpffen, des verwundeten Mac-Mahon Nachfolger, die Kapitulation von Sedan unterzeichnen, durch welche, außer den 21.000 in der Schlacht gefangenen, 83.000 Franzosen, darunter 2.866 Offiziere, in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Nur das 13. Korps entkam den Deutschen und rettete sich nach Paris.

Der Versuch, den Bazaine am 31. August machte, die deutsche Frontlinie vor Metz auf dem rechten Moselufer zu durchbrechen, wurde in der zweitägigen Schlacht von Noisseville zurückgewiesen. Die eine französische Armee war also in Metz eingeschlossen, die andere kriegsgefangen, das stolze Heer des Kaiserreiches vernichtet.

Kaiser Napoleon hatte sich schon am 1. September dem König Wilhelm als Kriegsgefangener ergeben. In persönlichen Unterredungen mit Bismarck und dem König machte er nur den Versuch, das Schicksal der Armee von Sedan zu mildern, lehnte aber Friedensverhandlungen ab.

...

Die deutschen Korps setzten sich ... von Sedan sofort gegen die Hauptstadt in Bewegung, in welcher allerdings an Liniengruppen, Mobil- und Nationalgarden gegen 400.000 Mann versammelt waren, indes noch ein solches Chaos herrschte, daß am 19. September die deutsche

Armee ohne alle Schwierigkeiten die Einschließung von Paris vollenden konnte. ...

Da zu einer Beschießung kein schweres Geschütz zur Stelle, zu einem gewaltsamen Angriff die (deutsche) Armee (ca. 130.000 Mann) viel zu schwach war, so war man ... genötigt, sich auf Einschließung und Aushungerung der Stadt zu beschränken, die aber über Erwarten spät zum Ziel führte, da es den Franzosen gelungen war, die Hauptstadt noch rechtzeitig in wirklich großartiger Weise zu verproviantieren.

Daneben wurde durch energische Belagerung der Festungen im östlichen Frankreich der Rücken gedeckt und die Verbindung mit Deutschland gesichert.

Am 23. September fiel Toul, wodurch die Armee vor Paris eine Bahnverbindung mit dem Rhein erhielt, am 27. wurde Straßburg nach regelrechter Beschießung zur Kapitulation gezwungen ...

(Nach) ... der Kapitulation von Metz am 27. Oktober fielen 173.000 Mann mit 6.000 Offizieren in deutsche Gefangenschaft, und die erste und zweite deutsche Armee wurden für den Schutz der Armee vor Paris und für den Krieg in der Provinz verwendbar, der nun mit Tatkraft und Erfolg geführt wurde.

General von Manteuffel rückte mit dem 1. und 8. Korps nach dem Norden, warf die Franzosen am 27. November bei Amiens zurück, besetzte am 18. November diese Stadt, am 5. Dezember Rouen und am 9. Dezember Dieppe. ...

Im Januar 1871 sollte sodann der Hauptangriff auf die Deutschen auf verschiedenen Punkten zugleich erfolgen: die Pariser Armee sollte einen großen Ausfall machen, Faidherbe von Norden und Chanzy von Westen demselben entgegenkommen; der entscheidende Schlag sollte aber im Osten geführt werden, indem Bourbaki durch einen kühnen Zug auf Belfort dieses zu entsetzen, Werders Korps zu zersprengen und durch rasches Vordringen in das Moselgebiet die Deutschen vor Paris und in Orléans von ihrer Verbindung mit dem Rhein und ihrer Verpflegung abzuschneiden beauftragt wurde.

Obwohl Trochu einen neuen Ausfall für aussichtslos hielt, so ließ er ihn doch zu: am 19. Januar versuchten 100.000 Mann vom Fuß des Mont Valérien aus nach Westen durchzubrechen, wurden aber vom preußischen Korps unter empfindlichen Verlusten zurückgewiesen.

An demselben Tag erlitt Faidherbe durch Goeben bei Saint-Quentin eine völlige Niederlage und mußte ... in die nördlichen Festungen flüchten.

Der Chanzyschen Armee kam Friedrich Karl mit dem Angriff zuvor: in den siebentägigen Gefechten von Le Mans (6.-12. Januar) wurde dieselbe bis Laval zurückgeschlagen und für längere Zeit kampfunfähig gemacht.

Der Vormarsch Bourbakis gegen Belfort zwang zwar Werder, Dijon zu räumen und westlich der Festung zum Schutz der Belagerung an der Lisaine eine feste Stellung zu nehmen. Der Versuch der Franzosen, dieselbe zu erstürmen, wurde vom 15.-17. Januar von den deutschen Truppen abgeschlagen ...

Da nun in Paris die Lebensmittel trotz größter Vorsicht gänzlich auszugehen drohten, mußte sich die Regierung zu Verhandlungen entschließen. Nach mehrtägigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles wurde am 28. Januar eine Konvention abgeschlossen, in welcher ein Waffenstillstand auf 21 Tage und zugleich die Übergabe sämtlicher Forts um Paris von Favre zugestanden wurden. ...

Die am 12. Februar zu Bordeaux eröffnete Nationalversammlung ernannte am 17. Februar Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik und beauftragte ihn mit Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Dieser begab sich am 21. Februar nebst den Ministern Favre und Picard und einer von der Nationalversammlung gewählten diplomatischen Kommission von 15 Mitgliedern in das deutsche Hauptquartier zu Versailles, um die Unterhandlungen anzuknüpfen.

Von der deutschen Regierung wurde die Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Straßburg, Metz

und Belfort und eine Kriegskontribution von 6 Milliarden Franc verlangt. Die französischen Unterhändler brachten die Geldforderung auf 5 Milliarden herab, bis zu deren Abzahlung französisches Territorium besetzt bleiben sollte, und setzten durch, daß die Festung Belfort bei Frankreich verblieb.

Die auswärtigen Mächte, besonders England, hätten sich gern in die Verhandlungen zu Gunsten Frankreichs eingemischt; indes der Reichskanzler bestand darauf, daß Deutschland, das den Krieg allein ausgefochten, auch allein den Frieden schließe.

... Da aber dort die französischen Diplomaten unerwartete Schwierigkeiten machten, stockten die Unterhandlungen längere Zeit, bis die deutsche Regierung entschieden den Abschluß forderte.

Darauf wurde am 6. Mai der Kongreß nach Frankfurt verlegt, und hier kam am 10. Mai im Gasthof zum Schwan der Frankfurter Friede zustande, den von deutscher Seite Bismarck und Graf Arnim, von französischer Jules Favre, Pouyer-Quertier und Goulard unterzeichneten. ...

So endigte nach einer Dauer von 180 Tagen dieser Krieg, in welchem 15 größere Schlachten und weit über 100 Gefechte, fast alle für die Deutschen siegreich, geschlagen, 370.000 Franzosen nebst 12.000 Offizieren gefangen nach Deutschland abgeführt, gegen 7.400 Geschütze und 107 Fahnen von den Deutschen erbeutet wurden; im ganzen hatten 26.000 Offiziere und 702.000 Mann des französischen Heeres die Waffen strecken müssen.

Die französischen Verluste beliefen sich auf 80.000 Tote und 14 Milliarden an Kriegskosten. Der deutsche Gesamtverlust betrug 6.247 Offiziere und Ärzte und 123.453 Mann, darunter ca. 40.080 Tote. Insgesamt wurden von deutscher Seite 44.420 Offiziere und 1.451.944 Mann unter Waffen gestellt, davon 33.101 Offiziere und 1.113.254 Mann zum Krieg verwendet.

Der Gewinn des Krieges war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welches letzteres schon während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles errichtet wurde.<<

Amadeus I. von Savoyen, Herzog von Aosta, wurde am 16. November 1870 von den Cortes zum König von Spanien gewählt.

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.11.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>DER GROSSE PLOETZ IM BILD.</u> Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte.</u> Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähni, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 2.</u> Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x198	Evangelisches Kirchengesangbuch. Hannover 1967.
x199	Rang, Martin, und Otto Schliske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.

x215	Fischer-Fabian S.: <u>Preußens Krieg und Frieden</u> . Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5</u> . Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3</u> . Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3</u> . Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.

## Internet

x802	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 2. Band: Atlantis - Blatth. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x804	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 4. Band: Chin - Distanz. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x805	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 5. Band: Distanzg - Faidh. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x806	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 6. Band: Faidi - Gehil. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x808	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 8. Band: Hainl - Iria. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x809	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 9. Band: Irid - Königsg. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x810	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 10. Band: Königsh - Luzo. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x812	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 12. Band: Nathu - Phlegm. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x813	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 13. Band: Phlego - Rub. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x814	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 14. Band: Rue - Soda. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x815	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 15. Band: Soddb - Urali. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.

x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x824	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 4. Band: Cau - Deutsche K. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x827	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 7. Band: Fos - Gilb. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x846	Volkslieder: <a href="http://ingeb.org/Volksong.html">http://ingeb.org/Volksong.html</a> - September 2013.